Schriftenreihe

Heft 04, 2006

Ländlicher Raum auf Roter Liste

Herausforderungen und Chancen

Deutsche
Landeskulturgesellschaft
DLKG

Ländlicher Raum auf Roter Liste

Herausforderungen und Chancen

Schriftenreihe der
Deutschen Landeskulturgesellschaft – DLKG

Heft 4

Ländlicher Raum auf Roter Liste

Herausforderungen und Chancen

Herausgegeben vom
Vorstand der Deutschen Landeskulturgesellschaft – DLKG

© **2006** Deutsche Landeskulturgesellschaft – DLKG

Herausgeber:

Deutsche Landeskulturgesellschaft – DLKG
c/o Institut für Landnutzungssysteme und
Landschaftsökologie des ZALF e.V.
Eberswalder Straße 84
15374 Müncheberg
www.dlkg.org

Schriftleitung:

Dipl.-Ing. agr. Joachim Omert
Amt für Ländliche Entwicklung Unterfranken
Zeller Straße 40
97082 Würzburg

Dipl. Ing. geod. Thomas Mitschang
DLR Rheinhessen-Nahe-Hunsrück
Abt. Landentwicklung und Bodenordnung
Schloßplatz 10
55469 Simmern

Textredaktion:

Viola Kannemann
Renate Richter

c/o Institut für Landnutzungssysteme und
Landschaftsökologie des ZALF e.V.
Eberswalder Straße 84
15374 Müncheberg

Umschlagbild
Foto und Gestaltung:

Dipl.-Ing. agr. Maik Schwabe
Thüringer Landesanstalt
für Landwirtschaft (TLL)
Naumburger Straße 98
07743 Jena

Paul Sethale
Bayerische Landesanstalt
für Landwirtschaft (LfL)
Vöttinger Straße 38
85935 Freising

Verantwortlich
für den Inhalt:

Die Verfasser der Beiträge

Druck und Bindung: Pro BUSINESS
Digital printing & copyservice GmbH
Schwedenstraße 14
13357 Berlin

Telefon: (030) 499 785-0
Telefax: (030) 499 785-55
info@pro-business.com
www.pro-business.com

Zu beziehen über: Geschäftsstelle der
Deutschen Landeskulturgesellschaft – DLKG
c/o Institut für Landnutzungssysteme und
Landschaftsökologie des ZALF e.V.
Eberswalder Straße 84
15374 Müncheberg

Telefon: (033432) 82-310
Telefax: (033432) 82-387
vkannemann@zalf.de
www.dlkg.org

Preis: € 10 inklusive Versand

Schriftenreihe der
Deutschen Landeskulturgesellschaft – DLKG
ISSN: 1614-5240

© 2006
Deutsche Landeskulturgesellschaft – DLKG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort (Armin Werner, Vorsitzender der DLKG) 11

Teil 1: Neue Wege für Wirtschaftsentwicklung im ländlichen Raum!

(Beiträge der Vortragsveranstaltung am 5. Oktober 2006)

Ländlicher Raum ohne Menschen – was bedeutet das?
(Martina Kocks) 17

Der Beitrag „Integrierte Ländliche Entwicklung“ zur Schaffung von Arbeitsplätzen unter besonderer Berücksichtigung der demographischen Entwicklung in Deutschland – Vorstellung eines Forschungsvorhabens
(Karl-Heinz Thiemann) 37

Leitlinien für die Entwicklung des ländlichen Raumes in Sachsen-Anhalt – lein neues Modell für vernetztes Denken und Handeln
(Hubertus Bertling) 47

Gründen auf dem Land – Voraussetzungen und Besonderheiten
(Mechthild Kern) 57

Werbeagentur auf dem Land – geht das?
(Michael Birk) 73

Rahmenbedingungen zur Verbesserung der Wirtschaft – Erfahrungen mit Konzepten der ILE-Regionen
(Karl J. Eggers) 79

Erfolgreiches Standortmarketing – das Beispiel Adenau
(Hermann-Josef Romes) 89

Teil 2: Verarmung, Alterung, Abwanderung – logische Abfolge der demographischen Entwicklung? – Nein: Chancen und Perspektiven für den ländlichen Raum!

(Beiträge des Expertengesprächs am 4. Oktober 2006)

Nachhaltige Raumentwicklung – Wünsche und Wirklichkeiten zu gleichwertigen Lebensverhältnissen in Stadt und Land
(Ulrike Grabski-Kieron) 99

Agrarpolitik – Wirkungsansätze für Arbeitsplätze und Gründungsprozesse im ländlichen Raum
(Ralf Hornberger) 109

Was können „reformierte“ Landentwicklungsinstitutionen überhaupt noch leisten?
(Peter Jahnke) 113

Zukunft des ländlichen Raumes aus Sicht der Kommunen – Gestaltungsansätze und Wirkungen
(Wolfgang Kunz) 119

Wohnen auf dem Land – macht Eigenwertigkeit zukunftsfähig?
(Angela Kunz) 127

Anschriften der Verfasser 137

Redaktionelle Richtlinien für Autoren 143

Vorwort

Dr. agr. Armin Werner
Vorsitzender der DLKG

Die Deutsche Landeskulturgesellschaft (DLKG) führt mit ihren jährlichen Tagungen ihre Mitglieder und interessierte Teilnehmer an aktuelle Probleme der Landeskultur, der ländlichen Entwicklung und den damit verbundenen Fragen für Forschung, Verwaltung und Praxis heran. Im Jahr 2006 wurden auf der 27. Bundestagung der DLKG als zentrales Thema die aktuell erkennbaren Perspektiven der ländlichen Räume erörtert. Provozierend wurde der Ländliche Raum als Rote Liste Art eingestuft und die damit verbundenen Herausforderungen und Chancen diskutiert[1].

Als besondere Triebkraft der sich abzeichnenden Entwicklungen der ländlichen Regionen in Mitteleuropa wirken starke demografische Prozesse. Abwanderung von insbesondere jungen Menschen und damit einhergehende Überalterung und Verarmung führen schon jetzt in einigen Regionen von Deutschland zu geringer Siedlungsdichte und sinkender Kaufkraft. Daraus folgen oft große Schwierigkeiten in der Aufrechterhaltung der Infrastruktur. Auch die Perspektiven für die im ländlichen Raum lebenden und arbeitenden Menschen erscheinen besonders in peripheren Räumen eher begrenzt. Diese Prozesse sind nicht grundlegend neu. Landflucht, Sozialbrachen und Marginalisierung von Regionen bis hin zu Wüstungen traten in allen bedeutenden Epochen der Siedlungsentwicklungen auf. Neu ist ein besseres Verständnis über diese Prozesse selber und über deren Steuerbarkeit sowie die Vielzahl an Gestaltungsoptionen. Auch die politische Sicht auf diese Prozesse, insbesondere auf die damit verbundenen unerwünschten sozialen und wirtschaftlichen Folgen ist in heutiger Zeit wesentlich prominenter und besorgter. Ebenso sind die Betroffenen in den Regionen oft wesentlich sensibler für die ablaufenden Prozesse und fordern verstärkt ihre Beteiligung bei der Suche nach Lösungen für die eigene Situation.

---

[1] *„Ländlicher Raum auf Roter Liste. - Herausforderungen und Chancen -“.*
27. Bundestagung der DLKG vom 4. bis 6. Oktober 2006 in Montabaur

Damit ergeben sich besondere Herausforderungen, das vorhandene Wissen und die neuen Möglichkeiten um den Ländlichen Raum gezielter einsetzen zu können.

Die Vielfalt an ländlichen Räumen in Deutschland und Mitteleuropa seitens ihrer natürlichen, wirtschaftlichen und sozialen Situation ist groß. Zudem können diese Räume unterschiedliche standörtliche Potenziale in ihrem jeweiligen räumlichen Kontext aufweisen. Diese Ausgangslage lässt keine allgemeingültigen Aussagen zu den strukturellen, endogenen Gestaltungsmöglichkeiten und den politischen Handlungsoptionen zur Erhaltung oder Erreichung eines angemessenen Entwicklungsstandes der ländlichen Räume zu. Auch kann nicht wissenschaftlich verallgemeinernd festgelegt werden, welches Maß an Entwicklungsstand jeweils anzustreben ist. Dementsprechend gilt es Beispiele von ländlichen Regionen darzulegen, die erfolgreich zeigen, wie neue Konzepte und besondere Anstrengungen dazu führen können, negative Entwicklungen der ländlichen Räume unter den aktuellen demografischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen abzuwenden bzw. ihre Wirkungen zu kompensieren.

Das vorliegende Heft der DLKG berichtet aus der Tagung in Montabaur mit wissenschaftlichen Beiträgen über die fachlichen Hintergründe der dargelegten Entwicklungen ländlicher Räume in Deutschland. Schilderungen praktischer Beispiele in der integrativen und damit immer auch partizipativen Entwicklung von Regionen legen dar, wie manche bekannte Hemmnisse überwunden und Probleme der endogenen Entwicklung gelöst werden können. Ein zentraler Gestaltungspunkt ist erwartungsgemäß die Schaffung einer ausreichenden Zahl von dauerhaften und hinreichend qualifizierten Arbeitsplätzen. Auch wenn es keine Patentrezepte dafür geben kann, zeigen die Beispiele nur zu deutlich, dass erfolgreiche Entwicklungen oft auf das erste Engagement von einigen wenigen Menschen und der nachfolgenden Einbeziehung von vielen Willigen gründen.

Die Tagung gliederte sich in einen Hauptteil mit Fachvorträgen und Diskussionen zum Thema „*Neue Wege für Wirtschaftsentwicklung im ländlichen Raum*“ sowie in ein vorlaufendes, öffentliches Expertengespräch zu einem speziellen Aspekt des Tagungsthemas: die demografische Entwicklung[2] und ihre Folgen.

---

[2] „*Verarmung, Alterung, Abwanderung – logische Folgen der demografischen Entwicklung? – Nein: Chancen und Perspektiven für den ländlichen Raum*“.

Dieser Zweiteilung entsprechend sind die schriftlichen Fassungen der Vorträge im vorliegenden Heft dargelegt.

Die Bundestagung 2006 der DLKG wurde inhaltlich und organisatorisch zusammen mit dem Land Rheinland-Pfalz vorbereitet und ausgerichtet. Unser Dank gilt dabei insbesondere Herrn Professor Axel Lorig vom Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau des Landes Rheinland-Pfalz in Mainz. Zusammen mit seinen Mitstreitern aus dem Ministerium, der Landesverwaltung und den Kommunen hat er eine beeindruckende und nachhaltig wirkende Veranstaltung vorbereitet und betreut.

Müncheberg im Februar 2007

Armin Werner
Vorsitzender der DLKG

Teil 1:

Neue Wege für Wirtschaftsentwicklung im ländlichen Raum!

(Beiträge der Vortragsveranstaltung am 5. Oktober 2006)

Ländlicher Raum ohne Menschen – was bedeutet das?

Martina Kocks

Meine Damen und Herren,

der demographische Wandel ist sowohl ein nationales wie europäisches Phänomen. Die Bevölkerungszahl geht insgesamt zurück, es gibt weniger Kinder und mehr Ältere in unserer Gesellschaft.

Der ländliche, periphere Raum ist davon besonders betroffen, weil es hier zusätzlich Abwanderung gibt, gerade bei jüngere Personen und bei gleichzeitig rückläufiger Zuwanderung. Eine Abwärtsspirale droht sich zu entwickeln: Weniger Menschen, weniger Steuereinnahmen, fehlende Auslastung von öffentlichen Einrichtungen, steigende Kosten, Angebotsreduzierung oder Schließungen und weitere Abwanderungen aufgrund der sinkenden Standortqualität.

Es stellt sich die Frage: Wie kann man eine Grundversorgung anbieten, die in Qualität und Umfang stimmt und finanzierbar bleibt?

Denn die öffentliche Daseinsvorsorge entscheidet ganz maßgeblich über die Lebensqualität in Stadt und Region, sie hat Einfluss auf Zu- und Abwanderung von Einwohnern und Gewerbe und trägt auch zur Entscheidung für oder gegen Kinder bei.

Ein passgenaues Infrastrukturangebot ist auch Ausdruck von Chancengleichheit, Generationengerechtigkeit und Generationenzusammenhalt, sozialem Frieden und Familienfreundlichkeit.

Ich möchte Ihnen in meinem Vortrag

1. die Folgen des demographischen Wandels für die Infrastrukturbereitstellung aufzeigen,
2. Beispiele für passgenaue und qualitätsvolle öffentliche Leistungen geben und
3. Schlussfolgerungen für Planung und Politik ziehen.

Meine Damen und Herren,

eine angemessene Daseinsvorsorge ist letztlich **die** Voraussetzung für die Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen in allen Teilräumen Deutschlands. Alle politischen und räumlichen Ebenen sind zur Erfüllung dieses Postulats verpflichtet.

Es wird allerdings zunehmend schwieriger, diese Aufgabe zu erfüllen. Der allumfassende Wohlfahrtsstaat kann aufgrund hoher finanzieller Belastungen nicht mehr in der bisherigen Form aufrecht erhalten werden.

Das öffentliche Angebot sollte durch Private unterstützt werden, und gleichzeitig müssen **dort** die Gemeinwohlbelange gesichert werden, wo der marktwirtschaftliche Wettbewerb dazu nicht in der Lage ist. Dies gilt insbesondere hinsichtlich einer flächendeckenden Grundversorgung in schrumpfenden dünn besiedelten Regionen.

Der demographische Wandel zwingt zum Handeln. Anpassungen an Bevölkerungszu- und -abnahmen, an Veränderungen im Altersaufbau und knappe Finanzmittel machen Anpassungen von Leistungen ‚nach unten' oder gar Rückbau notwendig; nach Jahrzehnten wirtschaftlichen Aufschwungs mit Neu- und Ausbau wenig erprobte Strategien.

Die Neugestaltung des Infrastrukturangebotes für eine bedarfsgerechte, erreichbare, qualitativ gute und finanzierbare Versorgung der Bevölkerung muss in regionaler Differenzierung erfolgen unter den Vorzeichen „ärmer, älter, bunter und mehr oder weniger".

Finanzielle Rahmenbedingungen

Die finanziellen Spielräume sind gering. Die kommunale Finanznot ist trotz aktuell höherer Gewerbesteuereinnahmen geprägt von zunehmenden Soziallasten und großem Sanierungsbedarf. Weniger und ältere Einwohner bedeuten geringere Einnahmen, aber nicht gleichzeitig weniger Ausgaben. Remanenzkosten belasten die Haushalte und machen zeitnahe Anpassungen schwierig. Grundsätzlich muss sich die Infrastrukturplanung mehr am Bestand orientieren.

Wachsende Infrastrukturkosten entstehen durch geringere Siedlungsdichte.

Je dünner die Besiedlung, desto höher die Kosten.

Ein Problem ist dies bei weiter abnehmender Bevölkerung im ländlich/ peripheren Raum. Auch bei locker bebauten Neubaugebieten sind diese Folgekosten unbedingt einzuplanen.

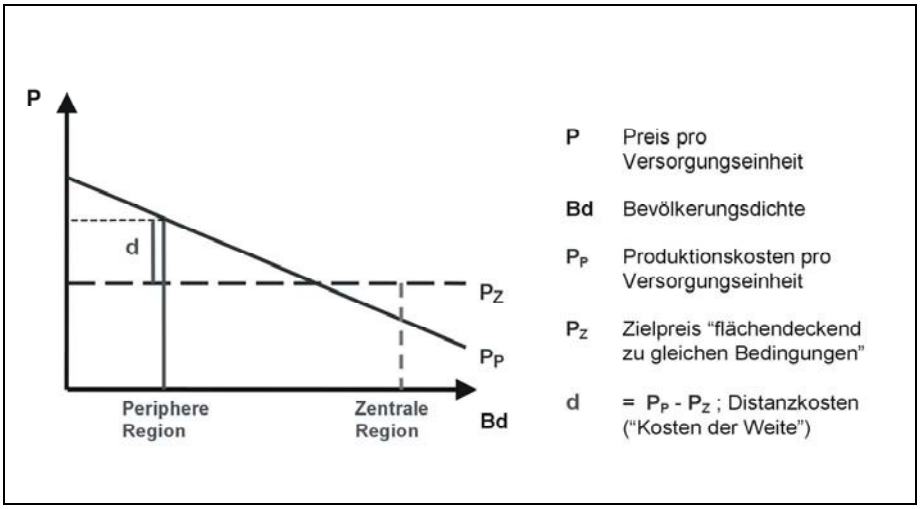

Abbildung 1: Kosten der Weite in der Daseinsvorsorge
Quelle: STALDER, U & S. MEYER (2006): Dezentrale Besiedlung und flächendeckende Versorgung. Bern 2006 (Berichte der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB), Bd.182)

Zur Zeit werden diese sog. „Distanzkosten" (d) weitgehend durch Quersubventionierung unterstützt, obwohl auch heute schon sehr hohe Kosten in Bereichen entstehen, in denen die Fixkosten auf die Einwohner umgelegt werden, wie bspw. bei der Wasserver- und -entsorgung in ländlichen Regionen Ostthüringens. Zu groß dimensionierte Anlagen treiben den Preis nach oben.

Andere, vor allem marktwirtschaftliche Angebote ziehen sich aus der Fläche zurück. Diese Leistungen müssen durch mobile und kleinere Einheiten ersetzt werden.

Alterung der Gesellschaft

Die Gesellschaft wird älter. Die Zahl der jungen Menschen nimmt immer mehr ab, während die Zahl der 60jährigen und älteren bundesweit stark zunimmt.

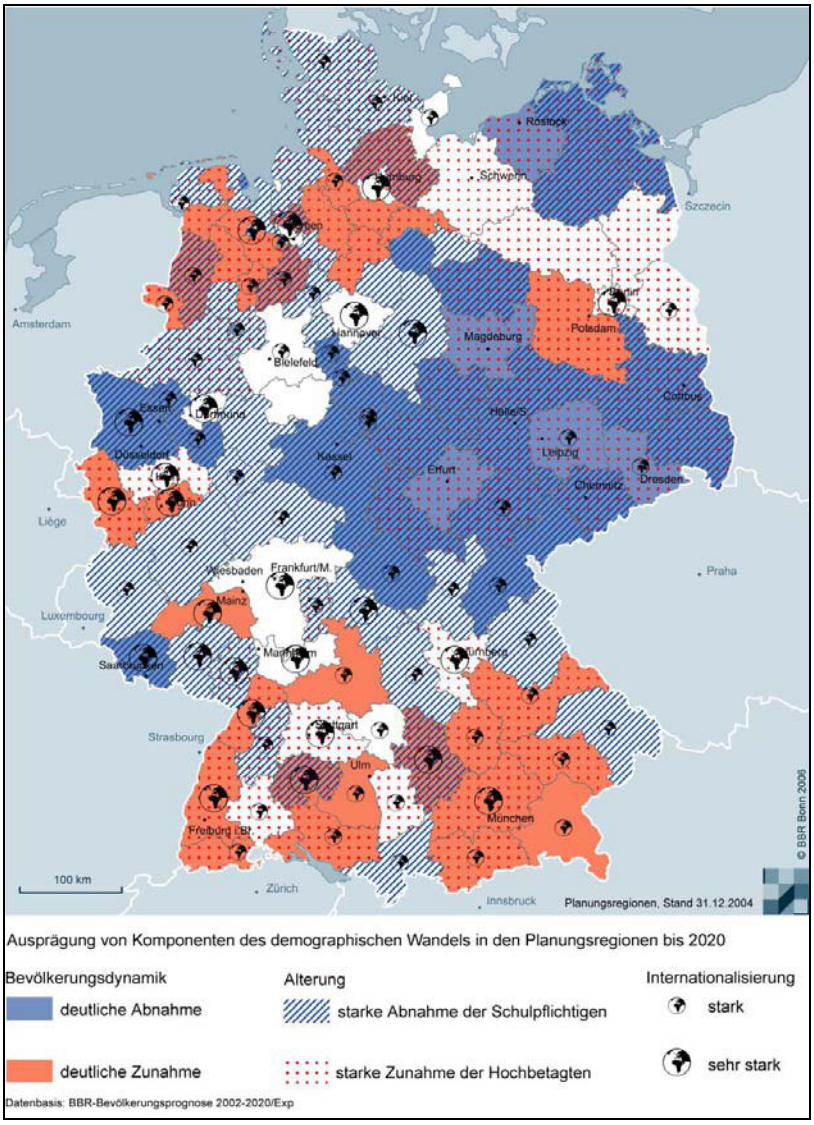

Abbildung 2: Ausprägung von Komponenten des demographischen Wandels bis 2020

Was bedeutet dies für die Infrastruktur? Es werden Anpassungen an weniger Menschen im Erziehungs- und Bildungssektor notwendig. Eine Anpassung ‚nach unten' kann auch mit einem Qualitätsgewinn einhergehen, wenn kleinere Einheiten gebildet werden. Natürlich impliziert das Bild auch den Ruf nach erweiterten Angeboten für die Kleinsten zur Unterstützung der mittleren Generation, um den Kinderwunsch zu ermöglichen.

Im Gesundheits- und Pflegebereich ist eine wachsende Nachfrage zu erwarten, die auch als neues regionales Wirtschaftspotenzial genutzt werden kann. Außerdem kann die wachsende Zahl mobiler, mehrheitlich gesunder Älterer für das Ehrenamt angeworben werden. Dafür sind entsprechende Organisationsformen zu schaffen.

Insgesamt ist darauf zu achten, dass alle Generationen berücksichtigt werden.

Internationalisierung der Gesellschaft

Der Ausländeranteil wird zweifellos steigen. Auch bei moderaten Zuwanderungen wird es weiterhin einen großen Bedarf an Einrichtungen für Integrationsaufgaben geben. Sie kennen die aktuell geführte Diskussion, dass „nachholende" Integration nötig ist, beispielsweise in Bezug auf die Sprachförderung, damit wir das Bildungspotenzial von Migranten besser nutzen können und Integration damit besser gelingt. Das Thema ist im ländlichen Raum nicht so vordringlich wie im städtischen, ist aber dennoch wichtig.

Schrumpfende und wachsende Kreise

Die Bevölkerungsentwicklung in den nächsten 15 Jahren wird von einem Nebeneinander von schrumpfenden und wachsenden Kreisen geprägt sein. Es wird Neubedarf oder auch Tragfähigkeitsprobleme geben. Dies betrifft alle Arten der Daseinsvorsorge.

Damit einhergeht ein scharfer Wettbewerb um Einwohner. Und dieser treibt Blüten: Um mehr junge Familien an sich zu binden, locken manche Gemeinden

mit Kinderprämien oder mit billigem Bauland im Außenbereich, ohne die Folgekosten zu kalkulieren.

Wie sieht die Entwicklung speziell im ländlichen Raum aus?

Bei den sehr stark strukturschwachen Kreisen liegt der Anteil der Kreise, die bis 2020 schrumpfen werden, bei 100 Prozent. Alle Kreise sind betroffen. Bei Kreisen mit weniger starken Entwicklungsproblemen liegt der Wert immer noch bei 70 Prozent und bei den Kreisen ohne nennenswerte Entwicklungsprobleme sind es immer noch die Hälfte.

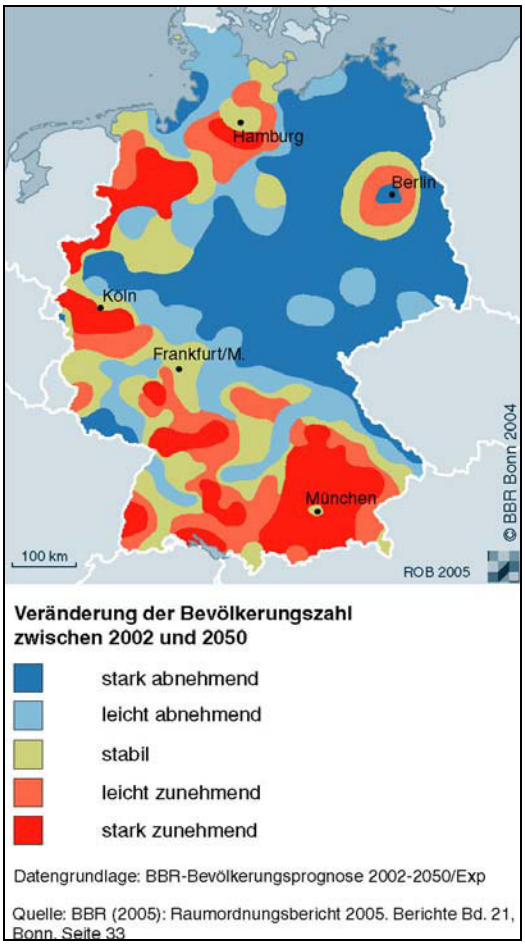

Abbildung 3: Trend der Bevölkerungsentwicklung bis 2050

Die geringere Siedlungsdichte und mancherorts sehr zersplitterte Siedlungsstrukturen erschweren die Anpassung der Infrastruktur. Einen sehr hohen Stellenwert erhält dort die Wahl des verbleibenden Standortes, wenn Schließungen unumgänglich sind.

Da Infrastruktureinrichtungen eine lange Nutzungsdauer haben und Planungen oft für Jahrzehnte gelten – bis zu 80 Jahre für die leitungsgebundene Infrastruktur – und damit auch langjährige Abschreibungskosten verbunden sind, lohnt ein Blick in die weitere Zukunft bis 2050. Wir werden immer weniger. Immer mehr Kreise werden sich mit Schrumpfung auseinander setzen müssen.

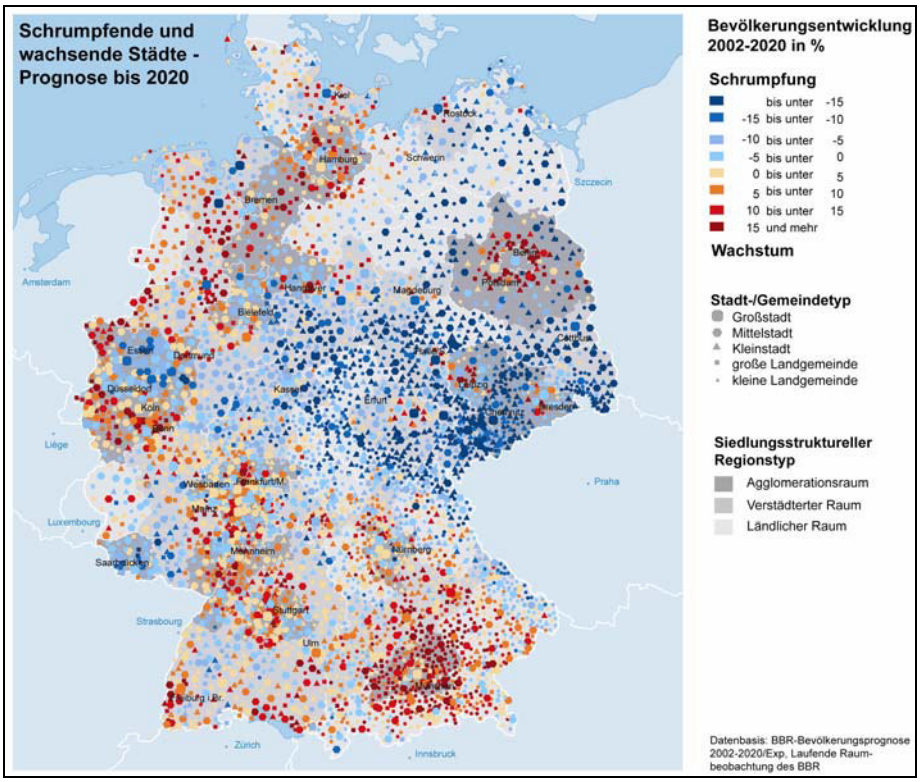

Abbildung 4: Schrumpfende und wachsende Städte – Prognose bis 2020

Im Übrigen kann auch eine erfolgreiche Familienpolitik oder Zuwanderungspolitik diesen Trend allenfalls abbremsen, aber nicht umkehren.

Prinzipiell gibt es zwei räumliche Entwicklungsmuster und zwei grobe Strategien:

1. Die Schrumpfung in größeren Gebietseinheiten, wie es beispielsweise heute schon im peripheren, dünn besiedelten Raum Ostdeutschlands der Fall ist. Hier ist es nötig, die öffentliche Daseinsvorsorge in großem Maßstab neu zu ordnen. Teilweise werden Schließungen unausweichlich sein. Die verbleibenden Einrichtungen können aber durch kluge Standortentscheidungen und ein ausgefeiltes Nahverkehrssystem die Bevölkerung in der Fläche versorgen. Ein anderer Weg ist, ein kleineres wohnortnahes Angebot für weniger mobile Einwohner zu schaffen.
2. In anderen Räumen wird es ein Nebeneinander von Schrumpfung und Wachstum geben. Hier kann es sinnvoll sein, die Unterauslastung der einen Kommune mit dem Neubedarf der anderen zu koordinieren.

Beide Problemlagen erfordern neue Kommunikationsprozesse. Es muss die Einsicht da sein, dass nur eine gemeinsame Ressourcennutzung eine gute Versorgung ermöglicht. Das Bestreben, die kommunale Eigenständigkeit zu wahren, macht kooperative Lösungen nicht immer einfach. Erst die räumliche Abstimmung zwischen Gemeinden, die inhaltliche Abstimmung zwischen Fachplanungen und unterschiedlichen Institutionen und Trägern erschließen neue Handlungsmöglichkeiten. Bürgermeisterkonkurrenz verhindert gesamtregionale gute und wirtschaftliche Lösungen!

Lösungsansätze in Modellregionen

Meine Damen und Herren,

die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge ist, wie ich eingangs schon erwähnte, eines der wichtigsten Themen für die Raumentwicklungspolitik und für viele Fachplanungen geworden, gerade auch im Hinblick auf das Ziel der Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen. Ein Paradigmenwechsel ist notwendig geworden: von der wachstumsorientierten hin zur Bestand erhaltenden Planung. Das hat auch der Bund erkannt.

Das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung hat deshalb im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung eine Reihe von Modellvorhaben der Raumordnung zum Thema „Infrastruktur und demographischer Wandel“ ausgeschrieben. Kreise und Regionen waren aufgerufen, neue Konzepte zu entwickeln und vor Ort zu erproben.

Abbildung 5: Modellvorhaben der Raumordnung MORO

Ausgewählt wurden sechs Modellregionen zum Thema „Infrastruktur und demographischer Wandel“ und sieben Modellregionen zum Thema „Siedlungsflächenentwicklung“.

Auch hier gibt es einen Zusammenhang zur Infrastruktur, wenn man an Baulandausweisungen denkt, die aufgrund des Infrastrukturneubedarfs sehr hohe Kosten verursachen. Unter ökonomischen Gesichtspunkten wäre eine Stärkung der Innenentwicklung vorteilhafter.

Gemeinsames Handeln aller Modellvorhaben sind

- die Vermittlung des demographischen Wandels und des daraus resultierenden Handlungsbedarfs,
- die Durchführung von Bestands- und Bedarfsanalysen,
- die Ausarbeitung von Konzepten nach Zahl und Alter der Bevölkerung.

Gemeinsame Zielsetzung ist

- die Vermeidung falsch dimensionierter Planungen,
- der effiziente Umgang mit Haushaltsmitteln,
- die Sicherung eines vielfältigen Infrastrukturangebots,

um so die Lebensverhältnisse in der Region zu verbessern.

Ich werde Ihnen nun Ergebnisse aus den abgeschlossenen Modellvorhaben Mecklenburgische Seenplatte, Lausitz-Spreewald und Ostthüringen, alle von starkem Bevölkerungsrückgang und hoher Abwanderung betroffen und alle mit geringen Bevölkerungsdichten, vorstellen.

Ziel war es, ein nachfrageorientiertes, tragfähiges Angebot für alle Bevölkerungsgruppen in zumutbarer Entfernung zu schaffen.

Die Konzepte wurden innerhalb von knapp 2 Jahren in unterschiedlichen Arbeitsgruppen mit fachlichen und räumlichen Akteuren erarbeitet und mit der Öffentlichkeit diskutiert.

Die Handlungsschwerpunkte haben die Modellregionen selbst ausgewählt. Dazu gehörten insbesondere die Themen Bildung, Medizin und Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV), aber auch organisatorische Fragen zu Ver- und Entsorgung. Das Thema überdimensionierter Leistungssysteme mit den Auswirkungen für stark ansteigende Umlagekosten für die Einwohner wurde gesehen, aber nicht explizit verfolgt, wird aber in den nächsten Jahren sicher noch ein großes Thema werden.

Auch der verstärkte Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien zum Lückenschluss wegbrechender Dienstleistungen wurde noch nicht angegangen. Andere europäische ländliche Regionen sind in dieser Hinsicht sehr viel weiter. In skandinavischen Ländern werden Bildung und Medizin von I- und K-Technologien bereits sehr stark unterstützt.

Alle bearbeiteten Handlungsfelder sollten untereinander abgestimmt und in eine Gesamtstrategie einmünden. Die Modellregion Lausitz-Spreewald hat versucht, das Zentrale-Orte-Konzept als raumordnerisches Instrument an die neuen Bedingungen anzupassen.

Welche Handlungsoptionen gibt es?

Handlungsoption	Kennzeichen	Entwicklung des Einzugsbereichs der Einrichtung	Beispiel
Erhöhung der Erreichbarkeit	Verbesserung der Verkehrsanbindung zur Auslastungserhöhung	größer/gleich	optimierte ÖPNV-Netze, nachfrageorientierte Taktzeiten
Verkleinerung	Proportionale Reduzierung der Einrichtung bzw. des Angebotes zur Bevölkerung	gleich/kleiner	reduziertes Busnetz
Dezentralisierung	Aufteilung in kleinere effiziente Einheiten (bei hohen Anbindungskosten)	kleiner	mehrere Biokläranlagen statt Großkläranlage, Bürgerämter statt Zentralverwaltung
Zentralisierung (mit Erreichbarkeitsstrategie)	Zusammenlegung von unterausgelasteten Einheiten mit komplementärer Erreichbarkeitsverbesserung	größer	Schulzusammenlegung mit Schulbussystem
Temporär-mobile Ansätze	Versorgungsinstitution nur zu eingeschränkten Zeiten verfügbar	gleich	Vor-Ort-Sprechstunden, Wochenmärkte, mobile Bibliotheken
Neustrukturierung/Substituierung	Zweck wird durch neue Art der Aufgabenerfüllung erreicht	fallabhängig	Warenbestellung (Internet) statt Einkauf (Geschäft), Zusammenlegung von Klassen mit neuen pädagogischen Konzepten, Taxieinzelbedienung statt ÖPNV-Taktbedienung

Abbildung 6: Handlungsoptionen der Infrastrukturentwicklung

Eine Schlüsselfunktion liegt in der Verbesserung der Erreichbarkeit. Es sollte abgewogen werden zwischen Verkleinerung, Dezentralisierung und Zentralisierung je nach fachlicher Notwendigkeit und Nachfragestruktur. Schließlich können mobile Angebote geprüft werden oder das Angebot neu gestaltet werden.

Alle Handlungsoptionen werden in dem Modellvorhaben angewendet.

Bildung

Für alle Modellregionen war das Thema Bildung relevant. Aufgrund starker Einbrüche bei den Schülerzahlen wurden zwei Zielrichtungen verfolgt: Erstens die Erhaltung wohnortnaher Grundschulen für die Kleinen durch jahrgangsübergreifenden Unterricht und zweitens die Stärkung zentraler Berufsschulen mit nachfragegerechtem Ausbildungsprofil.

Die Grundschulen in ländlichen Gemeinden sind mehr als Bildungsorte, sie sind gewissermaßen auch Ankerpunkte für ganz verschiedene Aktivitäten von Bürgern und Vereinen. Deshalb ist die Erhaltung auch besonders wichtig. Es hat sich in der Modellregion Ostthüringen gezeigt, dass der jahrgangsübergreifende Unterricht keine pädagogischen Nachteile im Vergleich zu herkömmlichem Unterricht hat. Die Schülerübergangsquoten an die Gymnasien waren vergleichbar und auch die Kosten waren mit der Mehrzügigkeit vergleichbar.

Die dezentrale kleine Schule kann deshalb die wohnortnahe Schulversorgung sichern.

Die Arbeitsgruppe „Berufsschulplanung“ hat festgestellt, dass die Schulentwicklungsplanungen in den Kreisen von Lausitz-Spreewald bisher nicht an den demographischen Wandel angepasst waren. In Zusammenarbeit mit den Schulämtern wurden der neuen Planung aktualisierte Bevölkerungsprognosen und Prognosen der Berufsfeldentwicklung zugrunde gelegt und zwar auf der Basis von Studien und Expertenmeinungen. Ein Gutachter wurde hinzugezogen, der diese Informationen räumlich differenzierte und einen Vorschlag der Umsetzung unterbreitete. Danach müssen 54 Prozent der Schulstandorte aufgegeben werden.

Nur kreisübergreifende Angebote können kostenträchtige Überangebote verhindern und die Vielfalt von Ausbildungsangeboten in der Region durch abgestimmte Profile erhalten.

Die Standortwahl berücksichtigt die wirtschaftsgeographischen Teilräume, d.h. dort wo Unternehmen bestimmte Berufsfelder besonders nachfragen, bleiben Schulen erhalten. Diese werden durch den Zugang von Schülern aus geschlossenen Schulen noch gestärkt und die Tragfähigkeit gesichert.

In die Standortentscheidungen sind folgende Kriterien eingeflossen:

- Schülerzahl,
- Minimierung der Fahrkosten und der Neuinvestitionen,
- personelle und technische Ausstattung und
- die Nähe zu kompatiblen Unternehmen.

Also ein stimmiges und tragfähiges Angebot.

Medizinische Versorgung

Eine ausreichende medizinische Versorgung ist in allen Modellregionen in Frage gestellt: Die Mehrzahl der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte ist älter als 55 Jahre. In absehbarer Zeit werden deshalb altersbedingt viele Praxen geschlossen. Einen Nachfolger zu finden, ist unter den Bedingungen relativ geringer Verdienstmöglichkeiten und großer Einzugsbereiche mit aufwändigen Hausbesuchen sehr schwierig. Die Problematik wird noch dadurch verschärft, dass die Zahl der Hochbetagten und damit der Bedarf an ärztlichen Leistungen überproportional stark ansteigt.

Die Modellregionen haben in ihren Arbeitsgruppen, in denen auch Vertreter der kassenärztlichen Vereinigung und niedergelassene Ärzte beteiligt waren, ein Bündel von Vorschlägen zur Milderung des Problems erarbeitet. Dazu gehörte insbesondere die Einrichtung von Gesundheitszentren zur Entlastung der Ärzte, die Kooperation zwischen ambulanten und stationären Ärzten und mobile Sprechstunden. Dabei spielten Fragen zur räumlichen Verteilung und zu möglichen Betreiberformen eine große Rolle.

Die Arbeitsgruppe konnte aufdecken, dass in der medizinischen Bedarfsplanung die Versorgungsbereiche zu groß geschnitten waren. Die bei der Bedarfsplanung angewendete Einwohner-Arzt-Relation berücksichtigt bspw. auch nicht die Altersstruktur!

Die Modellregion Mecklenburgische Seenplatte hat einen Leitfaden erarbeitet, der als Broschüre publik gemacht wurde und der Lobbyarbeit dient.

Grundversorgung in Dorfzentren

Um ein Minimum an Dienstleistungen im ländlichen, dünn besiedelten Raum unterhalb der Grundzentren aufrecht zu erhalten, wurde in Ostthüringen versucht, Funktionen in veränderter, kleinerer Angebotsform, in einem Gebäude mit evtl. zeitversetzter Nutzung und flexiblem Personal in einem Dorfzentrum zu bündeln. Damit sollten die Kosten der Einzelangebote minimiert und die Tragfähigkeit ansonsten gefährdeter Leistungen gesichert werden. Die in kleinen Siedlungsschwerpunkten entstehenden Dorfzentren sind wichtig für das soziale Zusammenleben und ermöglichen eine angemessene Grundversorgung. Das potenzielle Angebot reicht vom Friseur über Bücherei bis hin zu Verwaltungsdienstleistungen und Bürgersprechstunde, evtl. medizinische Dienstleistungen, ÖPNV-Anschluss, Bankautomat und Einzelhandelsgeschäft.

In der Modellregion wurde die Gesamtregion hinsichtlich möglicher Standorte untersucht. Dazu wurden Lücken im Versorgungsnetz identifiziert und die lokale Mitwirkungsbereitschaft abgefragt.

Für zwei bislang leer stehende Gebäude an günstigen Standorten – durch Befragungen und Erreichbarkeitsanalysen ermittelt – wurde eine Planung durchgeführt.

Öffentlicher Personennahverkehr

Der ÖPNV ist die flankierende Maßnahme schlechthin. Die Ausgestaltung von ÖPNV-Bedienungsangeboten hängt ganz wesentlich von der regionalen Siedlungsstruktur ab.

Je kleinteiliger und verstreuter die zu erschließenden Siedlungen in der Fläche verteilt sind und je geringer die Siedlungsdichte ausfällt, desto geringer ist das Potenzial für ein wirtschaftliches Angebot im klassischen Linienverkehr. In ländlichen Räumen ist aufgrund veränderter Nachfragen der ÖPNV in der gewohnten Form nicht mehr zu bezahlen. Die bisher häufig verfolgten Maßnahmen wie Reduzierung der Taktzeiten, Verkleinerung des Netzes usw. verschlechtern die Versorgung. Kleinere Angebotsformen wie Rufbusse und Sammeltaxen sind die bessere Alternative. Flexibler Bedienverkehr kann die Fläche besser erreichen. Der Flächenbetrieb in Lausitz-Spreewald sieht Einstiegshaltestellen und freien Ausstieg vor und ermöglicht eine passgenaue Anbindung an den zentral verlaufenden Linienverkehr.

Gerade solche Ansätze sind für die immobilere ältere Bevölkerung im ländlichen Raum zunehmend unverzichtbar.

Soweit einige ausgewählte Beispiele, wie das Infrastrukturangebot an weniger Menschen angepasst werden kann, und zwar ohne Qualitätsverlust. Es wird immer wichtiger, intelligent im Raum verteilte und kombinierte Angebote vorzusehen.

Gleichwohl ist – nach realistischer Einschätzung – damit zu rechnen, dass es Splittersiedlungen geben wird, die nur einen sehr eingeschränkten Zugang zu Infrastruktureinrichtungen haben werden. Die Kosten, jedes Einzelgebäude aufwendig anzubinden, sind einfach zu hoch. Man diskutiert schon das Zukunftsmodell „Künstlersiedlung“: Gebäude, die billig zu haben sind und von mobilen, nicht auf die Nähe von Zentren angewiesenen Personen bewohnt werden. Und es stellt sich natürlich die Frage, welche unabdingbaren Kernfunktionen von jeder Person im Staat zugänglich sein sollten.

Eine wichtige Kernfunktion ist die Bildung zur Gewährleistung von gleichwertigen Entwicklungschancen. Die medizinische Versorgung ist als elementares Bedürfnis anzusehen. Der Zugang zu allen anderen Funktionen ist über den ÖPNV und zukünftig immer wichtiger die Kommunikationstechnologien zu gewährleisten.

Welche allgemeinen Schlussfolgerungen lassen sich nun ziehen?

Schlussfolgerungen für Länder und Kommunen

Die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Strategieentwicklung liegen zunächst in der Problemvermittlung und Kooperation zwischen Fachplanern, Politikern, regionalen Akteuren und Institutionen. Die Öffentlichkeit muss einbezogen werden, damit die veränderten Leistungen akzeptiert werden.

Die einzelnen Handlungsfelder müssen Teil einer Gesamtstrategie sein, um Synergien zu nutzen. Der Einstieg in eine Gesamtstrategie kann über Handlungsfelder erfolgen, die aktuell den größten Problemdruck erzeugen.

Die Regionalplanung ist aufgrund der Querschnittsorientierung gut geeignet, neue Kooperationen zu initiieren und zu moderieren und unterschiedliche Interessen zu bündeln.

Planungen sollten immer mit Bestands- und langfristigen Bedarfsanalysen beginnen, weil Einrichtungen oft eine lange Nutzungsdauer haben. Sie müssen zeitlich und räumlich flexibel gestaltet sein, um überhöhte Fixkosten zu vermeiden.

Funktionale und räumliche Konkurrenzen sind zu vermeiden.

Mit bürgerschaftlichem Engagement kann die öffentliche Daseinsvorsorge unterstützt und ergänzt werden. Dafür sind Rahmenbedingungen zu schaffen. Dies entspricht auch dem gewandelten Staatsverständnis vom regulierenden Staat zum aktivierenden Staat hin zur Bürgergesellschaft. Außerdem muss der Staat durch Private unterstützt werden. Ohne privates Kapital kommen auch die Kommunen nicht mehr aus. Inzwischen gibt es einen Boom bei Vorhaben in Öffentlich-Privater Partnerschaft. Jede 4. Kommune hat Erfahrung mit ppp-Projekten.

Strategien sind auf regionaler Ebene zu suchen. Es ist abzuwägen zwischen einer stärkeren räumlichen Bündelung und kleineren wohnortnahen Angebotsformen. Zwischen Dezentralisierung und Zentralisierung ist jeweils abzuwägen je nach Mobilität der Nachfragegruppen und fachlicher Notwendigkeit.

Auf jeden Fall gewinnen in Zukunft Landstädte oder Gemeinden mit einem bedeutenden Siedlungskern als Auffangebene für infrastrukturelle Angebote im ländlichen Raum an Bedeutung.

Die Ansätze aus den verschiedenen Handlungsfeldern müssen vernetzt werden. Regionalpläne sollten dazu überarbeitet werden. Auch Landesentwicklungspläne können mit visionären Zielen ein Hilfsmittel zur Überzeugung der Akteure in der Region sein. Hier ist das Land als Hilfesteller gefordert.

Als wichtiger Orientierungsmaßstab für Anpassungsstrategien muss das Zentrale-Orte-Konzept weiterentwickelt werden. Hierzu zählt eine Anpassung der Zahl der Ebenen und Anzahl der zentralen Orte. Leistungen sollten definiert werden statt Ausstattungskataloge.

Vielfach sind die rechtlichen Rahmenbedingungen nicht auf kleinere Infrastrukturangebote ausgelegt. Die fachrechtlichen Rahmensetzungen müssen überprüft werden. Vieles lässt sich aber auch schon jetzt unter Ausnutzung von Spielräumen realisieren.

Mindestgrößenordnungen und Bedarfsbemessungen müssen neu eingeschätzt werden.

Trifft ein neues regionales Konzept an rechtliche Grenzen, so sollte dies als Änderungsvorschlag an die Landesebene weitergegeben werden (Gegenstromprinzip nutzen).

Die Erarbeitung von Anpassungsstrategien erfordert eine kontinuierliche Steuerung durch eine Person, evtl. einen Regionalmanager. Diese Prozesskosten müssen finanziert werden.

Die Förderbudgets sollten ressortübergreifend angelegt sein, um aufwendige Einzelanträge für Fördermittel zu vermeiden. Gerade kleine Landgemeinden haben dafür keine personellen Kapazitäten.

Es sollte überlegt werden, Zweckzuweisungen direkt an Kooperationen zu koppeln, um langwierige Bürgermeisterstreitigkeiten auszuschalten. Das Sächsische Kulturraumgesetz ist ein schönes Beispiel dafür.
Die Finanzausgleichssysteme könnten modifiziert werden, indem z.B. die Siedlungsdichte Berücksichtigung findet. Sinnvoll kann auch eine Entkoppelung der

Zuweisungen vom Zentrale-Orte-System sein oder die Einbeziehung des Umlandes.

Zusammenfassend noch einmal der Handlungsleitfaden für die kommunale und regionale Planung.

Jetzt planen – um agieren zu können, anstatt nur zu reagieren.

Langfristig planen – über Wahlperioden hinaus, weil Infrastrukturen eine lange Nutzungsdauer haben (*langfristiges Leitbild* für deutliche Zielstellung und *kurzfristige Konzepte*, die konkret zu verorten sind und als kleine Schritte in die Umsetzung gehen können).

Anders planen – neue, unkonventionelle Wege beschreiten, Normen in Frage stellen, Experimentierklauseln nutzen.

Flexibel planen – Nachfrageschwankungen berücksichtigen und Mehrfachnutzungen vorsehen.

Zusammenhängend planen – interkommunal und intersektoral; Verantwortungsgemeinschaften bilden statt Bürgermeisterkonkurrenzen.

Mit anderen planen – Öffentlichkeit einbinden, neue Allianzen suchen.

Aus dem Modellvorhaben hat die Ministerkonferenz für Raumordnung wichtige Rückschlüsse gezogen und in einer Entschließung dargelegt. Einige Aspekte daraus sind:

Das Zentrale-Orte-System ist Grundgerüst zur Bewältigung von regionalen Infrastrukturanpassungen.

Es sind zu berücksichtigen:

- die Relativierung der Zahl der Zentren, ihre Klassifizierung und Ausstattungsmerkmale am Bevölkerungsrückgang,
- die Anpassung zentralörtlicher Einzugsbereiche an veränderte Erreichbarkeitsverhältnisse,
- der Ausbau von interkommunaler Kooperation zentraler Orte zur Kostenreduktion und Effizienzsteigerung,
- das Erfordernis inhaltlicher Abstimmung zwischen Planungsträgern,
- die Region als Moderationsebene für integrative Planungsprozesse.

Die Empfehlungen der Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO) an die Fachpolitiken von Bund und Ländern lautet:

- Standardwerte, Kapazitäten und Einzugsbereiche für die einzelnen Infrastrukturbereiche sollten überprüft werden.
- In den Konzeptionen der Fachplanungsträger muss die demographische Entwicklung berücksichtigt werden.
- Bei Standortfestlegungen sollte man sich am Konzept der zentralen Orte orientieren und andere Planungsbereiche integrieren.
- Die Belastungen der Kommunen durch den Bevölkerungsrückgang (Stichwort: weniger Einnahmen, gleichbleibende Ausgaben) sollten bei Mittelzuweisungen berücksichtigt werden.

Soweit meine Ausführungen zur Sicherung öffentlicher Daseinsvorsorge.

Die Zukunft ländlicher Kommunen wird auch davon abhängen, ob es gelingt, frühzeitig langfristige tragfähige Strategien für die öffentliche Daseinsvorsorge mit den Menschen vor Ort zu entwickeln.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Der Beitrag „Integrierte Ländliche Entwicklung“ zur Schaffung von Arbeitsplätzen unter besonderer Berücksichtigung der demographischen Entwicklung in Deutschland – Vorstellung eines Forschungsvorhabens

Karl-Heinz Thiemann

Einleitung

Die Bewältigung der Folgen des demographischen Wandels und die Stärkung der wirtschaftlichen Entwicklung gehören zu den drängenden Herausforderungen der Landentwicklung, gerade auch in strukturschwachen Regionen. Hierzu ist eine Strategie notwendig, die sich vor allem an den Bedürfnissen der Bevölkerung orientiert und auf die Förderung der Wirtschaftskraft ausgerichtet ist. Denn nur über ein ausreichendes Angebot an qualifizierten Arbeitsplätzen kann der anhaltenden Abwanderung wirksam entgegengewirkt werden.

Mit dieser Prämisse hat die Arbeitsgruppe „Integrierte Ländliche Entwicklung“ der Deutschen Landeskulturgesellschaft (DLKG) unter Federführung des Landes Rheinland-Pfalz und in enger Zusammenarbeit mit der Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft nachhaltige Landentwicklung ein Strategiepapier erarbeitet, das neue Ansätze für die Vorgehensweise im ländlichen Raum enthält und als Grundsatzpapier für die Weiterentwicklung der Integrierten Ländlichen Entwicklung angesehen werden kann. Es ist unter dem Titel „Ländlicher Raum auf Roter Liste: Der Beitrag der Integrierten Ländlichen Entwicklung zur Schaffung von Arbeitsplätzen unter besonderer Berücksichtigung der demographischen Entwicklung in Deutschland“ als Sonderheft 01, 2006 in der Schriftenreihe der DLKG erschienen. Die zentrale Arbeit wurde im Rahmen eines Forschungsvorhabens geleistet, das vom Land Rheinland-Pfalz an die Universität Bonn (Prof. Dr. T. Kötter, Professur für Städtebau und Bodenordnung) und die Universität der Bundeswehr München (Prof. Dr. K.-H. Thiemann, Professur für Landmanagement) vergeben worden war.

Der folgende Beitrag soll in die Integrierte Ländliche Entwicklung einführen sowie die Konzeption und Methodik des Forschungsansatzes erläutern, um so zum tieferen Verständnis des Strategiepapiers beizutragen. Bezüglich der Ergebnisse im Einzelnen sei auf das Strategiepapier selbst und deren Managementzusammenfassung (S. 8 – 11) verwiesen. Es enthält auch ein umfangreiches Literatur- und Quellenverzeichnis.

Grundzüge der Integrierten Ländlichen Entwicklung (ILE)

Seit 2004 gibt es im Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (kurz GAK) den neuen Förderungsgrundsatz der „Integrierten Ländlichen Entwicklung“ (ILE). Ziel der ILE ist die Initiierung, Organisation und Begleitung von regionalen Entwicklungsprozessen über die Erarbeitung eines Integrierten Ländlichen Entwicklungskonzepts (I-LEK) und ein Regionalmanagement (RM) zu deren effizienter Umsetzung. Auftraggeber sind in der Regel Kommunen, die im Rahmen der gemeindeübergreifenden Zusammenarbeit die Erstellung des Konzepts und die Umsetzungsmoderation an eine Stelle außerhalb der öffentlichen Verwaltung (Planungsbüro, Siedlungs- und Entwicklungsgesellschaft) vergeben sollen. Dazu kann die Konzepterstellung mit bis zu 75 Prozent der Kosten, jedoch höchstens 50.000 Euro, und die Umsetzungsbegleitung für einen Zeitraum von maximal 5 Jahren mit bis zu 70 Prozent der Kosten, höchstens jedoch 75.000 Euro jährlich durch die Landentwicklungsverwaltung gefördert werden.

Die ILE trägt der Tatsache Rechnung, dass viele Herausforderungen, vor denen die ländlichen Räume heute stehen, nur mit ganzheitlichen, gemeindeübergreifenden Handlungsansätzen bewältigt werden können. So lassen sich Bündelungseffekte erzielen, die gerade für kleine Gemeinden mit geringerer Personal- und Finanzausstattung oft erst die Voraussetzungen schaffen, geplante Vorhaben verwirklichen zu können. In diesem Sinn wird der strategische Ansatz von folgenden Grundprinzipien bestimmt:

- **Bezug auf die gemeindlichen Handlungsfelder** unter Einbindung aller maßgeblichen öffentlichen und privaten Akteure (Entwicklungspartner) in der Region,

- **Übergang von isolierten Einzelprojekten zu einer abgestimmten regionalen Entwicklungsstrategie** und gezieltem Einsatz aller Instrumente zu deren Umsetzung,
- **Bildung räumlich-thematischer oder sachlicher Arbeitsschwerpunkte** auf der Grundlage fachlicher Kriterien, wie z.B. interkommunales Gewerbeflächenmanagement, Innenentwicklung, Sanierung der Ortskerne oder touristische Inwertsetzung der Landschaft,
- **Umsetzungsorientierung mit schnell sichtbaren Erfolgen** über die möglichst frühzeitige Realisierung von Einstiegs-, Demonstrations- und Schlüsselprojekten.

Das ILE-Konzept ist in enger Zusammenarbeit mit den Gemeinden (Bürgermeistern) und allen anderen Entwicklungspartnern zu erstellen und seine Realisierung in Form der Umsetzungsmoderation zu organisieren und zu begleiten. Dies geschieht vorwiegend mit den weichen Instrumenten der dialogorientierten Planung, d.h. im Wesentlichen:

- **Beratung mit den Gemeinden und allen Akteuren** in der Region nach dem Bottom-up-Prinzip unter Beteiligung aller maßgeblichen Träger öffentlicher Belange,
- **Erarbeitung, Abstimmung und Koordination der Projekte** und Einzelaktivitäten zu einer regionalen Entwicklungsstrategie unter Einbeziehung der Bauleitplanung, bereits bestehender Planungen der Fachverwaltungen und der regionalen Wirtschaftsförderung,
- **Information der Bürger** über Anliegen, Arbeitsschwerpunkte und Erfolge der ILE in Form einer breit angelegten Öffentlichkeitsarbeit.

Dabei nimmt die Landentwicklungsverwaltung vor allem in der sog. Vorbereitungs- und Startphase die wichtige Aufgabe wahr, den Entwicklungsprozess zu initiieren und in Gang zu bringen. Hierzu hat sie die Gemeinden systematisch über die Möglichkeiten der Integrierten Ländlichen Entwicklung zu informieren, potenzielle Handlungsfelder aufzuzeigen und beratend Unterstützung zu leisten. Innerhalb der ILE bilden die klassischen Handlungsmöglichkeiten der ländlichen Neuordnung (insbesondere Bodenordnung, Dorferneuerung, Infrastrukturverbesserung) tragende Elemente des Prozesses. Ergänzend ist anzumerken, dass der Flurbereinigung/ Flurneuordnung für viele andere Projekte eine Schlüsselrolle zukommt. Denn die Bodenordnung kann im Rahmen der wertgleichen Landabfindung (§ 44 FlurbG bzw. § 58 LwAnpG) die notwendigen Flächen zur Reali-

sierung öffentlicher und privater Vorhaben am richtigen Ort bereitstellen und zugleich die planungsrechtlichen Voraussetzungen über die Feststellung im Wege- und Gewässerplan mit landschaftspflegerischem Begleitplan schaffen (§ 41 FlurbG).

Zur ILE gehören die Einbindung aller relevanten Planungen und Vorhaben der Kommunen und der verschiedenen Fachverwaltungen (Straßenbau, Wasserwirtschaft, Naturschutz, Denkmalpflege etc.) sowie die Erschließung der breiten Palette von Finanzierungsmöglichkeiten für die angedachten Projekte. Ferner ist eine intensive Beteiligung der öffentlichen und privaten Akteure aus der Wirtschaft (Kammern, Verbände, Interessengemeinschaften und Unternehmen) und den verschiedenen soziokulturellen Aufgabenfeldern (insb. Kinder- und Jugendbetreuung, freie Jugendarbeit, Schulen, Alten- und Krankenpflege) unverzichtbar.

Das ILE-Konzept ist als Strategiekonzeption zu verstehen, die auf Grund einer Bestandserfassung und Analyse das Leitbild für die weitere Entwicklung der Region festlegt und wesentliche Handlungsfelder und mögliche Projekte zu deren Umsetzung benennt. Hierauf aufbauend hat die Umsetzungsbegleitung alle strukturpolitischen Instrumente sowohl aus der GAK als auch aus anderen Fachbereichen zu aktivieren, um sie für die regionale Entwicklung zu öffnen. Dies sind landesspezifisch unterschiedlich rund 100 bis 150 Förderprogramme, die auf die Entwicklung der ländlichen Räume und die Stärkung der Wirtschaftskraft ausgerichtet sind.

Im Gesamtprozess ist die kreative und aktivierende Rolle der Entwicklungskonzeption und Umsetzungsmoderation besonders hervorzuheben. Das anspruchvolle Ziel besteht darin, in der gemeinsamen Zusammenarbeit mit allen Handlungspartnern neue Ideen zu entwickeln und innovative Ansätze zu erarbeiten. Im Ergebnis soll ein abgestimmtes Maßnahmenbündel zur regionalen Entwicklung entstehen, welches unter Ausnutzung von Synergien und Bündelungseffekten in einzelnen Projekten zeitnah umgesetzt wird. Dabei sind die öffentlichen und privaten Akteure als gleichberechtigte Partner zu verstehen, die gemeinsam den integralen Entwicklungsprozess tragen. Der Prozess vollzieht sich in einer dialogorientierten Planung mit allen Beteiligten und einer kommunikativen Steuerung der Akteure nach dem Konsensprinzip. Die Landentwicklungsverwaltung hat dabei eine wichtige Funktion: Sie ist Initiator und Berater, um die Entwick-

lungsprozesse in Gang zu bringen und zu unterstützen, und kann Hilfestellung bei der Umsetzung von Projekten anderer leisten. Im Einzelnen gliedern sich ihre Aufgaben wie folgt:

- **Initiierung und Organisation der ILE** durch gezielte Information, Beratung und Aktivierung der Gemeinden,
- **Förderung der Erstellung des ILE-Konzepts und des Regionalmanagements** durch finanzielle Zuwendungen an die Kommunen als Auftraggeber,
- **Durchführung von Projekten der ländlichen Bodenordnung** einschließlich freiwilliger Nutzungstauschverfahren,
- **Unterstützung von Projekten der Gemeinden und anderer Partner** durch die Möglichkeiten der Bodenordnung (Koordination, Planung, Flächenbereitstellung) und die Förderung öffentlicher und privater Vorhaben im Rahmen der Dorferneuerung, Umnutzung, Infrastrukturverbesserung (ländlicher Wegebau) und Kooperation,
- **Unterstützung beim Aufbau von Netzwerken**, insbesondere zwischen traditionellen Bereichen und innovativen Entwicklungsansätzen,
- **Verknüpfung und Bündelung der verschiedenen Finanzierungsquellen** und Fördervorhaben für eine abgestimmte Gesamtstrategie .

In der Integrierten Ländlichen Entwicklung kann (und muss) die Landentwicklungsverwaltung ihre lange Erfahrung in der Neuordnung und Gestaltung ländlicher Räume einbringen. Diese beratende und aktivierende Rolle ist ein entscheidender Motor für den integralen Entwicklungsprozess und gibt ihm wichtige Anregungen und Impulse.

Abriss des Forschungsansatzes

Die bekannte Gliederung der ländlichen Räume in Deutschland sowie die allgemeinen Trends der demographischen und wirtschaftlichen Entwicklung bilden die Ausgangsbasis der Forschungsarbeiten. Die Kenntnis dieser grundlegenden Rahmenbedingungen ermöglicht es, den skizzierten Ansatz der Integrierten Ländlichen Entwicklung näher zu erörtern und problembezogen zu spezifizieren. Anknüpfend an die Funktionen und Potenziale ländlicher Räume ergeben sich daraus erste generelle Planungsansätze, Handlungsfelder und Beiträge der Integ-

rierten Ländlichen Entwicklung zur Sicherung vorhandener und Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Die weitere Ausformung verlässt den üblichen Ansatz, vom Leistungsvermögen der Instrumente zur Landentwicklung oder gesellschaftspolitischen Vorgaben auszugehen, und ergründet zunächst die Erwartungen der Wirtschaft und Bevölkerung an die ländlichen Räume. In Verbindung mit der zuvor erfolgten Spezifikation des Planungs- und Entwicklungsansatzes führt dies zu der in Tabelle 1 zusammengefassten Zielgruppenorientierung.

Tabelle 1: Zielgruppen, Ansprüche und Handlungsfelder der ILE zur Stärkung der Wirtschaftskraft und Verbesserung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse in ländlichen Räumen

Zielgruppen	**Typische Ansprüche und Erwartungen an die ländlichen Räume – Kriterien**	**Zentrale Handlungsfelder der Integrierten Ländlichen Entwicklung – Maßnahmen**	
Land- und Forstwirte	geeignete Betriebsstandorte sowie erschlossene (Wege, Vorflut) und arrondierte (Lage, Form, Größe) Nutzflächen, ergänzende Einkommensmöglichkeiten, Lebenspartner	Stärkung und Unterstützung der Land- und Forstwirtschaft	**Wirtschaft (Unternehmen)**
gewerbliche Unternehmer	Nachfrage/ Absatz ihrer Dienstleistungen und Produkte, ausreichend große Betriebsflächen, wirtschaftsnahe Infrastruktur und qualifizierte Arbeitskräfte	allgemeine Unterstützung der wirtschaftlichen Entwicklung, Verbesserung der Daseinsvorsorge: Bauland, Infrastruktur, Wohn- und Arbeitsumfeld	
freie Berufe	Nachfrage ihrer Dienstleistungen, bedarfsgerechte Praxis- u. Büroräume, Erreichbarkeit, attraktives Standortumfeld	Erhalt und Schaffung von Arbeitsplätzen, Ausbau der Verkehrsinfrastruktur	
Arbeitende und Arbeitssuchende	attraktive Arbeitsplätze in erreichbarer Entfernung zum Wohnort, gute Verkehrsanbindungen	Erhalt und Schaffung von Arbeitsplätzen, Ausbau der Verkehrsinfrastruktur	
Auszubildende	attraktives Lehrstellenangebot in erreichbarer Nähe, Aussicht auf entsprechende Anstellung (Arbeitsplätze) nach der Ausbildung		

Zielgruppen	Typische Ansprüche und Erwartungen an die ländlichen Räume – Kriterien	Zentrale Handlungsfelder der Integrierten Ländlichen Entwicklung – Maßnahmen	
Familien	großzügiges Wohnen (vorzugsweise in Form des Eigenheims mit Garten und weniger des Doppel-/ Reihenhauses) und kinderfreundliches Wohnumfeld, gute Verkehrsanbindungen	Verbesserung der Daseinsvorsorge: Bauland, Infrastruktur, Wohn- und Arbeitsumfeld	**Bevölkerung**
Klein- und Vorschulkinder	Betreuung (Krippe, Kindergarten und Hort) in leicht erreichbarer Nähe, Nachmittagsbetreuung, Kontakt zu anderen Kindern und Spielmöglichkeiten im Wohnumfeld		
Schulkinder und Jugendliche	gutes Schulangebot mit kurzen Schulwegen, Nachmittagsbetreuung, Sport- (Vereine) u.a. Freizeitangebote, Treffpunkte und Spielmöglichkeiten im Dorf und in der Landschaft		
Singles	preisgünstiges Wohnen, gute Verkehrsanbindungen, Treff- und Kommunikationsmöglichkeiten (Vereine, Gastronomie), Sport-, Kultur- und andere Freizeitangebote		
Senioren	Leben in der Dorfgemeinschaft, Nahversorgung, kulturelle Veranstaltungen	Sicherung der Nahversorgung, der sozialen Dienste und des kulturellen Angebots	
betreuungs- und pflegebedürftige Personen	medizinische Versorgung und soziale Dienste (Betreuung, Pflege und Seelsorge)		
Neubürger	attraktive Arbeitsplätze, Integration in die Dorfgemeinschaft, intakte Umwelt, Freizeitangebote, Weiterbildungsmöglichkeiten	Erhalt und Schaffung von Arbeitsplätzen, Entwicklung des Erholungs- und Freizeitwerts der Landschaft, Sicherung des kulturellen Angebots	
Dorfgemeinschaft	Begegnung und Kommunikation der Bürger, dörfliche Veranstaltungen und Feste, Vereinsleben sowie andere kulturelle und soziale Angebote	Sicherung der Nahversorgung, der sozialen Dienste und des kulturellen Angebots	

Hieraus ergeben sich wiederum drei fachübergreifende Maßnahmenbündel, die sich in zwölf zentrale Handlungsfelder zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen gliedern (Tabelle 2).

Tabelle 2: Handlungsfelder der ILE zur Stärkung der Wirtschaftskraft und Schaffung von Arbeitsplätzen und Einkommensmöglichkeiten in ländlichen Räumen

Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen und Einkommensmöglichkeiten in ländlichen Räumen	**1.**	**Landwirtschaft** als eine tragende Säule der ländlichen Räume **stärken**
	2.	**Forstwirtschaft** als Rohstofflieferant und zur Pflege des Waldes als prägendes Element der Kulturlandschaft **unterstützen**
	3.	**Rahmenbedingungen für den Dienstleistungssektor** als Wachstumsmarkt **verbessern**
	4.	**Wertschöpfung im ländlichen Raum** durch Ausbau der regionalen Wirtschaftskreisläufe **erhöhen**
	5.	**Rahmenbedingungen für Unternehmensgründungen schaffen**
Allgemeine Unterstützung der wirtschaftlichen Entwicklung	**6.**	**Strategische Allianzen in stärkerer Zusammenarbeit mit der Wirtschaft aufbauen**
	7.	**Regionalbewusstsein stärken** und Grundgedanken der Integrierten Ländlichen Entwicklung breit verankern
Verbesserung der Daseinsvorsorge: Bauland, Infrastruktur, Wohn- und Arbeitsumfeld	**8.**	**Bauland bereitstellen** und nachhaltige Raum- und Siedlungsstrukturentwicklung gewährleisten
	9.	**Verkehrsinfrastruktur** als einen grundlegenden Standortfaktor bedarfsgerecht **ausbauen**
	10.	**Nahversorgung, soziale Dienste und kulturelle Angebote** als notwendige Grundversorgung und attraktives Wohnumfeld **sichern**
	11.	**Umwelt-, Erholungs- und Freizeitwert der Kulturlandschaft** als weichen Standortfaktor weiter **entwickeln**
	12.	**Hochwasser- und Gewässerschutz** als Standortvorteil im interregionalen Wettbewerb **sichern**

Der Handlungsrahmen ist im Sinne eines Maximalkatalogs zu verstehen, der das mögliche Spektrum der Integrierten Ländlichen Entwicklung aufzeigt. Die weitere Analyse der einzelnen Handlungsfelder bestätigt die These, dass sich das Wirkungspotenzial der ILE nur ausschöpfen lässt, wenn in einem ganzheitlichen Ansatz der ILE-Konzeption und Umsetzungsmoderation alle Planungsträger und Förderbereiche sowie die maßgeblichen öffentlichen und privaten Akteure mit einbezogen werden.

Um von den allgemeinen strategisch-konzeptionellen Fragestellungen zur konkreten Projekt- und Handlungsebene durchzudringen, werden für die identifizierten Handlungsfelder im Strategiepapier nun jeweils:

- die Maßnahmen der Integrierten Ländlichen Entwicklung,
- der Inhalt und Gegenstand des Integrierten Ländlichen Entwicklungskonzepts (ILEK),
- die Aufgaben der Umsetzungsmoderation (UM) und
- der Beitrag der investiven Maßnahmen der Landentwicklung (Bodenordnung, Infrastruktur-, Dorferneuerungs-, Umnutzungs- und Kooperationsförderung)

näher dargelegt.

Dabei kommt deutlich zum Ausdruck, dass der Landentwicklungsverwaltung mit ihrer beratenden und koordinierenden Funktion sowie der Steuerung der grund- und bodenbezogenen Entwicklungsaspekte (Landmanagement, insb. durch Bodenordnung, Dorferneuerung und ländliche Infrastrukturverbesserung) eine Schlüsselrolle zukommt.

Die Kenntnis des möglichen Handlungsspektrums ermöglicht es abschließend, grundsätzliche Aspekte zur Initiierung und Organisation integrierter ländlicher Entwicklungsprozesse zu geben und wesentliche Bausteine für die Leistungsverzeichnisse „Integriertes Ländliches Entwicklungskonzept (ILEK)“ und „Umsetzungsmoderation“ zu benennen.

Zusammenfassung, Fazit und Ausblick

Das Strategiepapier beweist, dass die Integrierte Ländliche Entwicklung maßgeblich zur Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen und Einkommensmöglichkeiten in ländlichen Räumen beitragen und damit der Abwanderung entgegenwirken kann. In Zukunft kommt dem ILEK die Aufgabe zu, den Einsatz der investiven Instrumente der Landentwicklung vorzubereiten und zu steuern sowie gemeinsam mit der Umsetzungsmoderation die Entwicklungsaktivitäten der Gemeinden und die daraus resultierenden Planungen und Vorhaben anderer öffentlicher Träger und privater Akteure einzubinden und zu koordinieren. Es sorgt damit zugleich für eine Bündelung und Abstimmung aller Projekte und deren optimale Unterstützung insbesondere durch Bodenordnung und Dorferneuerung.

Die Landentwicklungsverwaltung hat dabei die Schlüsselrolle wahrzunehmen, die Entwicklungsprozesse in enger Zusammenarbeit mit den Kommunen zu initiieren und in Gang zu bringen sowie Hilfestellung bei der Erarbeitung des ILE-Konzepts und deren Umsetzungsmoderation (Regionalmanagement) durch Beratung, Organisation und finanzielle Förderung zu leisten. Ferner sind die investiven Maßnahmen der ländlichen Entwicklung Kernelemente des Prozesses und können die Realisierung vieler Projekte anderer Träger einschließlich privater Investitionsvorhaben wirkungsvoll unterstützen bzw. ergänzen. Diese Aufgaben müssen in den Ländern entsprechend den spezifischen Gegebenheiten und politischen Vorgaben mit unterschiedlicher Intensität und Schwerpunktsetzung wahrgenommen werden.

Leitlinien für die Entwicklung des ländlichen Raumes in Sachsen-Anhalt – ein neues Modell für vernetztes Denken und Handeln

Hubertus Bertling

Sehr geehrte Damen und Herren,

trotz der Veränderung wesentlicher Rahmenbedingungen in Sachsen-Anhalt, z.B. dem demographischen Wandel, der Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung sowie der sinkenden Einnahmen der öffentlichen Hand, ist im Interesse gleichwertiger Lebensverhältnisse auch im ländlichen Raum eine nachhaltige, d.h. wirtschaftlich, sozial und ökologisch ausgewogene Entwicklung zu sichern.

Es entspricht dem Leitgedanken der Nachhaltigkeit, die Bedürfnisse der heutigen Generation zu erfüllen, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen, eigene Bedürfnisse zu befriedigen, zu gefährden.

Die Strategie zur Entwicklung des ländlichen Raumes sollte über die Allianz für den Ländlichen Raum und für die Regionen über die Integrierten Ländlichen Entwicklungskonzepte erarbeitet werden.

Mit Kabinettsbeschluss vom 22.02.2005 hat die Landesregierung die Bildung der Allianz Ländlicher Raum (ALR) als Informations-, Beratungs- und Ideenbündelungsgremium mit sektorübergreifendem Ansatz unter Federführung des Ministeriums für Landwirtschaft und Umwelt beschlossen. In dieser Allianz arbeiten zusammen:

- kommunale Spitzenverbände,
- Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern,
- wissenschaftliche Einrichtungen, wie z.B.
  - Universität Halle,
  - Hochschule Anhalt,
  - Institut für Strukturpolitik und Wirtschaftsförderung Halle (ISW),

- die WISO-Partner für den ländlichen Raum, z.B. Arbeitgeberverband, Gewerkschaften, landwirtschaftliche Berufsverbände, Naturschutzverbände, Verbände der Forstwirtschaft sowie
- die für die Belange des ländlichen Raumes einzubeziehenden Ressorts der Landesregierung.

Ziel dieser Allianz ist es, die Politik im Rahmen der Entwicklung des ländlichen Raums zu beraten. Insbesondere waren hier die Rahmenbedingungen zu erarbeiten und die Entwicklungsstrategie mit Inhalten zu füllen.

In der ALR bestand Konsens, aus den folgenden Schwerpunktthemen entsprechende Handlungsfelder zu entwickeln:

1. Verbesserung der Wirtschaftskraft im ländlichen Raum durch
- Schaffen und Erhalten von Arbeitsplätzen durch Handwerk, Gewerbe und Dienstleistung,
- Unternehmensgründungen und -erhaltung,
- Stärkung der Land- und Forstwirtschaft,
- Kultur und Natur als Ressource für die Wirtschaft,
- Ausbildung, Qualifikation, Innovation,
- kommunale Kooperation.

2. Umkehr der Abwanderung vornehmlich junger Leute und Stärkung der kommunalen Daseinsvorsorge im ländlichen Raum durch
- Sicherung der Grundversorgung der ländlichen Bevölkerung,
- Neugestaltung des Konsens zwischen den Generationen,
- Schulbildung in der Fläche anbieten,
- kulturelles Potenzial erschließen.

3. zukunftsweisender Natur- und Umweltschutz durch
- Naturschutz mit den Menschen,
- Umwelt- und Klimaschutz durch die Verwendung nachwachsender Rohstoffe,
- Flächenverbrauch verringern, Boden schützen, Altlasten sanieren,
- Hochwasserschutz,
- Gewässerschutz (EG-Wasserrahmenrichtlinie),
- Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung.

Die Integrierte Ländliche Entwicklung (ILE) als besondere Form der Regionalentwicklung ist hierbei ein geeignetes Instrument, diese Aufgabe mit zu lösen. Sie setzt vordringlich auf den Bottom-up-Ansatz, um private Initiativen zur Stärkung der Wirtschafts- und Beschäftigungssituation zu erzeugen. Dieser Prozess wurde in Sachsen-Anhalt im April 2004 gestartet.

Es sollen die Herausforderungen im ländlichen Raum durch ganzheitliche, gemeindeübergreifende Handlungsszenarien bewältigt werden. Die ILE sieht hierbei die Initiierung, Organisation und Begleitung von regionalen Entwicklungsprozessen über integrierte ländliche Entwicklungskonzepte (ILEK) und Regionalmanagement (RM) vor. Insgesamt haben sich in Sachsen-Anhalt 9 ILE-Regionen gefunden.

Der ILE-Prozess kann in seinem Ablauf wie folgt abgebildet werden:

- **Leitbild** (Entwicklungsziel),
- **Handlungsfelder** (Aufgabenkomplexe),
- **Leitprojekte/ Projekte** (Förderschwerpunkte),
- **Maßnahmebündel/ Instrument** (abgestimmte Fördermaßnahmen),
- **Vorhaben** (Einzelmaßnahmen).

Entwicklungsziele und Prioritäten

Die in den ILEK ausgearbeiteten Handlungsfelder resultieren aus erfolgten Stärken- und Schwächenanalysen. Diese Stärken- und Schwächenanalysen bezogen sich vornehmlich auf folgende Bereiche:

- Lage der Region,
- Bevölkerung,
- Handwerk, Gewerbe und Dienstleistungen im ländlichen Raum,
- Landwirtschaft und Gartenbau,
- Wald- und Forstwirtschaft,
- Tourismus,
- Wissenschaft, Forschung, Bildung,
- Daseinsvorsorge (sozioökonomisch),
- regionale Entwicklungsinitiativen/ wirtschaftliche Vernetzung,
- Naturräume.

Als ein wesentliches Ergebnis der Stärken- und Schwächenanalysen wird von den Regionen im ILE-Prozess angestrebt, dass Unterschiede in der Wirtschaftskraft und Lebensqualität in den Teilräumen und bei den verschiedenen Schichten der Gesellschaft nicht weiter anwachsen.

Bezogen auf die Ergebnisse im Rahmen der ALR haben sich alle 9 ILE-Regionen in ihren ILEK zunächst auf 2 Handlungsfelder konzentriert.

Diese sind:

- Stärkung der Wirtschaftskraft in der Region,
- demographischer Wandel und Anpassung der öffentlichen Güter (Daseinsvorsorge) an diese Entwicklung.

Darüber hinaus sind von den einzelnen Regionen regionsspezifische Handlungsfelder herausgearbeitet worden.

Leitprojekte

Im Ergebnis der von den lokalen Akteuren ausgearbeiteten Projekte sind Leitprojekte festzulegen. Diese sollen die wichtigsten und besten Projektideen darstellen und zur sektorübergreifenden Vernetzung der Akteure beitragen.

Sie müssen:

- hinsichtlich der regionalen Leitbilder/ Potenziale wirken,
- einen Beitrag zur Erreichung der regionalen Entwicklungsziele leisten,
- möglichst zeitig Erfolge erzielen und somit zur Akzeptanz der Projekte beitragen,
- nicht nur als Einzelprojekt tragfähig sein, sondern sollten im Verbund mit anderen Projekten einen Beitrag zu den regionalen Entwicklungszielen leisten,
- nachhaltig wirken, auch nach der Anschubfinanzierung durch Fördermittel und
- tatsächlich umsetzbar sein.

Die verantwortlichen Projektbetreuer haben die Aufgabe, die Leitprojekte aus dem ILEK in Zusammenarbeit mit dem Regionalmanagement umzusetzen.

Die Anzahl der Leitprojekte schwankt je nach Größe der Region zwischen 5 und 13.

Folgende Leitprojekte wurden u.a. von den Regionen benannt:

- Aufbau von regionalen Netzwerken,
- Entwicklung neuer Wertschöpfungsketten,
- Unterstützung der Klein- und Kleinstunternehmen in der Bestandssicherung und der Neugründung,
- Ausbau der kommunalen Infrastruktur und Förderung privater Investitionen an den überregionalen Radwanderwegen, Anbindung an die touristischen Angebote der Region,
- Forschungs- und Praxispartnerschaften, Aufbau von Qualifizierungsmaßnahmen für junge Menschen bei der praktischen Biotop- und Landschaftspflege.

Für die Beurteilung der Verstetigung der Leitprojekte werden Prüfindikatoren benötigt.

Diese können sein:

- neu geschaffene bzw. gesicherte Arbeits- bzw. Ausbildungsplätze,
- Existenzgründer und Neuansiedlungen,
- neue und verbesserte Produkte bzw. Dienstleistungen,
- steigende Touristenzahlen (Tages- und Mehrtagestouristen, bei den Rad- und Wasserwanderer, im Reittourismus usw.),
- neu erschlossene Märkte.

Der im ILEK formulierte Katalog von Leitprojekten gilt als nicht geschlossen. Vielmehr besteht die Möglichkeit, später noch neue Projekte zu entwickeln und aufzunehmen.

Die 9 Regionen in Sachsen-Anhalt haben derzeit ihre ILEK erarbeitet. Die ILEK werden anschließend einer Bündelung und Abstimmung unterzogen und als Fördergrundlage bestätigt.

In einem gemeinsamen Projekt des Ministeriums für Landesentwicklung und Verkehr und des Ministeriums für Landwirtschaft und Umwelt „Wege zu einer nachhaltigen Bevölkerungspolitik in Sachsen-Anhalt – Ländliche Lebensmodelle

für junge Menschen und Familien“ sollen Wege zur Verbesserung und Sicherung der Lebensqualität aufgezeigt werden. Es ist das Ziel, der Abwanderung insbesondere junger Menschen aus dem ländlichen Raum entgegenzuwirken und ihnen eine Perspektive für eine Familiengründung in ihrer Heimatregion zu bieten.

Hiezu wurden folgende sieben Modellkommunen ausgewählt:

- Stendal,
- Weißenfels,
- Wanzleben,
- Coswig (Anhalt),
- Gerbstedt,
- Mieste und
- Ilsenburg (Harz).

Die Ergebnisse sollen Mitte 2007 in einem Leitfaden für alle Kommunen in Sachsen-Anhalt zusammengefasst werden.

Einbindung des bürgerlichen Engagements

Ein wichtiges Element in einer Nachhaltigkeitsdebatte ist der Dialog mit den Menschen, um Konflikte zu lösen und Potenziale zu erschließen. Er beginnt in den Kommunen und Regionen (Gebiete mit räumlichem und funktionalem Zusammenhang). Engagierte Bürger, die Verwaltung, die Wirtschaft, die Verbände und die demokratisch gewählten Organe suchen gemeinsam nach Wegen für eine tragfähige, nachhaltige Entwicklung in Sachsen-Anhalt. Sie entwickeln Ideen und Strategien und wenden sich den anstehenden Herausforderungen zu, um sie mit Kreativität und Engagement anzunehmen.

Integrierte ländliche Entwicklung bedeutet daher Partnerschaft zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Politik und Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft zum Wohle einer Region.

Im Interesse der Region bilden sich regionale Partnerschaften, so genannte Öffentlich-Private Partnerschaften, aus Vertretern der Gemeinden und der Landkreise sowie privaten Akteuren (Vereine, Wirtschaft, Bürger).

Sie sollen zur Mobilisierung privaten Kapitals und Fachwissens zur Erfüllung der anstehenden Aufgaben beitragen.

Die Öffentlich-Private Partnerschaft (ÖPP) und deren Vertreter im Regionalmanagement legen neben den Entwicklungszielen auch die Prioritäten der Umsetzung der Leitprojekte fest. Mit den Bewilligungsbehörden werden diese Prioritäten hinsichtlich der Fördermöglichkeiten abgestimmt.

Das Land unterstützt die Aktivitäten der Akteure vor Ort zusätzlich im Rahmen der Leader-Initiative als besondere Methode. Diese Aktivitäten müssen sich in die Strategie der Region, die im Rahmen der Aufstellung der ILEK entwickelt wird, einordnen. Dabei sind die im ILEK enthaltenen Leitprojekte, auch spezielle kleinräumige Leader-Konzepte, umzusetzen.

Im Mai 2006 wurden in Sachsen-Anhalt flächendeckend Informationsveranstaltungen mit den Verwaltungsgemeinschaften, Landkreisen und Leader-Aktionsgruppen zum Planungsstand der ILEK durchgeführt. Die Beteiligung war sehr gut.

Regionalmanagement

Gesteuert und zusammengehalten wird der Prozess der Integrierten Ländlichen Entwicklung durch Formen des Regionalmanagements.

Das Land unterstützt gezielt ein Regionalmanagement in den Regionen. Für einen Zeitraum von höchstens fünf Jahren kann in Regionen mit mindestens 50.000 Einwohnern ein Regionalmanagement mit bis zu 70 Prozent der Kosten jedoch höchstens mit 75.000 Euro jährlich gefördert werden.

Vordringliches Ziel des Regionalmanagements ist es, alle Aufgaben, die zur Initiierung, Organisation und Umsetzungsbegleitung der ländlichen Entwicklungsprozesse notwendig sind, zu übernehmen. Diese können umfassen:

- Information, Beratung und Aktivierung der Bevölkerung,
- Identifizierung und Erschließung regionaler Entwicklungspotenziale,
- Beförderung innovativer Projekte.

Regionalmanagement ist eine Kommunikations- und Kooperationsaufgabe in der Region und steht mit folgenden Schnittstellen im Zentrum der Integrierten Ländlichen Entwicklung:

- Aufbau regionaler Netze,
- Beratung,
- Programmumsetzung und Prozesssteuerung,
- Konzeptentwicklung und Projektentwicklung/ -betreuung,
- Monitoring (Kontrolle, Überwachung),
- Außendarstellung,
- Evaluation (Auswertung).

Folgende Organisationsformen des Regionalmanagements sind u.a. möglich:

1. Organisation in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft (kommunale Zweckverbände oder regionale Planungsverbände),
2. Organisation in halb-privater/ halb-öffentlicher Trägerschaft (GmbH oder Entwicklungsagenturen),
3. Organisation in privatrechtlicher Trägerschaft (GmbH, Stiftungen),
4. Organisation als Gemeinnütziger Verein,
5. Organisation in öffentlicher Trägerschaft ohne Rechtsverbindlichkeit (kommunale Arbeitsgemeinschaften und Zweckvereinbarungen),
6. Organisation in freiwilliger Zusammenarbeit ohne rechtliche Verankerung (Regionalforen, Regionalkonferenzen oder Arbeitsgruppen).

Die Finanzierung des Regionalmanagements kann zu Beginn mit Unterstützung von Fördermitteln erfolgen (max. 5 Jahre).

Umsetzung der integrierten Ansätze, Finanzrahmen und Einsatz der EU-Mittel

Mit der Neuausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik werden ab 2007 die finanziellen Mittel um ca. 25 Prozent reduziert. Die EU-Förderung ist vordringlich dafür einzusetzen, die Wirtschaftskraft zu stärken und die Arbeitsmarktsituation für die Menschen in unserem Land zu verbessern. Dazu müssen bei insgesamt knapperen Fördermitteln Prioritäten gesetzt werden. Das bedeutet aber auch, dass Projekte nur gefördert werden, soweit die Finanzierung vollständig gesichert ist. Von besonderer Bedeutung für die Entwicklung des Landes sind

Investitionen in Bildung, Forschung, Entwicklung und Innovation sowie die Förderung von Investitionen der gewerblichen Wirtschaft und der Abbau von Hemmnissen bei der Finanzierung kleiner und mittlerer Unternehmen. Aus der so genannten zweiten Säule „Entwicklung des ländlichen Raums“ der ELER-VO müssen zusätzlich noch neue Aufgaben finanziert werden. Daher ist es notwendig, die Mittel der Strukturfonds (insbesondere aus EFRE) für die Entwicklung der Regionen mit einzusetzen.

Mit der Neuordnung der Programme für die nächste Förderperiode der EU schafft Sachsen-Anhalt die Voraussetzungen für eine noch effektivere und zielgenauere Förderung von Wachstum und Beschäftigung, als dies im laufenden operationellen Programm möglich ist. Bei der Erarbeitung der Förderstrategie sind die Ergebnisse der Allianz und der ILEK eingeflossen.

Sachsen-Anhalt wird nach der nunmehr feststehenden Einigung über die innerstaatliche Mittelverteilung für die Jahre 2007 bis 2013 ca. 3,01 Mrd. Euro EU-Mittel erhalten. Obgleich sich die Finanzausstattung im Vergleich zur laufenden Förderperiode wesentlich verringert, bilden die EU-Fonds auch in den nächsten sieben Jahren ein bedeutendes Rückgrat für die Investitions- und Förderpolitik des Landes.

Grundsätzlich kommt es darauf an, mit möglichst wenig öffentlichen Mitteln ausgewählten Projekten (Leitprojekten der ILEK) den Anschub zu geben, um nachfolgend eine Verstetigung der Prozessentwicklung zu erreichen.

Meine Damen und Herren,

Sie sehen, dass die Erarbeitung der Strategie für die Entwicklung der Ländlichen Räume in Sachsen-Anhalt in einem breiten Dialog erfolgt ist.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und

„Wir in Sachsen-Anhalt stehen früher auf“

Gründen auf dem Land – Voraussetzungen und Besonderheiten

Mechthild Kern

Sehr geehrte Damen und Herren,

heute Nachmittag geht es um das Thema Gründen auf dem Land und um die Bemühungen zur Verbesserung der Wirtschaftskraft auf dem Land. Ich hoffe, dass der Gedanke an Erfolg versprechende Zukunftsperspektiven für Sie spannend ist und nochmals Anregungen geben kann, die das bisher Gehörte ergänzen!

Ich will berichten über

- *die Bedeutung von Existenzgründungen*
- *ihre Bedeutung speziell für den ländlichen Raum*
- *eine Studie, die das Institut für Mittelstandsökonomie Inmit, Trier, im Auftrag des Ministeriums dazu erstellt hat*
- *und über die Hinweise, die darin zur Anregung der Gründungsbereitschaft auf dem Land gegeben werden.*

Förderung von Existenzgründungen – eine politische Aufgabe

Für das Wirtschaftsministerium in Rheinland-Pfalz ist die Förderung von Existenzgründern eine wichtige politische Aufgabe. Ziel ist es, den künftigen Unternehmern und Unternehmerinnen Mut zu machen, den Schritt in die Selbständigkeit zu wagen und sie dabei durch Information, Beratung und natürlich auch finanzielle Förderung zu unterstützen.

Die Förderung von Gründungen steht auf der Liste wirtschaftspolitischer Ziele weit oben. Man kann es nicht deutlich genug sagen:

Existenzgründungen haben eine wichtige volkswirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung.

Unser Wirtschafts- und Gesellschaftssystem beruht auf Eigeninitiative, auf unternehmerischer Initiative und auf der Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen.

Die Existenzgründungen tragen zum **funktionierenden Wettbewerb** in der Wirtschaft bei. Sie **verhindern, dass Märkte erstarren**. Über junge Unternehmen werden vielfach **neue Technologien und neue Produkte** am Markt eingeführt. Es entstehen sogar **völlig neue Märkte**.

Über die Gründung neuer Unternehmen vollzieht sich ein großer Teil unseres **gesellschaftlichen Wandels**. So wird der Trend zur Dienstleistungsgesellschaft und zur Kommunikationsgesellschaft in erheblichem Maße durch Gründungen getragen. Ich glaube, ein wirklich dramatisches Beispiel, um dies zu illustrieren, ist das Unternehmen Microsoft, das unseren Büroalltag revolutioniert hat.

Unternehmensgründungen **schaffen neue Arbeitsplätze** – dies ist ein ganz wichtiger Punkt, sie zu fördern. Und sie erhalten Arbeitsplätze. Dies geschieht einmal im Zusammenspiel der Unternehmen untereinander. Dies geschieht aber vor allem auch dann, wenn eine Unternehmensgründung darin besteht, einen Betrieb weiterzuführen, der bislang keinen Nachfolger hatte und dessen Arbeitsplätze vor dem Aus standen!

Das Wirtschaftsministerium fördert Unternehmensgründungen zum Beispiel über ein Beratungsprogramm und finanzielle Förderung, die über das Förderinstrument des Landes, die Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) abgewickelt wird.

Diese Förderung ist eingebunden in eine ganze Reihe von Hilfen für Gründer von verschiedenen Einrichtungen. Eine wichtige Rolle spielen die Industrie- und Handelskammern sowie die Handwerkskammern, die landesweit in 26 Starterzentren Information, Beratung und Weiterbildung zu allen Aspekten der Gründung anbieten.

In diesen Starterzentren sind auch die Steuerberater über ihre Kammer engagiert. Die kommunalen Wirtschaftsfördereinrichtungen sprechen Gründer und Gründerinnen an. Sie bieten Rat und Hilfe.

Dazu kommen Gründerzentren im Land, die wie die Wirtschaftsfördereinrichtungen zudem günstige Flächen und Räume zur Ansiedlung anbieten und die Kontakte in die bestehende Wirtschaft ebnen.

Die Aufzählung der Ansprechpartner für junge Unternehmer und Unternehmerinnen ist damit noch nicht erschöpft – ich will es jedoch hier dabei belassen.

1. Fazit: Gründer und Gründerinnen sind uns wichtig – überall im Land!

Gründen auf dem Land – Motto der Gründeroffensive 2006

Was macht sie auf dem Land besonders wichtig?

Dass wir uns in Rheinland-Pfalz intensiver mit dem Thema Gründen auf dem Land beschäftigen, ist nahe liegend und für Sie – nach den bisherigen Erfahrungen der Tagung – keine Überraschung mehr:

Rheinland-Pfalz ist ein ländlich geprägtes Bundesland. Allein 10 Kreise verzeichnen weniger als 150 Einwohner pro Quadratkilometer.

Auf dem Land tragen in erster Linie mittelständische Unternehmen ganz wesentlich dazu bei, Wirtschafts- und Lebensqualität auf dem Land zu sichern. Um den Bestand an Betrieben zu sichern und möglichst zu erweitern, brauchen wir also gerade auf dem Land auch kontinuierlich Unternehmensgründerinnen und Unternehmungsgründer, die bestehende Unternehmen übernehmen oder aufgebende Betriebe ersetzen. Durch ihre unternehmerische Initiative stärken sie die Wirtschaftskraft des ländlichen Raums und schaffen Arbeitsplätze auf dem Land.

Wie wichtig dies ist, zeigt sich, wenn wir die vielen Aussagen betrachten, die zur demographischen Entwicklung inzwischen vorliegen. Danach ist besonders der ländliche Raum in der Gefahr zu veröden, wenn es uns nicht gelingt, attraktive Arbeitsplätze auf dem Land zu erhalten und neu zu entwickeln.

Von daher ist es für die Landesregierung natürlich interessant zu sehen, welche Besonderheiten es im ländlichen Raum gibt, die es Gründern leichter machen oder die den Start in die Selbständigkeit erschweren.

Das Wirtschaftsministerium hat deshalb das Thema „Gründen auf dem Land“ zum Motto seiner Gründeroffensive gemacht. Sie soll bei allen Informationen zur Unternehmensgründung einen Schwerpunkt auf Gründungen auf dem Land legen und Interesse dafür wecken.

Im Rahmen dieser Gründeroffensive hat das Wirtschaftsministerium zudem beim Institut für Mittelstandsökonomie, Trier, dem Inmit, eine Studie zum Thema Gründen auf dem Land in Auftrag gegeben.

Sie zielte darauf ab

- Gründungsbereiche (Branchen und Zielgruppen) zu ermitteln, die von den Standortfaktoren auf dem Land profitieren können.

Eine Ergänzung hat dieses Projekt bereits im Vorfeld dadurch erfahren, dass sich in der Eifel die Leader+ Pilotregion Vulkaneifel ebenfalls intensiv damit beschäftigt, Gründungen in ihrem Gebiet zu unterstützen und dazu ein LEADER-Projekt mit EU-Mitteln beantragt hatte, um das Beratungs- und Förderungsangebot zu verbessern. Das Wirtschaftsministerium fördert dieses Projekt.

Im Rahmen der Inmit-Studie wurde die Vulkaneifel exemplarisch daraufhin untersucht,

- welchen konkreten Bedarf es an Qualifizierungs- und Unterstützungsmaßnahmen für Gründungen dort gibt. Der ermittelte Bedarf wurde vom Inmit mit dem regionalen Angebot abgeglichen. Zudem gehörte es zum Auftrag des Inmits, Vorschläge zu erarbeiten, um Gründungen auf dem Land ziel- und bedarfsorientiert zu unterstützen. Mit diesen Forschungsaufgaben konnte sowohl die geplante Studie des Landes konkretisiert als auch das LEADER-Projekt unterstützt und vertieft werden.

Die komplette Studie des Inmit ist auf den Internet-Seiten des Instituts abrufbar: www.inmit.de.

Sie wurde vom damaligen Wirtschaftsminister Hans-Artur Bauckhage und dem Inmit-Geschäftsführer Marco van Elkan im Januar 2006 im Wirtschaftsministerium vorgestellt.

Deshalb will ich mich heute darauf beschränken, lediglich einige zentrale Ergebnisse sehr knapp zusammenzufassen. Wer sich für die Datenfülle der Untersuchung im Einzelnen interessiert, sei hier nochmals auf die Möglichkeit hingewiesen, die gesamte Studie dem Internet zu entnehmen.

Gründen auf dem Land – Standortfaktoren

Die Studie versucht zunächst, anhand einer Stärken- und Schwächen-Analyse des ländlichen Raums herauszustellen, was Gründungen auf dem Land begünstigt oder benachteiligt, und unterscheidet dabei **harte und weiche Standortfaktoren**:

Zu den harten Standortfaktoren zählt der **Absatzmarkt**: Aufgrund geringerer Bevölkerungsdichte ist er geringer als im städtischen Bereich und in Ballungsräumen. Dies ist zunächst ein Nachteil für die regional anbietenden Unternehmensgründungen wie die Unternehmen des Einzelhandels.

Auch der **Beschaffungsmarkt** ist als harter Standortfaktor gegenüber dem städtischen Bereich zunächst benachteiligt. Doch sind die Nachteile der Belieferung des ländlichen Raums zunehmend durch eine Logistik auszugleichen, die durch moderne Informations- und Kommunikationstechniken gestützt ist.

Ein ganz klares Ergebnis, das auch keinen von Ihnen überraschen wird, ist: Die **Verkehrsinfrastruktur** ist von erheblicher Bedeutung für jede Gründung!

Ohne vernünftige Verkehrswegeanbindung verliert jeder Raum! Dies ist auch noch einmal anschaulich und ausdrücklich in Gesprächen mit Unternehmerinnen und Unternehmern aus dem ländlichen Raum bestätigt worden:

So wurden mir zum Beispiel die Hürden geschildert, die ein Unternehmensgast und potenzieller Kunde für einen Firmenbesuch in der Westpfalz überwinden musste: Er brauchte vom Flugplatz Frankfurt für die mehr als 100 Kilometer bis zum unternehmensnächsten Oberzentrum etwa eine Stunde. Aufgrund der unbefriedigenden Straßenanbindung dauerte die Fahrt von etwa 30 Kilometern vom Oberzentrum zum Unternehmen in den ländlichen Raum noch mal fast genauso

lange. Diese schwierige Erreichbarkeit bedeutete für das Unternehmen fast ein Desaster!

Die Verkehrsabteilung des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau argumentiert mitunter, sie baue ihre Straßen für jedermann. Ich glaube, an meinem Beispiel wird aber deutlich, dass Straßenbau auch Mittelstandspolitik für den ländlichen Raum ist!

Infrastruktur hat inzwischen eine zweite wichtige Komponente. Ebenso wichtig wie die Straße ist die **Datenautobahn**! Beim wachsenden Einsatz moderner Informations- und Kommunikationstechnologien wird der Zugang des Unternehmens zu einem Hochleistungsnetz, zur Datenautobahn, immer entscheidender. Ist der Zugang auf dem Land nicht gegeben, besteht ein erheblicher Wettbewerbsnachteil des ländlichen Raums gegenüber dem Ballungsgebiet, wenn es darum geht, Unternehmen anzusiedeln und Unternehmensgründer und Unternehmensgründerinnen zu gewinnen.

Als Pluspunkte unter den harten Standortfaktoren zeigen sich dagegen die **Ansiedlungsmöglichkeiten** und **Verfügbarkeit von Büro- und Gewerbeflächen** auf dem Land. Sie sind dort vorteilhaft und preisgünstig, Expansionsmöglichkeiten sind in der Regel gegeben.

Wenn es um die Frage nach der **Kapitalbeschaffung** geht, sind kaum Vergleiche von Stadt und Land möglich. Es gibt noch keine wirklich tragfähigen Aussagen dazu, ob die Banken auf dem Land Gründern und Gründerinnen gegenüber offener sind als in der Stadt.

Bei der Beschreibung dieses Ergebnisses hat mir allerdings eine Vertreterin der KfW-Mittelstandsbank bereits widersprochen. Nach ihrem Eindruck zumindest spielt auch jetzt noch im ländlichen Raum die persönliche Vertrautheit des Bankers mit dem Unternehmer eine große Rolle und erleichtert es – zumindest den Gründern und Gründerinnen, die aus der Region stammen – eher, Finanzierungshilfen zu erhalten.

Grund- und Gewerbesteuer werden immer wieder als ein Wettbewerbsfaktor bei der Ansiedlung von Unternehmen angeführt. Sie können auf dem Land günstiger sein als im städtischen Raum. Doch wird die Bedeutung dieses Punktes für

Unternehmensgründungen leicht überschätzt: In der Startphase eines Unternehmens spielt gerade die Gewerbesteuer keine dominierende Rolle.

Wie sieht es in Bezug auf die **„weichen Faktoren“** einer Ansiedlung auf dem Land aus?

Zu den weichen Faktoren gehört zum Beispiel die **Arbeitsweise der kommunalen Verwaltung**. Gründungsfreundliche Verwaltungsabläufe und vor allem wirtschaftsfreundliche Ansprechpartner vor Ort unterstützen die Ansiedlungs- und die Gründungsbereitschaft. Hier hängt es nicht an „Land“ oder „Stadt“, sondern die jeweilige Kommune hat es selbst in der Hand, wie weit sie ihren Bereich für junge Unternehmen attraktiv gestaltet. Das Dienstleistungs- und Beratungsangebot vor Ort wird besonders in der frühen Phase einer Unternehmensgründung hoch bewertet.

Unterhaltungsangebot und Kommunikationsmöglichkeiten am Unternehmensstandort spielen eine nicht zu unterschätzende Rolle: Sie beeinflussen vor allem die Bereitschaft der Arbeitnehmer mitzuziehen und erleichtern es, qualifiziertes Personal zu gewinnen. Hier hat es der ländliche Raum zunächst schwerer.

Doch beim Faktor Wohn- und Umweltqualität ist wiederum der Vorteil der ländlichen Räume offenkundig. Günstige Preise, ein naturnahes Umfeld werden auch bei Unternehmensgründern und -gründerinnen schon anerkannt.

2. Fazit: Lassen Sie mich die bisher genannten Punkte kurz zusammenfassen:

Einige Standortfaktoren begünstigen den ländlichen Raum wie z.B. Ansiedlungsmöglichkeiten, Wohn- und Umweltqualität, Miet- und Kaufpreise.

In Bezug auf harte Standortfaktoren zeigt sich eher eine Benachteiligung, vor allem beim Absatz- und Beschaffungsmarkt.

Ganz entscheidende Voraussetzung zum Gründen auf dem Land ist jedoch eine gute Straßenanbindung und die Verfügbarkeit moderner Kommunikationstechnologien wie z.B. des Breitbands.

Wirtschaftszweige für ländliche Regionen:

Die Inmit-Studie hat als nächstes untersucht, ob es Wirtschaftszweige gibt, die sich für eine Gründung auf dem Land besonders eignen.

Insgesamt spielt bei den Gründungen der **Einzelhandel** eine große Rolle; er macht nahezu ein Drittel der neuen Unternehmen aus. Der wichtigste Faktor für den Einzelhandel ist sein Absatzmarkt. Das heißt, in unmittelbarer Nähe müssen genügend Konsumenten vorhanden sein. Die Kopplung mit anderen Geschäften ist nötig, um als Einzelhandelsstandort attraktiv zu sein. Hier ist der ländliche Raum im Nachteil. Von daher hat sich auch in der Vergangenheit der Handel aus ländlichen Regionen zurückgezogen.

Das **Handwerk** spielt in Bezug auf Unternehmensgründungen traditionell eine wichtige Rolle. Der Absatzmarkt ist hier ebenfalls wichtig, doch gerade das Handwerk bedient auch einen regionalen – manchmal bereits einen überregionalen Markt, ist also längst nicht auf das lokale Nachfragepotenzial angewiesen.

Das Handwerk zeichnet sich in der Regel durch regionale Kompetenz aus. Die Standorttreue von Handwerksbetrieben setzt vor allem in strukturschwachen Gebieten positive Impulse für die gesamte Wirtschaftsentwicklung.

Das Handwerk bietet nach wie vor gute Chancen für Gründungen und Übernahmen auf dem Land.

Die Bedeutung der **Dienstleistungsunternehmen** wächst, ich habe es bereits angesprochen. Gründungen in Dienstleistungsbereichen zeigen eine überdurchschnittliche Gründungsrate, doch findet man im ländlichen Bereich geringere Tertiarisierung als in Ballungsräumen.

Ein wichtiges Ergebnis der Studie ist jedoch: Der ländliche Raum gewinnt an Attraktivität für die Anbieter von **höherwertigen unternehmensorientierten Dienstleistungen (HUDL)**. Sie sind ein Teil des Dienstleistungsbereichs, der nicht vorwiegend von Privatleuten oder Endverbrauchern, sondern von Unternehmen nachgefragt wird. Qualitativ hochwertige Leistungen, z.B. Wirtschaftsprüfer, Unternehmensberatungen, technische Büros, Entwickler von Software,

EDV-Systemanlagen, Werbeunternehmen. Auch Freiberufler wie Steuerberater, Architekten, Rechtsanwälte fallen in diese Kategorie.

Ihr Vorteil ist, dass Nähe zum Absatzmarkt keine entscheidende Rolle spielt. HUDL verfügen in der Regel über ein weit gespanntes Absatznetz, häufig das gesamte Bundesgebiet, mitunter darüber hinaus.

Das heißt: HUDL sind gut geeignet für den ländlichen Raum, da sie standortunabhängiger als andere Wirtschaftszweige sind.

Betrachtet man die **technologieorientierten Unternehmensgründungen**, ist es schwer, zu einem Urteil zu kommen, ob sie dem ländlichen Raum Zukunftsperspektive bieten können.

Bereits die Begriffsvielfalt, was darunter zu verstehen ist, erschwert die Beurteilung. Im Allgemeinen ziehen technologieorientierte Unternehmen die Nähe zu Hochschulen und Forschungseinrichtungen vor. Ein Vorteil für den ländlichen Raum bedeutet das allenfalls, wenn eine Universität – wie zum Beispiel Kaiserslautern – in ländlicher Region liegt.

Ein Wirtschaftszweig, dessen Bedeutung für den ländlichen Raum ich noch gesondert darstellen möchte, ist der **Tourismus**.

Tourismus ist eine Querschnittsbranche aus Gastgewerbe, Reisemittler- und Reiseveranstalter sowie u.a. Bahn- und Busunternehmen. Neben einigen Konzernen ist die Tourismusbranche in Rheinland-Pfalz weitgehend mittelständisch geprägt, 97 Prozent der Tourismus-Unternehmen haben weniger als 200 Mitarbeiter.

Tourismus ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in Rheinland-Pfalz: Jeder 12. Arbeitsplatz wird direkt oder indirekt durch den Tourismus gesichert. Gerade in strukturschwachen Gebieten bietet er eine wichtige Einkommensquelle. Tourismuswirtschaft wird auch in Zukunft in Rheinland-Pfalz ein wichtiges Standbein sein. Die Bemühungen, das Land touristisch zu vermarkten und Angebot und Qualität zu erweitern, sind intensiv. Damit bietet der Tourismus auch ein attraktives Feld für Unternehmensgründungen im ländlichen Raum.

Dies wird deutlich aus den Trends, die sich im Tourismus abzeichnen:

- Das Reiseziel Deutschland wird zunehmend attraktiv. Mit 32,6 Prozent Marktanteil an allen Urlaubsreisen ist Deutschland das bedeutendste Reiseziel für die Deutschen. Herausforderungen bedeuten dabei veränderte Wünsche der Gäste und Zielgruppen, steigende Anforderungen an die Infrastruktur, stärkere Beachtung der Faktoren Service, Ambiente, Stimmung, Gastfreundschaft und Inszenierungen.

Neben den Trends:

- zu Wellness und Gesundheit,
- zu Städtereisen,
- zum Event-Tourimus, zu kulturellen Großereignissen,
- zu Urlaub in Themenparks, die Freizeitangebote für alle Generationen bündeln und damit für Familien interessant sind,

ist vor allem der Trend:

- Natur-Pur mit Angeboten zur Entspannung und zum Abschalten, aber auch zur Verbindung mit Fitness und Action ein ganz zentraler Ansatzpunkt.

Hier liegt eine große Chance für den ländlichen Raum, jedoch auch ein beträchtliches Risiko. Es reicht nicht, noch eine weitere Pension oder eine Gaststätte aufzumachen, um auf dem Land erfolgreich zu gründen. Langfristige Chancen haben nur Unternehmensgründungen, die auf Professionalität, auf Spezialisierung und qualitativ herausragende Angebote setzen.

Dies ist allerdings eine Voraussetzung, die ganz generell für Unternehmensgründungen gilt. Hier gibt es keinen Unterschied beim Gründen im Ballungsraum oder auf dem Land.

3. Fazit: Der ländliche Raum bietet Gründern und Gründerinnen wie bisher gute Chancen im Bereich Handwerk; er wird für Unternehmen aus dem Bereich der höherwertigen unternehmensorientierten Dienstleistungen interessant und bietet Chancen für anspruchsvolle Gründungen im Bereich des Tourismus und – wohl zunehmend – auch der Gesundheitswirtschaft.

Mut machen zum Gründen auf dem Land

Vorausgesetzt, die bisher genannten Rahmenbedingungen sind geschaffen: Wer sind nun die potenziellen Unternehmensgründerinnen und Unternehmensgründer im ländlichen Raum? Wie kann man ihnen Mut machen zum Gründen auf dem Land?

Nach der Studie des Inmit wie auch nach anderen Untersuchungen der Gründungsforschung können wir davon ausgehen, dass sich das regionale Potenzial vor allem aus den Menschen speist, die in der Region bereits leben.

Die Gründungsforschung hat gezeigt, dass die Entscheidung, an welchem Standort ein Unternehmer beschließt, sein Unternehmen zu gründen, von vielen Faktoren abhängt. Deshalb bin ich auf die „harten“ und „weichen Standortbedingungen“ für das Gründen im ländlichen Raum bereits eingegangen.

Einen ganz entscheidenden **Einfluss auf die Standortwahl hat jedoch der Wohnsitz der Gründerin oder des Gründers**. Unternehmen werden vorwiegend dort gegründet, wo die Unternehmerin oder der Unternehmer seinen Lebensmittelpunkt hat. 74 Prozent der vom Inmit befragten Gründer und Gründerinnen auf dem Land haben ihr Unternehmen an ihrem Wohnsitz gegründet. Dort sind sie mit dem Umfeld vertraut und in persönliche und institutionelle Netzwerke eingebunden, die sich auf den späteren Erfolg des Unternehmens auswirken können.

Existenzgründungen auf dem Land zu fördern, heißt, dass das **Angebot** an Information, Beratung und finanziellen Hilfen sich in erster Linie **an die regionale Bevölkerung** richten muss, um diejenigen, die dort leben, anzuregen, sich mit der Perspektive Selbständigkeit zu beschäftigen.

Eine weitere Aufgabe sehe ich darin, diejenigen wieder für die Region zu gewinnen, die von dort stammen, aber für ihre Ausbildung und fürs Studium den Ort gewechselt haben. Die Werbung für das Gründen im ländlichen Raum sollte sich von daher auch zumindest an die nahe gelegenen Hochschulen und andere Ausbildungseinrichtungen richten.

Im II. Teil seiner Studie „Gründen auf dem Land“ hat das Inmit am Beispiel der Region Vulkaneifel geprüft, welches Angebot an Informationen und Beratung den potenziellen Gründern im ländlichen Raum gemacht wird und was sie eigentlich gerne hätten.

Gründer suchen nach Unterstützung. Ihr **Bedarf an Information und Beratung ist sehr hoch**: Die Gründerinnen und Gründer der Modellregion Vulkaneifel ließen sich im Schnitt von 4 Institutionen beraten. Das persönliche Beratungsgespräch stellte dabei die überwiegende Informationsform dar und überwog das Einholen schriftlicher Unterlagen und den Besuch von Veranstaltungen oder die Internet-Recherche.

Die künftigen Unternehmer und Unternehmerinnen wandten sich in erster Linie an Steuerberater und an ihre Familienmitglieder, Freunde und Bekannte (jeweils 54 Prozent).

Gleich danach folgen die Ansprechpartner Industrie- und Handelskammern sowie die Handwerkskammern (52 Prozent) und Wirtschaftsförderer (43 Prozent). Ein Viertel der künftigen Unternehmer und Unternehmerinnen wandte sich zum Beispiel an Banken, ein Achtel an Berufs- und Branchenverbände.

Ähnliche Vorlieben wie bei der Suche nach dem persönlichen Beratungsgespräch zeigen sich bei der Einholung schriftlicher Informationen: Hier waren die Kammern am meisten gefragt, gefolgt von Wirtschaftsförderern und Steuerberatern. An Internetangeboten werden die von den Kammern und den Wirtschaftsförderern ebenfalls vorrangig aufgerufen.

Kammern und Wirtschaftsförderer haben in der Region für Gründungswillige einen höheren Stellenwert als Ansprechpartner und Ratgeber.

Von seinem **Umfang und seiner Vielfalt** ist das bereits bestehende Angebot an Informationen und Weiterbildung dabei auch im ländlichen Raum bereits recht umfassend. Das ist grundsätzlich positiv, hat aber auch seine Schattenseite; es wird nämlich für die Interessenten schon wieder unübersichtlich. Das Inmit regt daher an, dass die verschiedenen Einrichtungen, die Gründer unterstützen, ihre Zusammenarbeit intensivieren und ihre Angebote inhaltlich besser abstimmen und besser koordinieren, als es bisher geschieht.

Das Inmit bemängelt in der Modellregion zudem, dass das Angebot für die Gruppe derjenigen noch zu gering sei, die noch unentschlossen sind, ob sie gründen wollen. Auch sie sollten mit speziellen Beratungsangeboten gezielt angesprochen werden, um kein Gründungspotenzial zu verschenken.

Es muss also nicht unbedingt ein Mehr an Beratung in den ländlichen Raum, sondern das Angebot soll anders geordnet werden:

Das Inmit empfiehlt den Beratungseinrichtungen, gerade mit solchen Angeboten wirklich in der Fläche und auch in kleineren Orten präsent zu sein, die Gründungswilligen einen ersten Einblick bieten. Die Motivation und die Anregung zur Gründung soll vorzugsweise „vor Ort“ geschehen. Sobald das Interesse zum Aufbau einer selbständigen Existenz geweckt ist, akzeptieren Gründungswillige auch weitere Wege, um sich dann detaillierter beraten zu lassen.

Erlauben Sie mir an dieser Stelle eine Anmerkung zu der Art, wie Informationen über Beratungsangebote aufgenommen werden: Die Interessenten informieren sich überwiegend aus ihrer regionalen Tageszeitung. Es werden nicht, wie man vielleicht erwartet, alle verfügbaren Informationsquellen, darunter vor allem das Internet, systematisch abgefragt.

Diese Beobachtung ist für mich auch ein Hinweis darauf, dass die Aussage des Inmits zutreffend ist: Gründungsbereitschaft auf dem Land zu wecken, hat zur Voraussetzung, dass Information und Beratung auch direkt auf dem Land angeboten werden. Sie müssen ins alltägliche Umfeld potenzieller Gründerinnen und Gründer getragen werden.

Die Aufforderung dazu richtet sich natürlich in erster Linie an die „traditionellen Anbieter“ von Informationen wie die Kammern und Wirtschaftsförderungseinrichtungen der Kommunen. Sie beschränkt sich jedoch nicht darauf.

Es bietet sich auch an, die Foren und Arbeitsgruppen der Integrierten Ländlichen Entwicklungskonzepte (ILEK) und des Regionalmanagements zu nutzen. Dies wird auch in einem neuen, hier erstmals verteilten Strategiepapier vorgeschlagen. Die Foren unterstützen eine neue Gesprächskultur im ländlichen Raum. Hier kommen die Menschen unter neuen Fragestellungen ins Gespräch.

Dies bietet sicherlich eine gute Gelegenheit, zum einen die Bedeutung des Themas Gründen auf dem Land verstärkt in die breitere Öffentlichkeit zu bringen. Und es kann eine Gelegenheit für interessierte Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Foren sein, Ideen zu entwickeln, Informationen zu erhalten und Kontakte zu knüpfen, die sich bei alltäglichen Begegnungen eben nicht ergeben hätten.

Eine weitere Aussage der Studie ist es, dass die Neigung, ein Unternehmen zu gründen, wesentlich dadurch beeinflusst wird, dass die Gründerin oder der Gründer Kontakt zu Menschen hat, die bereits ein Unternehmen gegründet und geführt haben. Gesprächsrunden wie die Foren und Arbeitskreise der Integrierten Ländlichen Entwicklung bieten auch dafür einen guten Ansatz, den man sich nicht entgehen lassen sollte.

Natürlich sieht sich auch das Wirtschaftsministerium verpflichtet, die Ergebnisse der Studie in die künftige Arbeit einzubeziehen: Wir prüfen gerade, wieweit wir speziell im ländlichen Raum Veranstaltungen fördern können, die darauf abzielen, die Motivation und die Bereitschaft zu verstärken, sich mit dem Thema Selbständigkeit zu befassen. Dabei ist für uns auch ein wichtiger Aspekt, darauf hinzuweisen, dass die Unternehmensübernahme ebenso eine Form der Gründung ist wie die Neuerrichtung eines Betriebs. Viele Unternehmen auch im ländlichen Raum stehen vor erheblichen Nachfolgeproblemen. Hier die Betriebe zu erhalten und Arbeitsplätze zu sichern, ist für uns ein Ziel.

Zusammenfassung:

Die Studie des Inmit zeigt, dass es auf dem Land durchaus gute Chancen gibt, Existenzgründungen anzuregen, sofern Grundbedingungen wie gute Verkehrswege und moderne Kommunikationsmöglichkeiten gegeben sind. Neben den verschiedenen Wirtschaftszweigen der handwerklichen Betriebe, sind die höherwertigen unternehmensorientierten Dienstleistungen und der Tourismus dabei Wirtschaftszweige mit guten Entwicklungschancen. Ganz unabhängig vom Standort ist natürlich die Qualität der Umsetzung einer Gründungsidee für den Geschäftserfolg entscheidend.

Die Studie zeigt weiter, dass Informations- und Beratungsangebote auch auf dem Land bereits umfangreich und vielfältig sind. IHK, HWK und Wirtschaftsförderer sind dabei zentrale Ansprechpartner für Gründungswillige. Hier besteht die Herausforderung nicht mehr darin, noch mehr zu bieten, sondern das bestehende Angebot besser zu vernetzen, zu kommunizieren und bei der Beratung verstärktes Gewicht auf die allgemeinen Erstinformationen zu legen. Dies ist eine wichtige Anregung, die es auch den Anbietern ermöglicht, ihre Ressourcen sparsamer und effektiv einzusetzen.

Die Initiativen zur Integrierten Ländlichen Entwicklung können dabei helfen, die Bedeutung des Themas Gründen auf dem Land in die Öffentlichkeit zu tragen und über ihre Arbeitskreise und Foren auch einen direkten Beitrag zur Stärkung der Gründungsbereitschaft im ländlichen Raum zu leisten.

Vielen Dank.

Werbeagentur auf dem Land – geht das? Anmerkungen zu einer Firmengründung

Michael Birk

Vorbemerkung

Jede Gründung ist anders, anders motiviert, geprägt von anderen Gegebenheiten. In unserem Falle standen neben den Besonderheiten unserer Branche und dem ländlichen Umfeld eine wirtschaftliche Notsituation an der Wiege unserer Agentur. Daher ist unsere Geschichte mit Sicherheit nicht typisch, aber vielleicht ein gutes Beispiel dafür, wie eine Gründung gerade im ländlichen Umfeld gelingen kann.

Die Situation 2005

Am 31. Januar 2005 muss die ABRESCH Kommunikation GmbH nach mehr als 25 Jahren Insolvenz anmelden. Der Grund hierfür war neben der schwierigen Geschäftslage in der Kommunikationsbranche allgemein, vor allem ein deutlicher Einbruch beim Eigenwirtschaftlichen, d.h. ohne klassischen Kundenauftrag, geführten Messegeschäft (Organisation von Gemeinschaftsauftritten auf Hannover-Messe und CeBIT).

Oder spielte auch der für eine Werbeagentur untypische ländliche Standort eine besondere Rolle?

Die Standortfrage

Denn erfolgreiche Werbeagenturen sitzen doch in Düsseldorf, Frankfurt oder Hamburg – vielleicht noch in Köln oder München.

Deshalb gehen gute Mitarbeiter auch nicht in die Provinz.

Und die Werbekunden wollen klangvolle Namen mit internationaler Anbindung.

Gegen diese klassischen Vorurteile, die übrigens auch in der Branche selbst gerne gepflegt werden, spricht alleine schon die Tatsache, dass seit 1979 am Standort Montabaur erfolgreich Kommunikation gemacht wird.

Viele Kunden, die zum Teil auch international agieren, haben sich bereits in der Vergangenheit wegen der räumlichen Nähe für die Zusammenarbeit mit ABRESCH entschieden. Dazu gehört auch ein Großkonzern wie die Volkswagen AG oder die Volkswagen Bank, die seit nunmehr 8 Jahren Aufträge in den Westerwald vergeben.

Gute Mitarbeiter gibt es auch in der Provinz. Wer vom Taunus aus zu seinem Arbeitsplatz in Frankfurt eine gute Stunde unterwegs ist, fährt gerne auch nach Montabaur. Außerdem ist der Name ABRESCH in der Branche kein unbekannter. Für ein „Reservoir“ an qualifizierten Mitarbeitern sorgt zudem die Tatsache, dass im Raum Koblenz/ Montabaur in den letzen beiden Jahrzehnten sich rund zwei Dutzend Werbeagenturen etabliert haben – darunter neben ABRESCH weitere überregional renommierte Namen.

Die Vernetzung in der Region spielte bereits in der Vergangenheit eine wesentliche Rolle. Die Lithoanstalt, mit der ein Großteil der Projekte abgewickelt wird, sitzt im Nachbarhaus, eine Reihe von leistungsfähigen Druckereien hat ihren Sitz im Westerwald und im Raum Koblenz. Dazu kommen die beruflichen und persönlichen Verbindungen, die führende Vertreter der Agentur zu Institutionen und Persönlichkeiten in der Region haben.

Die Infrastruktur im Raum Montabaur ist ein klarer Standortvorteil im Vergleich zu anderen ländlichen Regionen. Die Verkehrsanbindung hat durch den ICE-Bahnhof deutlich an Substanz gewonnen und Montabaur zusätzlich zu seiner unmittelbaren Nähe zu den Autobahnen A 3 und A 48 aufgewertet.

Die Entscheidung

Alle diese Aspekte beeinflussten die Entscheidung des Agenturinhabers und zwei seiner leitenden Mitarbeiter, am bisherigen Standort eine neue Firma zu

gründen, die im Rahmen einer übertragenden Sanierung das Kerngeschäft – die klassische Werbeagentur – übernommen hat: die ABRESCH plus Werbeagentur GmbH.

Zu den Voraussetzungen, die diese Entscheidung unterstützen, gehörte zum einen die Tatsache, dass ein starker Partner gefunden wurde, der bereit war, sich in Montabaur zu engagieren: die Agenturgruppe trio aus Mannheim. Kontakte bestanden bereits seit längerem über einen gemeinsamen Kunden. Die trio-Gruppe bot zudem die Chance, sich auf die Kernkompetenzen der Werbeagentur zu konzentrieren. Verwaltung, Finanzen und EDV-Support werden von Mannheim aus organisiert.

Zum anderen war es die starke Unterstützung aus der Region, die dazu bewog, den Standort beizubehalten. Dazu gehört dann gelegentlich auch einfach nur die moralische Unterstützung Einzelner, die den Initiatoren zeigte, dass dem einen oder anderen doch etwas fehlen würde, wenn es keine Agentur ABRESCH mehr im Westerwald gäbe.

Das Ergebnis

Alle Kunden sind an Bord geblieben. Das ist natürlich die entscheidende Voraussetzung für den Erfolg der neuen Firma. Grundlage hierfür ist die personelle Kontinuität, die durch die Gründungsinitiatoren Abresch, Siber und Birk gewahrt wurde.

Des Weiteren arbeiten alle Lieferanten auch mit der neuen Firma zusammen.

Zwei für die Gründer besonders wichtige Ziele konnten zudem erreicht werden:

- Alle Arbeitsplätze aus der klassischen Werbeagentur sind erhalten geblieben.
- 8 Auszubildende konnten ihre Ausbildung erfolgreich beenden bzw. fortsetzen.

Wie wäre die Geschichte ausgegangen, wenn sich das Ganze an einem der „klassischen“ Agenturstandorte abgespielt hätte? Die Kunden wären zu anderen Agenturen gewechselt. Einige der Mitarbeiter – einschließlich der Gründer –

wohl auch, andere wären heute ohne Job. Vom Ende einer weiteren Agentur hätte irgendwann allenfalls eine Notiz in einem der Werbefachblätter gekündet.

Die Vernetzung in der Region, die so nur in einer ländlichen Struktur denkbar ist, bot die Chance, einen anderen Weg zu gehen.

ABRESCH plus Werbeagentur GmbH im Jahr 2006

19 Mitarbeiter – davon 7 Auszubildende

Gesellschafter:

- trio group communication & marketing GmbH (45 Prozent)
- Concence Marken, Menschen, Medien GmbH (35 Prozent, Geschäftsführer: Wendelin Abresch)
- Michael Birk (10 Prozent)
- Esther Siber (10 Prozent)

Geschäftsführer: Michael Birk, Esther Siber

Das Leistungsspektrum

Klassische Werbung national und international:

- TV,
- Funk,
- Kino,
- Plakat und alle Online-Werbeformen.

Handelsmarketing und Verkaufsförderung:

- Salesfolder,
- Konzepte für Events,
- Verkaufsförderungsmaterial,
- Beilagen,
- Handelsanzeigen.

Business-to-Business-Kommunikation:

- Fachanzeigen,
- Broschüren,
- Mailings,
- Messestandgestaltung.

Dialog-Marketing:

- CRM-Konzepte,
- Direktmarketing per Post,
- Telefon und Online.

Verkaufsberater-Wettbewerbe:

- Prämienprogramme inklusive der Betreuung von Handelspartnern.

Markenentwicklung:

- Strategische Beratung,
- Positionierung,
- konzeptionelle Umsetzung.

Corporate-Design-Entwicklungen

Die wichtigsten Kunden

- EVM Energieversorgung Mittelrhein GmbH, Koblenz (größter regionaler Gasversorger in Rheinland-Pfalz)
- KEVAG, Koblenz (regionaler Energieversorger), RWE-Konzern
- IHK Koblenz (Industrie- und Handelskammer, regional)
- Kettenbach, Eschenburg (Abformmaterialien für Zahnärzte und Zahnlabore)
- Volkswagen Bank, Volkswagen VersicherungsService, Volkswagen Leasing, Braunschweig (führende europäische Gesellschaften für Finanzdienstleistungen „rund um das Automobil“)
- Rittal, Herborn (Weltmarktführer für Schaltschrank- und Gehäusetechnologie)
- Volkswagen AG, Wolfsburg

2005 dazu gekommen:

- designer outlets zweibrücken (größtes Mode-Outlet-Center in Deutschland)
- Dural, Ruppach-Goldhausen (führender internationaler Hersteller von Profilen für Fliesen, Parkett, Laminat, Teppichböden)

2006:

- wwtv, Ransbach-Baumbach (regionaler Fernsehsender)
- und 5 weitere neue Kunden

Rahmenbedingungen zur Verbesserung der Wirtschaftskraft – Erfahrungen mit Konzepten aus ILE-Regionen

Karl J. Eggers

Zum Thema

Die Erfahrungen, aus denen ich zu diesem Thema schöpfen kann, stammen aus der Beratung von Kommunen, meist Verbandsgemeinden, aus den Regionen

- Eifel,
- Hunsrück,
- Pfälzerwald,
- Saargau,
- Westerwald.

Dies sind sämtlich klassische „ILE-Regionen“: Es sind ländliche Räume mit schönen Landschaften, geringer Bevölkerungsdichte, kleineren Gemeinden, Engpässen in der Nahversorgung und bedrohter Infrastrukturausstattung.

Aber: Jeder Ort hat seine eigene Persönlichkeit und „ILE-Region“ ist nicht gleich „ILE-Region“. Und selbst wenn die Wirtschafts- und Sozialstrukturen verschiedener Standorte ähnlich sind: Es kommt drauf an, was man draus macht.

Zur Person woher die Erfahrungen ?

Einer der Arbeitschwerpunkte der MarketingBeratung Dr. Eggers/ MBE ist das Feld „Standortmarketing für Kommunen“, dazu zählen so unterschiedliche Standorte wie der Fuggermarkt Babenhausen (6.500 Einwohner) im Unterallgäu, die Verbandsgemeinde Adenau mit 14.500 Einwohnern und 37 Ortsgemeinden in der Hocheifel oder die Verbandsgemeinde Saarburg mit 20.100 Einwohnern und 16 Ortsgemeinden im Kreis Trier-Saarburg.

Aber wir betreuen auch klassische **Stadt**marketingprozesse z.B. für die Kreisstadt Alzey (20.000 Einwohner) in Rheinhessen oder Neustadt an der Weinstraße (54.000 Einwohner) und Viernheim in Hessen (33.000 Einwohner). Die Wirtschaftsräume Neustadt und Viernheim sind Teil der Metropolregion Rhein-Neckar und nach allen wesentlichen Merkmalen das Gegenteil einer typischen ILE-Region. Das schärft den Blick für Unterschiede und für die Besonderheiten, die bei Kommunen in ländlichen Regionen zu beachten sind.

Bürgermeister Romes wird gleich über Erfahrungen berichten, die wir in seiner Verbandsgemeinde Adenau zum Teil gemeinsam gemacht haben. Ich möchte mich darauf konzentrieren, die **typischen** Probleme, Ansatzpunkte und Erfahrungen herauszuarbeiten, die die kleineren Gemeinden in ländlichen Räumen **generell** charakterisieren. Daraus möchte ich dann auch einige Handlungsempfehlungen ableiten, die den Bürgermeistern in ILE-Regionen vielleicht ganz nützlich sein können.

Thesen zum Thema

Mit einigen Thesen möchte ich zu Beginn umreißen, wie ich das Thema „Verbesserung der Wirtschaftskraft“ fachlich einordne:

1) Alle Kommunen und Regionen stehen als Wirtschaftsstandorte mit anderen Kommunen an Märkten im Wettbewerb um
   - die Kaufkraft der Bürger, Gäste und Touristen,
   - private Investitionen von Geschäftsleuten und Hauseigentümern,
   - staatliche Fördergelder,
   - Ausstattung mit leistungsfähiger Infrastruktur,
   - die Aufmerksamkeit der Medien.

2) Der Wettbewerb zwischen den Kommunen bzw. Regionen verschärft sich durch
   - weitere technische Fortschritte,
   - fortschreitende Globalisierung,
   - demografischen Wandel,
   - verändertes Verhalten der mobilen Verbraucher (Pendler, Touristen),
   - bevorzugte Förderung der „Metropolregionen“.

3) Je größer das endogene örtliche Wertschöpfungspotenzial, desto besser die künftigen Aussichten für die Wettbewerbsposition eines Standorts.

4) Die Mobilisierung des Wertschöpfungspotenzials eines Standorts erfordert enges Zusammenwirken aller lokalen/ regionalen gestaltenden Kräfte aus Politik, Wirtschaft, Verwaltung und den örtlichen Institutionen und Organisationen.

5) Der Erfolg des Standortmarketings hängt hochgradig von der aktiven Gestaltung der Rahmenbedingungen ab, unter denen dieses Zusammenwirken organisiert wird.

6) Durch kommunales Standortmarketing kann die Wirtschaftskraft tatsächlich gesteigert werden, wenn bestimmte Grundvoraussetzungen erfüllt sind.

Messung der Wirtschaftskraft einer Region

Wer die Wirtschaftskraft eines Standortes – Kommune oder Region – verbessern will, muss zunächst einmal wissen, wie groß sie denn derzeit tatsächlich ist.

Zur Beschreibung der Wirtschaftskraft stehen eine ganze Reihe von Indikatoren zur Verfügung, die gemessen werden können, z.B.:

- die Kaufkraft pro Kopf und gesamt,
- das Steueraufkommen,
- die Einzelhandelszentralität,
- die Arbeitsplatzversorgung,
- die Zahl von Firmenzentralen,
- die Ausbildungsplatzdichte,
- die Infrastrukturausstattung,
- die Zahl der Übernachtungs- und Tagesgäste.

Für große Städte und für die Metropolregionen liegt eine Fülle solcher Daten vor. Die bekannten „Städterankings“, z.B. der „Städtetest“ der „Wirtschaftswoche“ werden regelmäßig veröffentlicht.

Für kleinere Städte und Gemeinden in ländlichen Räumen sind diese Daten dagegen meistens nicht oder nur sehr lückenhaft verfügbar (die GfK z.B. ermittelt die Kaufkraft routinemäßig nur für Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnern). Das ist ein gravierender Nachteil für die kleinen Kommunen im ländlichen Raum.

Dennoch ist eine objektive Lagebeurteilung notwendig und auch möglich: Zumindest jedes Mittelzentrum sollte eine SWOT-Analyse durchführen, also eine Erfassung und Bewertung der spezifischen Stärken und Schwächen sowie der Chancen und Risiken des Standorts. Insbesondere der demografische Wandel mit seinen erkennbar gravierenden Auswirkungen sollte Anlass sein, mit der Erstellung einer soliden Lagebeurteilung unverzüglich zu beginnen, wenn sie nicht bereits vorliegt.

Verbesserung der Wirtschaftskraft durch Standortmarketing

Die Notwendigkeit, die Wettbewerbsstärke des Standorts zu erhöhen, dürfte nicht mehr strittig sein. Die Frage ist: Wie macht man das?

Klar ist angesichts der Lage der öffentlichen Kassen, dass der Ansatzpunkt nicht die Forderung nach staatlichen Transfers wie beim „Aufbau Ost“ sein kann. Vielmehr muss versucht werden, die **Marktleistung** des Wirtschaftsstandortes mit eigenen Mitteln zu verbessern, das heißt: Systematische Marktbearbeitung für den Standort zu betreiben, also kommunales Marketing ins Werk zu setzen. Wie für jedes Unternehmen auch bedeutet das: **In den Markt investieren**.

Während aber bei einem Unternehmen die Geschäftsleitung mit klaren Verantwortlichkeiten den Markt analysieren lässt, den Marketingplan mit Zielen und Maßnahmen beschließt, das erforderliche Budget bereitstellt, im Rahmen ihres Direktionsrechts die Durchführung veranlasst und die Zielerreichung kontrolliert, muss dieser ohnehin schon komplexe Prozess im kommunalen Standortmarketing unter Beachtung verschiedenster Interessen vieler Akteure sorgsam vermittelt und aufwändig ausgehandelt werden.

Dennoch gilt die Ausgangsthese: An jedem Wirtschaftsstandort gibt es **Wertschöpfungsreserven** (das **„endogene Potenzial“**), die durch systematische Bearbeitung mobilisiert werden können und die Investitionen lohnen, die dafür erforderlich sind. Das ist grundsätzlich möglich durch intensivere Kooperation

a) der Kommunalverwaltung mit der Wirtschaft,
b) der Unternehmer untereinander und
c) der eigenen Kommune mit geeigneten Partnern in der Nachbarschaft, also durch interkommunale Kooperation.

Entscheidend wie bei allen Kooperationsvorhaben ist, dass durch die Zusammenarbeit ein erkennbarer Nutzen geschaffen wird und dass dieser künftige Nutzen den Beteiligten auch überzeugend vermittelt werden kann.

Wie sehen die Rahmenbedingungen „vor Ort“ tatsächlich aus, mit denen ein Bürgermeister zu tun hat, der sich die oben vorgestellten Thesen zu eigen gemacht hat und seinen „Truppen“ den wirtschaftlichen Nutzen verschaffen will?

Befunde zur Ausgangslage

In der Regel steht der innovative Bürgermeister vor dieser Situation:

Zum einen stellt er fest:

1. Die Gemeinderäte sehen oft die wirtschaftlichen Zusammenhänge nicht, haben Vorbehalte gegenüber Unternehmern und müssen erst für ihre politische Verantwortung gegenüber ihrem Wirtschaftsstandort sensibilisiert werden.
2. Die politischen Führungskräfte geben parteitaktischem Kalkül noch immer den Vorrang vor den Erfordernissen des Gemeinwesens, für das sie verantwortlich sind.
3. Die Auswirkungen des demografischen Wandels werden für „später“ erwartet.
4. Das tatsächliche Leistungsprofil des Ortes ist nicht bekannt, selbst Basisdaten fehlen.

5. Die Selbständigen sind meist schlecht organisiert („Einzelhändler handeln immer einzeln“, Handwerker und Gastronomen auch), es gibt keinen Gewerbeverein oder der bestehende Verein wird nicht professionell geführt.
6. Die Inhaber der Familienunternehmen sind oft mutlos, ohne Perspektive, haben keinen Betriebsentwicklungsplan und zeigen oft wenig Unternehmergeist.
7. Die Landwirte – wichtige Akteure im ländlichen Raum, v.a. als „Landschaftspfleger“ – sind skeptisch gegenüber Gemeinschaftsvorhaben, nutzen auch die Möglichkeiten, die ihnen eine Agrarstrukturelle Entwicklungs-Planung bieten kann, in ihrer Mehrheit nicht aus.
8. Manchmal ist aus früher durchgeführten inzwischen „versandeten“ Standortmarketing- oder Lokale-Agenda-Prozessen nach Bottom-up-Prinzip eine Abwehrhaltung übriggeblieben, die den neuen Anlauf massiv behindern kann.

Zum anderen aber erlebt er:

1. Zustimmung angesehener Unternehmer zum Standortmarketing-Prozess,
2. Bereitschaft des Gewerbevereins, einen finanziellen Beitrag zu leisten,
3. eine positive Haltung seiner Amtsleiter, die „wirtschaftlich“ denken,
4. hohe Bereitschaft, sich ehrenamtlich zu engagieren, bei kompetenten Bürgern,
5. Mutmachende Berichte von Bürgermeister-Kollegen mit guten Erfahrungen,
6. und eine DLKG-Tagung, die ihn in seiner konstruktiven Haltung bestätigt.

Mit solchen „Aktiva“ ausgestattet, kann er es wagen, den Standortmarketing-Prozess in Angriff zu nehmen, um die örtlichen Rahmenbedingungen zu verbessern. Worauf muss er dabei achten? Welche Voraussetzungen muss er schaffen, um Erfolg zu haben – allen genannten Widrigkeiten zum Trotz?

Wie kann man konkret „Wirtschaftskraft verbessern“?

Erfolg kommt nur durch gemeinschaftliches Handeln. Aber zunächst ist sauber zu unterscheiden, wer welchen Beitrag leisten kann:

1) *Der Staat* kann (könnte) die Generalbedingungen verbessern

- den rechtlichen Rahmen (Steuern, Soziallasten, Verwatungsaufwand),
- die regionale Infrastruktur (Verkehrswege, Ver- und Entsorgung,
- Gewährung von Zuschüssen für kommunale Aktivitäten.

2) *Die Kommune* kann Einfluss nehmen durch

- Bereitstellung von Daten aus der amtlichen Statistik,
- Organisation des Standortmarketings (zentrale Geschäftsstelle),
- wirtschaftsfreundliches Verwaltungshandeln,
- Aktivierung der Bürger zu ehrenamtlichem Einsatz.

3) *Die Unternehmer* können ihren Beitrag leisten durch

- Netzwerkbildung (schlagkräftiger Gewerbeverein),
- Investition in Gemeinschaftswerbung,
- Bereitstellung zusätzlicher Ausbildungsplätze,
- persönliche Mitwirkung an Projekten,
- Bereitstellung von Daten (z.B. eigener Standortgutachten).

4) *Die Bürger* können mitwirken in

- Arbeitskreisen und Projektgruppen,
- Vereinen, die die Trägerschaft von Projekten übernehmen.

5) *Die Institutionen* können den Prozess unterstützen durch

- Bereitstellung von Daten und Sachverstand (z.B. IHK),
- Bereitstellung von Tagungsräumen (z.B. AOK),
- Übernahme von Projekt-Trägerschaften (z.B. Kirchen),
- Investitionen in ihren örtlichen Markt (Banken),
- Schulungsangebote z.B. im Projektmanagement (z.B. VHS).

6) *Die Medien* können zum Erfolg beitragen durch

- konstruktive Berichterstattung,
- Bereitstellung von Marktdaten (z.B. zum Kaufverhalten),
- Einräumen günstiger Konditionen für Gemeinschaftswerbung.

Dabei ist wichtig:

- Die Akteure müssen gefordert, aber sie dürfen nicht überfordert werden.
- Vorbildlich erbrachte Leistungen zum Gemeinschaftswerk müssen öffentlich anerkannt und angemessen gewürdigt werden.
- Auch kommerziell motivierte Beiträge werden anerkannt, wenn sie dem Standort Nutzen bringen.

Erfolgsvoraussetzungen

Eine Erfolgsgarantie gibt es nicht, aber die Erfolgswahrscheinlichkeit lässt sich erhöhen durch die Schaffung dieser internen Rahmenbedingungen:

- Übernahme der „Motoren"-Rolle durch den/ die BürgermeisterIn,
- Herbeiführung parteienübergreifenden politischen Willens: Ratsbeschluss,
- mittelfristige Budgetplanung zur Sicherung der Kontinuität des Prozesses,
- zentrale Leitung/ Geschäftsstelle im Rathaus (nicht: „Bottom-up" sondern „Top-down"),
- Einbezug aller Beteiligten, aber mit Vorrang für die „Unternehmer": Bürgerbeteiligung ist wünschenswert, Entscheidungsträgerbeteiligung ist notwendig,
- geschäftsmäßige Abläufe: Klare Prozess-Struktur, klare Verantwortlichkeiten, konkrete terminierte Ziele, festgelegte Vorgehensweise, systematisches Projektmanagement,
- Vermittlung des Nutzens für die Beteiligten und den Standort insgesamt
- Transparenz: Sicherung eines guten internen Informationsflusses und sorgfältige Öffentlichkeitsarbeit,
- regelmäßige Erfolgskontrolle; eventuell die Ziele realistisch anpassen,
- Einsatz externer Berater nur nach präzisem Briefing und „Re-Briefing".

Schlussfolgerungen

Aus den bisherigen Praxiserfahrungen lassen sich diese Schlüsse ziehen:

1. Die Verbesserung der örtlichen Rahmenbedingungen durch Standortmarketing ist nötig, möglich und lohnend.

2. Aber das Verfahren ist auf langfristigen Erfolg angelegt, erfordert einen langen Atem und ist ein kollektiver Lernprozess für alle Beteiligten.
3. Es gibt sehr gute Praxishilfen, vor allem das Heft „Ländlicher Raum auf Roter Liste!“ der DLKG, die den Lernprozess wirksam unterstützen können.
4. Bottom-up funktioniert nicht; besser ist: Top-down mit Entscheiderbeteiligung.
5. Ein Leitbild kann hilfreich sein; aber wichtiger ist ein terminierter Arbeitsplan: Wer macht was bis wann?
6. Interkommunale Kooperation ist für das Regionalmanagement nötig und sinnvoll, aber vorab sollte jeder Partner der Kooperation seine Hausaufgaben selbst machen (SWOT-Analyse, Entwicklungsziele festlegen, Akteure gewinnen, zum Partner „reifen“).

Empfehlungen an die Bürgermeister

Jeder Standort hat seine Eigenarten, aber diese Empfehlungen können jedem Bürgermeister helfen:

1. Erwerben Sie persönlich das nötige Grundwissen. Machen Sie sich kundig bei Kollegen mit Erfahrung im Standortmarketing-, ILE- und Regionalmanagement.
2. Übernehmen Sie die Führung des Prozesses als „politischer Unternehmer“; rechnen Sie wie jeder Unternehmer mit Hindernissen und Rückschlägen, bleiben Sie trotzdem „dran“; Sie sind auf der richtigen Spur.
3. Schaffen Sie eine zentrale Verantwortlichkeit, machen Sie Ihrer Verwaltung klar, was von ihr erwartet wird, und sorgen Sie dafür, dass „das Rathaus“ ein vorbildlicher Kooperationspartner ist.
4. Fangen Sie mit den wenigen kompetenten Entscheidungsträgern an, holen Sie die „Unternehmer“ (unternehmerischen Geister“) aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens ihrer Gemeinde an den Tisch und schaffen Sie Vorteile für die Akteure.
5. Machen Sie allen Akteuren klar, dass das Standortmarketing keine Modeerscheinung ist, sondern eine ernste Daueraufgabe wird, die allen zugute kommt, wenn sie gut gelöst wird.

6. Legen Sie Ihre Anforderungen genau fest, bevor Sie ein externes Beratungsbüro hinzuziehen; verlangen Sie vor Auftragserteilung ein detailliertes Re-Briefing.
7. Machen Sie Ihr Standortmarketing nicht abhängig von staatlichen Zuschüssen; allen Beteiligten muss klar sein, dass ein Zuschuss nur eine „Anschubfinanzierung“ und Hilfe zur Selbsthilfe sein kann.

Die Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen durch gemeinschaftliches Standortmarketing ist ein sehr anspruchsvolles Geschäft mit Risiken.

Allen, die es anpacken: Viel Erfolg!

Erfolgreiches Standortmarketing – das Beispiel Adenau

Hermann-Josef Romes

Lage und Strukturdaten

Land Rheinland-Pfalz, Landkreis Ahrweiler

Fläche 257 km^2, davon rd. 155 km^2 forstwirtschaftliche Fläche, rd. 87 km^2 landwirtschaftliche Fläche

rd. 15.000 Einwohner, Einwohnerdichte: 56 Einwohner/ km^2

37 verbandsangehörige Gemeinden,

Mittelzentrum Stadt Adenau mit rd. 3.000 Einwohnern mit Kindergarten, Grundschule, Haupt- und Realschule, Gymnasium, Hallen- und Freibad, Krankenhaus, Seniorenheimen

Sitz des „Nürburgringes“

Ausgangslage Agrarstrukturelle Entwicklungsplanung in den Jahren 1998 bis 2002

Der heutige Standortmarketingprozess beruht auf einer maßgeblich vom Land Rheinland-Pfalz finanziell geförderten Agrarstrukturellen Entwicklungsplanung (AEP) mit dem Primärziel der Sicherung wettbewerbsfähiger landwirtschaftlicher Betriebe und integrierter Landnutzung.

Sehr schnell erkannten alle am Verfahren beteiligten Akteure (Fachbehörden, Kommunalverwaltung, Räte, Interessenverbände, Landwirte), dass durch die weit gemarkungsübergreifende Landbewirtschaftung, die Wechselbeziehungen

von Agrarbereich, Forst, Dorferneuerung, Gewässerschutz, Straßenbau und auch die verschiedenen Interessenlagen der einzelnen Ortsgemeinden untereinander eine ganzheitliche Betrachtung unabdingbar ist. Die laufende AEP wurde sodann um eine „regionalwirtschaftliche Entwicklung“ erweitert. Damit gelang es, ein wichtiges weiteres Ziel zu erreichen: Die Unterstützung der Landwirtschaft durch Handel, Handwerk und Gewerbe. Vor allem die Anbieter von Tourismus-Dienstleistungen erkannten, dass die Landwirtschaft mit der Aufrechterhaltung der attraktiven Kulturlandschaft auch ihnen die Existenz sichern hilft. Unter der Fragestellung: „Welchen Weg will die Verbandsgemeinde Adenau in ihrer Regionalentwicklung künftig einschlagen?“, wurde erstmals bewusst eine Stärke-/ Schwächeanalyse vollzogen, die nicht ausschließlich auf dem Wirtschaftsfaktor „Nürburgring“ beruhte.

Eingebunden in die Planung waren von Anfang an, neben den Vertretern der Landwirtschaft, alle zuständigen Behörden, Interessenverbände, Vertreter von Handel, Handwerk und Gewerbe, Betriebe der Tourismusbranche sowie Vertreter der Kommunalpolitik auf Orts- und Verbandsgemeindeebene. Es sollte vermieden werden, dass lediglich ein Expertenpapier erstellt wird und dieses Gefahr laufen könnte, zu einem sogenannten „Schubladenplan“ zu verkommen. Bedingt durch die Mitarbeit vieler Akteure vor Ort war die AEP von Anfang an auf ihre Umsetzung orientiert und beinhaltete Empfehlungen für konkrete Einzelprojekte in realistischer Betrachtung der praktischen und finanziellen Umsetzbarkeit.

Die so entwickelten Handlungsempfehlungen wurden ab Juni 2000 im Rahmen einer ebenfalls vom Land Rheinland-Pfalz geförderten „Moderations- und Umsetzungsphase“ in ersten Schritten in die Tat umgesetzt, so auch das Projekt eines „Standortmarketings“.

Besondere Hilfestellung erhielt die Verbandsgemeinde Adenau für die Durchführung der AEP und den Standortmarketingprozess vom Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, von der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion und dem früheren Kulturamt und heutigem Dienstleistungszentrum ländlicher Raum (DLR). Gerade die Dienstleistung durch das DLR war und ist bedingt durch seine Ortsnähe und -kenntnis von besonderem Vorteil.

Standortmarketing ab dem Jahre 2002

Der Verbandsgemeinderat Adenau, der seinerzeit gerade gegründete und heute 218 Mitglieder zählende Gewerbeverein Adenau e.V. und der ebenfalls seinerzeit neu gegründete und heute 195 Mitglieder zählende Tourismusverein Hocheifel-Nürburgring e.V. gaben in übereinstimmenden Beschlüssen „grünes Licht" für den Beginn eines in ihrer gemeinschaftlichen Trägerschaft durchzuführenden Standortmarketings. Die vor Ort ansässigen Geldinstitute erbrachten namhafte Geldleistungen zur Schaffung eines finanziellen Grundstocks. Das gemeinsame Ziel: „Erarbeitung realistischer Rahmenbedingungen zur Erlangung einer maximalen Wertschöpfung mit Methoden einer marktorientierten Unternehmensführung".

Offener Prozess im Geiste der Agenda 21

Auf öffentliche Einladung erschienen zu einer sogenannten „konstituierenden Sitzung" rd. 100 Mitbürgerinnen und Mitbürger, von denen ein Großteil bereits Akteure der vorausgegangenen Agrarstrukturellen Entwicklungsplanung waren. Es wurde beschlossen, den Standortmarketingprozess als „offenen" Prozess anzulegen, d.h. jede Mitbürgerin und jeder Mitbürger sollte die Möglichkeit erhalten, sich jederzeit an einer ausschließlich von ihm bestimmten Stelle am Prozess beteiligen zu können. Weiterhin sollte der Standortmarketingprozess nach den Grundsätzen der Agenda 21 durchgeführt und die Gleichberechtigung von Mann und Frau als Querschnittsaufgabe verwirklicht werden.

Auf eine abstrakte Diskussion zur Umsetzung der Agenda 21 oder zur Erstellung von Leitlinien bzw. eines Leitbildes wurde bewusst verzichtet. Der „Weg sollte das Ziel" sein.

Organisation, Finanzen

Die Beteiligten bildeten aus ihrer Mitte heraus fünf Arbeitsgruppen:

- „Handel, Handwerk, Gewerbe, Dienstleistungen, Verkehr";
- „Landwirtschaft, Forsten, Landschaft, Natur";
- „Gastronomie, Tourismus";

- „Bildung, Kultur, Kunst“,
- „Gesundheit, Fitness, Sport“.

Die Leitung obliegt einer „Lenkungsgruppe“. Ihr gehören an: die Vorsitzenden der Arbeitsgruppen, der Vorstand des Gewerbevereins, der Vorstand des Tourismusvereins, die Beigeordneten der Verbandsgemeinde, der Sprecher der Ortbürgermeister, Vertreter der Geldinstitute und bis heute ein Vertreter des Dienstleistungszentrums ländlicher Raum. Die Leitung obliegt dem Bürgermeister.

Lenkungsgruppe und Arbeitsgruppen sind lose Verbünde. Die Arbeitsgruppen verwalten sich selbst und tagen im Rhythmus von 2 bis 3 Monaten. Der Abgleich der Informationen und die Herbeiführung von Abstimmungen über Schwerpunktfestlegungen erfolgt in der Lenkungsgruppe. Auch hier wurde auf die Bildung eines formalen Zusammenschlusses etwa in Form eines eingetragenen Vereins zur Vermeidung der damit verbundenen Formalitäten und zu Gunsten von mehr Flexibilität bewusst verzichtet.

Verbandsgemeinde, Tourismusverein und Gewerbeverein stellen jährlich ein Grundbudget von je 2.000 Euro. Darüber hinausgehender Finanzbedarf wird je nach Projekt und Träger separat gedeckt.

Datenerhebung und Bewertung

Grundlage aller Aktivitäten, angefangen von der AEP, war eine umfassende Datenerhebung und Bewertung der Stärken und Schwächen:

- Befragung aller landwirtschaftlichen Betriebe,
- Unternehmerbefragung,
- Kunden- und Bürgerbefragung,
- Expertenanhörungen (Tourismusorganisation, Kammern, Einzelhandel, Bauernverband, Politik, Fachbehörden; Landwirte, Gastronomen, Einzelhändler vor Ort etc.),
- Erhebung/ Sichtung und gezielte Zusammenfassung aller wesentlichen Daten (Anzahl und Art von Unternehmen, Ausbildungsplätze, Auspendler, Einpendler, Gäste im Tourismusbereich, Steueraufkommen, Pro-Kopf-Einkommen etc.),

- Sichtung aller zuvor erstellten Planungen und Gutachten (Landesentwicklungsplanung, Kreisentwicklungsplanung, Flächennutzungsplan, Gewässerpflegeplan, FFH- und Vogelschutzgebiete; Gutachten zur Fortentwicklung des Wirtschaftsstandortes und zur Tourismusförderung, Entwicklungsabsichten der Nürburgring GmbH etc.),
- Erfassung aller Tourismusangebote.

Es lagen damit erstmals umfassende und fundierte Daten mit konkreten Angaben vor, insbesondere:

- zur Situation und Entwicklung der Landwirtschaft (34 Prozent der Verbandsgemeindefläche; 35 Haupt- und 77 Nebenerwerbsbetriebe)
  - zur Hofnachfolge, zur Beschäftigtenzahl und -struktur, zur wirtschaftlichen Tragfähigkeit, zu Entwicklungsabsichten, zu Verkaufs- und Verpachtungsinteressen, zur Flurzersplitterung etc.

- zur Regionalwirtschaft (550 Arbeitsstätten; hoher Anteil kleiner und mittelgroßer Unternehmen; rd. 3.000 Arbeitsplätze)
  - zu Leistungs- und Produktpaletten,
  - zur Beschäftigtenentwicklung,
  - zur Betriebsnachfolge,
  - zur Einschätzung regionaler Standortfaktoren aus Sicht heimischer Investoren und aus Bürgersicht,
  - zur Einschätzung des Handlungsbedarfs in der regionalen Wirtschaftspolitik,
  - zu Meinungen, Einstellungen und Wünschen aus „Bürger- und Kundensicht“.

- zu konkurrierenden Planungen bzw. Vorhaben.

Moderation

Während des gesamten Verlaufs der AEP war ein Fachbüro mit der Moderation beauftragt. Im Standortmarketingprozess war während der ersten Phase ein Marketingexperte mit der Moderation beauftragt. Das Land Rheinland-Pfalz leistete finanzielle Hilfe. Heute wird eine Moderation bei Bedarf beauftragt.

Die anfängliche finanzielle Unterstützung des Landes wurde stets als „Hilfe zur Selbsthilfe“ verstanden und kommuniziert.

Öffentlichkeitsarbeit

Über die Aktivitäten und Ziele der einzelnen Arbeitsgruppen wird regelmäßig in der örtlichen Presse und in den kommunalen Nachrichten durch eine ehrenamtliche Pressewartin berichtet. Eine separate Internetdarstellung erfolgt über die Verbandsgemeindeverwaltung. Der Verbandsgemeinderat und die Ortsbürgermeister werden durch den Bürgermeister fortlaufend informiert. In öffentlich zugänglichen Stellen liegen Flyer über Inhalte, Projekte und Ansprechpartner des Standortmarketingprozesses aus.

Projekte:

Fortlaufende Projekte:

- Bodenordnungsmaßnahmen in Ortsgemeinden mit dem Wirtschaftsschwerpunkt „Landwirtschaft“,
- Etablierung heimischer Landwirtschaftserzeugnisse und Präsentation heimischer Handwerksbetriebe auf Adenauer Märkten,
- Info-Tage für Landwirte,
- Bewertungssystem Ökokonto,
- Erhalt und Pflege von Streuobstbeständen, Etablierung von Obstbaumschnittkursen,
- Kooperation von Gastronomiebetrieben und landwirtschaftlichen Betrieben zur Vermarktung von Produkten aus der örtlichen Landwirtschaft,
- Kooperation von Gastronomiebetrieben unter dem Logo „einfach gut – Gerichte und Produkte aus dem Adenauer Land“ – jährliche Großveranstaltung, Abstimmung der Außenwerbung,
- Ausbildungsplatzbörse,
- Lernwerkstatt Berufsorientierung,
- Unternehmerforen,
- Adenauer Gesundheitswoche, Adenauer Diabetikertag,

- „Leerkataster“ – Vermittlung leerstehender Ausstellungs- und Verkaufsräume,
- Stadtverschönerung,
- Energetische Holznutzung.

Einmalige Projekte:

- gemeinsames Logo für alle Veröffentlichungen/ Darstellungen,
- Herausgabe eines Bildbandes „Geliebte Eifelbilder – das Adenauer Land am Nürburgring“,
- Herausgabe eines Gesundheitsführers mit Darstellung der Gesundheitsdienstleister,
- Konzeption und Anlage von 4 Nordic-Walking-Strecken,
- touristische Beschilderung,
- Teilnahme an der Kommunalkonferenz „Zukunft vor Ort gestalten – Demographischer Wandel als Chance“, Mainz; Bürgerkongress „Bürgerkompetenz und freiwilliges Engagement nutzen, Ludwigshafen,
- gemeinsamer Internetauftritt von Verbandsgemeinde, Gewerbeverein, Tourismusverein und Nürburgring GmbH.

Nächste, angelaufene Projekte:

- Thematisierung der örtlichen und zeitlichen Auswirkungen der demographischen Entwicklung,
- Befragung aller Gesundheitsdienstleister zur Kooperationsbereitschaft in Zusammenarbeit mit einer Fachhochschule,
- Erfassung aller Sportangebote, Sportvereine und Sportstätten mit dem Ziel der Vernetzung und Konzentration zwecks Schaffung einer effizienten, vermarktungsfähigen Angebotspalette.

Bewusst wurden neben sogenannten „Leuchtturm“-Projekten kleine Aktionen integriert und gefördert.

Immaterieller Nutzen:

- Erstarktes „Wir-Gefühl“ (Stadt, Umlandgemeinden; Politik, Wirtschaft, Schulen etc.),
- Bündelung der Kräfte, vielfältige Kooperationen,
- regelmäßiger Informationsaustausch und Versachlichung der Diskussion zu kontroversen Themen,
- Entstehen von „kurzen Wegen“,
- Standortmarketingprozess als „Ideenbörse“,
- Auszeichnung der Verbandsgemeinde Adenau als „Mittelstandsfreundliche Kommune“ als Folge der Ergebnisse des Standortmarketingprozesses.

ILE-Regionalmanagement

Im Regionalmanagement „Eifel-Ahr“ findet das Standortmarketing seit dem Jahre 2005 seine logische Ergänzung, da der „Wirtschaftsraum“ über das Gebiet der Verbandsgemeinde Adenau hinausgeht. Zusammen mit der benachbarten Verbandsgemeinde Altenahr, der Stadt Bad Neuenahr-Ahrweiler und der Gemeinde Grafschaft werden Planungen und Projekte grenzüberschreitend abgestimmt und initiiert.

Erfolgreiches Standortmarketing

Trotz der Tatsache, dass sich Standortmarketing nicht „verordnen“ lässt und dass es für die Abläufe kein allgemeinverbindliches formales Recht gibt, funktioniert es, weil ideologische Betrachtungswinkel zurückgestellt werden, weil kommunale Räte die neue Art der Entscheidungswege akzeptieren, weil Idealismus und Toleranz vorherrschen und die Erkenntnis an Boden gewinnt, dass wirtschaftliche, ökologische und soziale Wertschöpfung in einer solchen Form der Zusammenarbeit eine besondere Chance auf Erfolg hat.

Öffentliches Zitat eines kritischen Einzelhändlers: „Ich vermag nicht zu sagen, dass mir das Standortmarketing etwas in meine Kasse gebracht hat. Aber ich glaube dennoch, dass es uns insgesamt einen Nutzen bringt!“

Teil 2:

Verarmung, Alterung, Abwanderung – logische Abfolge der demographischen Entwicklung? – Nein: Chancen und Perspektiven für den ländlichen Raum!

(Beiträge des Expertengesprächs am 4. Oktober 2006)

Nachhaltige Raumentwicklung – Wünsche und Wirklichkeiten zu gleichwertigen Lebensverhältnissen in Stadt und Land

Ulrike Grabski-Kieron

Nachhaltigkeit und Gleichwertigkeit – Leitvorstellungen der Raumordnung im Wandel der Zeit

Ohne Frage hat das Leitbild nachhaltiger Raumentwicklung seit Anfang der neunziger Jahre die Planungskultur in den ländlichen Räumen im hohen Maße beeinflusst: Der postulierte Dreiklang von Umwelt- und Sozialverträglichkeit und wirtschaftlicher Prosperität führte zu einer Neubewertung ökonomischer, ökologischer und sozialer Standortfaktoren und verlangte nach querschnittsorientierten, d.h. integrierten Politik-, Planungs- und Handlungsoptionen. Er betonte die Region mit ihren jeweils spezifischen Problemen und Potenzialen als Handlungsraum, stärkte dabei die Bürgermitwirkung und ebnete bisher vernachlässigte oder gar unbekannte Wege zur interkommunalen Zusammenarbeit oder zu Public-private-partnership-Konzepten in den ländlichen Räumen (siehe Abbildung 1).

Bereits Ende der neunziger Jahre trug die vorletzte Novelle des Raumordnungsgesetzes ROG, (BGBl. I, S. 2081, 1997) der Bedeutung des Nachhaltigkeitsgedankens Rechnung, indem sie das Leitbild nachhaltiger Raumentwicklung an die zentrale Stelle der Leitvorstellungen der Raumordnung rückte. Ein anderes, bis dahin zentrales Leitbild, nämlich das der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Teilräumen des Landes, rückte dabei unmerklich in den Hintergrund und wurde nun zusammen mit anderen gleichrangigen Leitvorstellungen genannt. Heute rückt es vor dem Hintergrund der aktuellen Tendenzen der Raumentwicklung, der sich veränderten Planungskultur und dem veränderten Staatsverständnis wieder in den Mittelpunkt der Diskussion (s. auch HAHNE 2005).

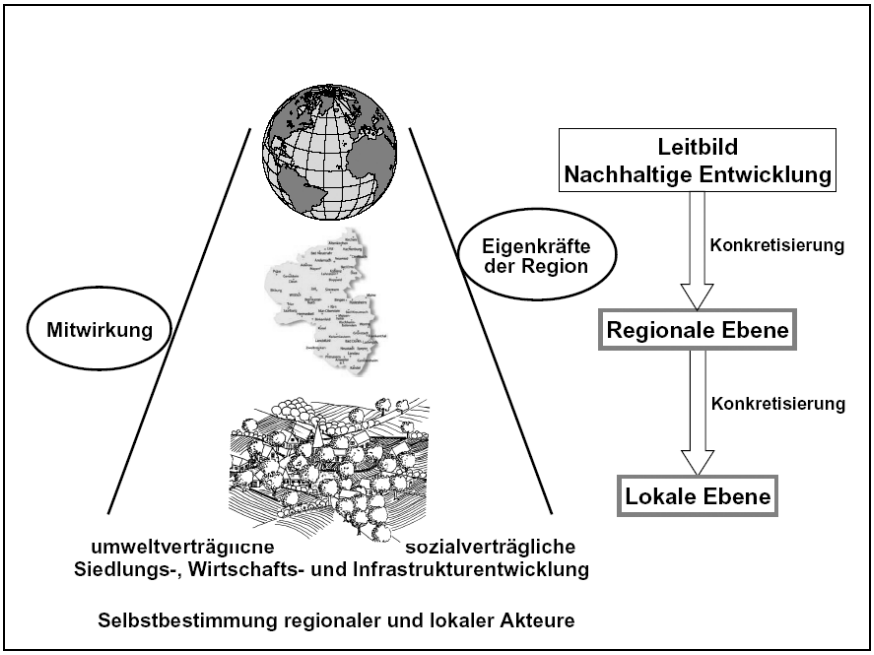

Abbildung 1: Veränderte Planungskultur durch das Leitbild der Nachhaltigkeit
Quelle: GRABSKI-KIERON (2003)

Dieses Leitbild „Gleichwertigkeit“ ist nicht nur heute, sondern auch in der Vergangenheit gerade im Bezug auf seine Kriterien, den Maßstab der Gleichwertigkeit, in Bezug auf seine Bezugsräume und natürlich hinsichtlich seiner Umsetzung und Zielerfüllung immer wieder diskutiert worden (SINZ 2005). Die heute so vehement geführte Diskussion über die aktuelle Gültigkeit dieses Leitbildes ist also grundsätzlich nichts Neues. Es liegt auch in der Natur von Leitbildern, dass sie inhaltlich und räumlich überprüft und modifiziert werden, denn letztlich sind Leitbilder Ausdruck von sich auch im Laufe der Zeit verändernden gesellschaftspolitischen Werten. Dass dies angesichts regionaler Disparitäten zwischen den alten und neuen Bundesländern oder des demographischen Wandels u.v.m. heute wieder passiert, sollte also niemanden verwundern. Immerhin beinhaltete schon 1993 der Raumordnungspolitische Orientierungsrahmen der Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO) den Satz: „Gleichwertigkeit der Lebens-, Arbeits- und Umweltbedingungen ist eine situationsabhängige, dynamische Zielsetzung, kein absoluter Maßstab….“ (zit. n. STEGT 2006).

Konsens herrschte bisher darüber, dass Gleichwertigkeit nicht „Gleichartigkeit“ heißt: Auch heute geht es darum, bestimmte Mindeststandards der Daseinsvorsorge, der Erwerbsmöglichkeiten, der Infrastrukturausstattung, aber auch von Umweltqualitäten in städtischen und ländlichen Räumen zu erreichen bzw. zu sichern. Umstritten blieb stets, w i e die Mindeststandards definiert werden sollten, woran die Zielerfüllung zu messen ist und welche Bezugsmaßstäbe gesamträumlicher Entwicklung für eine solche Bewertung herangezogen werden sollen.

Solche Fragen haben auch heute wieder an Aktualität gewonnen. Mehr noch: Die im Jahr 2005 intensivierten Bemühungen der Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO), neue Leitbilder und Handlungsstrategien für die zukünftige Raumentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland zu formulieren (BUNDESMINISTERIM FÜR VERKEHR, BAU UND STADTENTWICKLUNG und BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG 2005), haben einen Diskurs eröffnet, der u.a. in der Frage „gipfelte“, ob angesichts der existierenden räumlichen Disparitäten und angesichts der drohenden Probleme in peripheren Regionen das Gleichwertigkeits-Leitbild in der Zukunft weiterhin Bestand haben sollte. Diese Debatte stößt jedoch dann an ihre Grenze, wenn man sich Ursprung und Sinnhaftigkeit dieses Leitbildes in Erinnerung ruft: Gleichwertigkeit ist als Leitbild der Raumordnung nur vor dem Hintergrund des Prinzips sozialer Marktwirtschaft und des damit zusammenhängenden Staatsprinzips zu verstehen. Es ist Ausdruck sozialen Ausgleichs und einer anzustrebenden Verteilungsgerechtigkeit. Es basiert so unmittelbar auf dem Sozialstaatsprinzip gem. Art. 20 GG und dem Benachteilungsverbot gem. Art. 3 GG (GOPPEL 1999). Hier liegt auch die Legitimation des Staates, mit steuernden Maßnahmen in die Raumentwicklung einzugreifen. Unstrittig ist in diesem Zusammenhang auch heute, dass der Bund im „gesamtstaatlichen Interesse“ tätig werden kann, wenn Teilräume „hinter der allgemeinen Entwicklung“ derart zurückbleiben, dass die gesamtstaatliche Entwicklung insgesamt gefährdet ist (STRUBELT 2006).

In der Vergangenheit hat sich der Staat durchaus erfolgreich dieser Aufgabe gewisser Einflussnahme gewidmet, um gleichwertige Verhältnisse anzustreben: Wenn man berücksichtigt, dass die Raumordnung auch Leitlinien für raumwirksame Fachpolitiken setzt, dann bleibt doch festzuhalten, dass in den vergangenen Jahrzehnten solche Programme und Maßnahmen wie z.B. die Städtebauförderung – die ja im besonderen Maße auch gerade die kleinen und mittleren ländlichen Kommunen in den Fokus genommen hatte – oder auch die Bund-Länder-

Gemeinschaftsaufgabe zur Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW) zu räumlichen Qualitäts- und Wachstumseffekten beitrugen. Sie kamen letztlich dem interregionalen Ausgleich zugute. Es sollte nicht vernachlässigt werden, dass es heute zahlreiche ländliche Regionen gibt, die aus einer Regionalförderung der letzten Jahrzehnte heraus aktuell bemerkenswerte Entwicklungsniveaus erreicht haben. Dazu zählen z.B. das Emsland oder Teile von Franken. Nicht zuletzt sollte in der heutigen Debatte auch nicht die geschichtliche Dimension der deutschen Wiedervereinigung mit ihren Folgen für den interregionalen Ausgleich übersehen werden. Trotz der sich heute ausdifferenzierenden Entwicklungslinien bleibt festzuhalten, dass in der Vergangenheit wichtige Beiträge zu einer ausgewogenen räumlichen Entwicklung geleistet worden sind. Dies macht das Gleichwertigkeitsleitbild heute nicht obsolet.

Veränderte Rahmenbedingungen heute – Gleichwertigkeit auf dem Prüfstand

Ohne Frage vollzieht sich Politik heute gegenüber früheren Jahren unter erheblich veränderten Rahmenbedingungen, sei es in Bezug auf die tatsächliche Raumentwicklung oder auf eine veränderte Planungskultur:

- Die finanziellen Spielräume der öffentlichen Haushalte sind ausgereizt.
- Vor dem Hintergrund von Globalisierung, internationalem Wettbewerbsdruck und europäischer Kohäsion folgt die Politik heute anderen Leitbildern als früher: Diese werden maßgeblich an der Lissabon-Strategie der EU für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit (EUROPÄISCHER RAT 2000) orientiert. Das neue raumordnerische Leitbild eines Netzes von Metropolregionen, die ihrerseits als wirtschaftliche Entwicklungspole interpretiert werden und an die zukünftig eine räumliche Schwerpunktförderung gebunden sein soll, ist nur vor diesem international-europäischen Hintergrund zu verstehen (siehe Abbildung 2).
- In der realen Raumentwicklung des letzten Jahrzehnts zeigen sich vor dem Hintergrund von demographischem Wandel und gesamtwirtschaftlicher Entwicklung eher zunehmende als abnehmende räumliche Disparitäten mit allen Folgewirkungen z.B. für Arbeits- und Wohnungsmärkte oder für die Infrastrukturausstattungen. Die Problematik erhält zusätzliche Komplexität dadurch, dass sich regionale Ungleichgewichte je nach betrachtetem Parameter (Arbeitslosigkeit, Einkommen, Lebenshaltungs-

kosten, Kaufkraft etc.) durchaus unterschiedlich darstellen (vgl. BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG 2006 a). Damit sei auch auf das existierende Methodenproblem der Erfassung von Gleichwertigkeit hingewiesen.

- Das Planungsverständnis hat sich verändert, dies wird zum einen in der zentralen Rolle der Akteursmitwirkung deutlich, wie sie heute für die Regional- und Kommunalentwicklung konstatiert werden kann (vgl. FÜRST et al. 2003), zum anderen auch an den Elementen des regionalen Wettbewerbs, die bis heute in die Raumordnungspolitik Eingang gefunden haben (vgl. FÜRST 2005 und PRIEBS 2005).

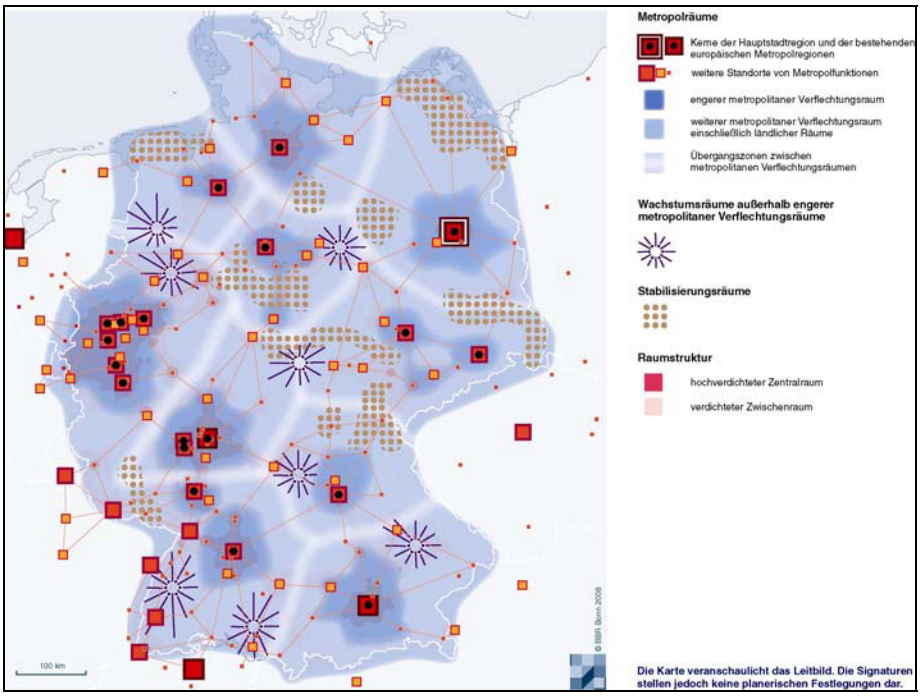

Abbildung 2: Das Leitbild „Wachstum und Innovation“
Quelle: BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG 2006

Dies alles musste zwangsläufig zu der aktuellen Überprüfung bisheriger Leitbilder führen. Diese mündete Mitte des Jahres 2006 in der Veröffentlichung der Leitbilder und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung in Deutschland durch die Ministerkonferenz für Raumordnung (BUNDESAMT FÜR VERKEHR, BAU UND STADTENTWICKLUNG 2006). Danach wird sich die zukünftige Raumentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland nach den Leitbildern

- Wachstum und Innovation,
- Sicherung der Daseinsvorsorge sowie
- Wahrung der natürlichen Ressourcen und der Kulturlandschaften

ausrichten.

Dies bedeutet, dass für die Raumordnung auch zukünftig Entwicklungs-, Ordnungs- u n d Ausgleichsziele Bedeutung behalten werden. Dies war zu Beginn der raumordnungspolitischen Diskussion längst nicht so. Gleichzeitig beginnt auch allmählich eine Neuinterpretation des Gleichwertigkeits-Leitbildes. Sie wird den Begriffsinhalt zwischen den Polen „Wachstum und Entwicklung“ einerseits und „Ausgleich“ andererseits ausbalancieren müssen (vgl. KALTENBRUNNER 2006). Damit könnten zwei bemerkenswerte Aspekte verbunden sein:

1. Der räumliche Bezugsmaßstab für eine vergleichende Bewertung von Gleichwertigkeit könnte sich in Anbetracht der größer gewordenen Verflechtungsbereiche innerhalb der Metropolregionen oder mit Bezug auf die Dimension europäischer Kohäsion verschieben.
2. Eine Akzentverschiebung in der Ausgleichspolitik wird vermutlich eintreten: In der Zukunft wird es mehr als früher darum gehen müssen, gezielt rückständige Entwicklungen in den am stärksten gefährdeten Regionen „aufzufangen“ mit dem Ziel, den bundesstaatlichen Zusammenhalt in den Wirtschafts- und Sozialsystemen nicht zu gefährden. In den Mittelpunkt dürfte dann mehr als früher die Frage des „Mindestausgleichs“ in den Vordergrund rücken (vgl. HAHNE 2005).

Die aktuellen Bemühungen zur Anpassung und Neuinterpretation des Gleichwertigkeits-Leitbildes folgen neben grundsatzpolitischen Überlegungen zur Anpassung der fiskalischen Ausgleichsysteme – allen voran dem Bund-Länder-Finanzausgleich und dem kommunalen Finanzausgleich – insbesondere zwei Handlungsansätzen, die für die Raumordnung eine besondere Bedeutung besitzen. Diese setzen zum einen an einer Weiterentwicklung des zentralörtlichen

Systems sowie zum anderen an einem flexiblen Umgang mit örtlichen Infrastrukturausstattungen an.

Modifizierung des Zentrale-Orte-Systems und der Konzeption der dezentralen Konzentration:

Die Überprüfung des bundesdeutschen Zentrale-Orte-Systems erscheint begründet zu sein, weil einige der zentralen Orte die bundeseinheitlich definierten Erreichbarkeitsstandards in ihren Umlandbereichen nicht mehr erfüllen und sich bei den örtlichen Infrastrukturen die Frage der zukünftigen Tragfähigkeit stellt. Bei einer Modifizierung geht es daher darum, neu zu formulieren, wie sich die Zentren zukünftig optimal räumlich verteilen werden und wie ihre Tragfähigkeit gegeben sein kann, damit flächendeckende Versorgungssicherheit gewährleistet bleiben kann. PÜTZ & SPANGENBERG (2006) beschreiben die Aufgabe als einen Handlungsansatz, um das „Spannungsverhältnis zwischen Erreichbarkeit von zentralen Orten und ihrer dauerhaften Tragfähigkeit“ zu lösen.

Neue flexible Handhabungsweisen zur Aufrechterhaltung und Auslastung von Infrastrukturausstattungen:

In den Mittelpunkt rücken hier nach KOCKS (2006) zunehmend die folgenden Optionen:

- Erhöhung der Erreichbarkeit von Einrichtungen durch Verbesserung ihrer Verkehrsanbindung und Erhöhung ihrer Auslastung,
- Verkleinerung und Reduzierung des Infrastrukturangebotes in Anpassung an die jeweilige Bevölkerungsstruktur,
- Dezentralisierung von Einrichtungen durch Bildung kleiner Einheiten,
- Zentralisierung durch Zusammenlegung disperser und unterausgelasteter Einrichtungen,
- Einrichtung neuer mobiler Systeme in der örtlichen Versorgung, die nur temporär zur Verfügung stehen,

und nicht zuletzt auch

- Neustrukturierung und -organisation von Infrastrukturausstattungen mit neuen Aufgabenzuschnitten.

Zahlreiche Erfahrungen aus den europäischen Nachbarländern, die wichtige Orientierungen bieten, liegen dazu vor (GRABSKI-KIERON 2006). Es bleibt abzuwarten, welchen Stellenwert sie in der zukünftigen Entwicklung der unterschiedlichen Regionen der Bundesrepublik Deutschlands erhalten werden.

Abschließende Statements

1. Nachhaltige Raumentwicklung verlangt nach Fortführung des Leitbildes der Gleichwertigkeit.
2. Das Leitbild der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse ist staatsrechtlich verankert (Verteilungsgerechtigkeit, Benachteiligungsverbot, Sozialstaatsprinzip gem. GG).
3. Für die Raumordnung bleiben Entwicklungs-, Ordnungs- u n d Ausgleichsziele bindende Handlungsmaxime. Daran haben sich auch die raumwirksamen Fachpolitiken zu orientieren.
4. Auch die europäische Integration/ Kohäsion verlangt im nationalstaatlichen Raum nach einer Handlungsorientierung im Sinne der Gleichwertigkeit.
5. Das Leitbild der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse ist nicht nur sozioökonomisch zu interpretieren, sondern besitzt auch eine umweltpolitische Kompetenz.
6. Zu Beginn des 21. Jh. verlangen sich verändernde Rahmenbedingungen nach Überprüfung und dynamischer Anpassung des Leitbildes für die Zukunft.
7. Für die ländlichen Räume leistet integrierte ländliche Entwicklung je nach Raumtyp wesentliche Beiträge im Sinne der Entwicklungs-, Ordnungs- und Ausgleichsziele der Raumordnung. Sie trägt insofern auch zur Zielerfüllung im Sinne der Gleichwertigkeit bei.

Literatur

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung 2006 a): Gleichwertige regionale Lebensverhältnisse? – In: Informationen zur Raumentwicklung 6/7, Bonn.

DASS. (2006 b): http://www.bbr.bund.de/ cln_007/ nn_22550/ DE/ ForschenBeraten/ Raumordnung/ Raumentwicklung Deutschland/ LeitbilderKonzepte/ Leitbild1/ Leibild1Karte__pdf,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/ Leitbild1Karte_pdf.pdf.

BUNDESMINISTERIUM FÜR VERKEHR, BAU UND STADTENTWICKLUNG (2006): Leitbilder und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung in Deutschland. Berlin.

BUNDESMINISTERIUM FÜR VERKEHR, BAU UND STADTENTWICKLUNG und BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG (2005): Leitbilder und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung in Deutschland. Diskussionspapier 01.09.2005, Bonn, Berlin.

EUROPÄISCHER RAT (2000): Schlussfolgerungen des Vorsitzes Europäischer Rat (Lissabon) 23. und 24. März 2000, o.O. Online: http://www.consilium.europa.eu/ue/Doecs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/00100-rl.d0.htm.

FÜRST, D., S. LÖB, A. RUDOLPH & K. ZIMMERMANN (2003): Steuerung durch Regionalplanung. – In: Schriften zur Rechtspolitologie 15, Baden-Baden.

FÜRST, D. (2005): Entwicklung und Stand des Steuerungsverständnisses in der Raumplanung. – In: DISP 163, 4., S. 16 – 27.

GOPPEL, K. (1999): Funktionen und Grenzen der Raumordnung und Landesplanung. – In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung [Hrsg.]: Grundriß der Landes- und Regionalplanung. Hannover, S. 94 – 114.

GRABSKI-KIERON, U. (2003): Integrierte ländliche Entwicklung - im Mittelpunkt der zukünftigen Agrarpolitik?! – In: Schriftenreihe für ländliche Sozialfragen, H 140, Göttingen, S. 66 – 79.

GRABSKI-KIERON, U. (2006): Nicht nur ein Problem in Deutschland – Demographische Entwicklungen und Erfahrungen in europäischen Nachbarländern. – In: Landentwicklung aktuell, Ausgabe 2006, Berlin, S. 19 – 23.

HAHNE, U. (2005): Zur Neuinterpretation des Gleichwertigkeitsziels. – In: Raumforschung und Raumordnung. 63, 2005, 4, S. 257 – 265.

KALTENBRUNNER, R. (2006): Der Unterschied zum gleichen. Gleichwertige Lebensverhältnisse – nur ein Mythos deutscher Politik. – In: Informationen zur Raumentwicklung 6/7, S. 393 – 395, Bonn.

KOCKS, M. (2006): Erfahrungen mit Steuerungsansätzen zur Sicherung einer bedarfsgerechten Versorgung im ländlichen Raum. – In: Landentwicklung aktuell. Ausgabe 2006, Berlin, S. 24 – 29.

PRIEBS, A. (2005): Raumordnung und Raumentwicklung als Zukunftsaufgabe. – In: Geographische Rundschau 57, 3, S. 4 – 9.

PÜTZ, TH. & M. SPANGENBERG (2006): Zukünftige Sicherung der Daseinsvorsorge. Wie viele Zentrale Orte sind erforderlich? – In: Informationen zur Raumentwicklung 6/7, S. 337 – 344, Bonn.

RAUMORDNUNGSGESETZ (ROG) in der Fassung vom 18.8. 1997 (BGBl., S. 2081), zul. geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 24.6. 2004 (BGBl. I. S. 1359).

SINZ, M. (2005): Raumordnung/ Raumordnungspolitik. – In: Akademie für Raumforschung [Hrsg.]: Handwörterbuch für Raumforschung. Hannover, S. 863 – 872.

STEGT, J. (2006): Die neue Gleichwertigkeit: Wachstum statt Ausgleich. – In: Landentwicklung aktuell. Ausgabe 2006, Berlin, S. 29 – 31.

STRUBELT, W. (2006): Auf der Suche nach der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse – oder: die Suche nach verloren gegangenem Sinn der Zeit? – In: Informationen zur Raumentwicklung, 2006, 6/7, S. 305 – 308.

Agrarpolitik – Wirkungsansätze für Arbeitsplätze und Gründungsprozesse im ländlichen Raum

Ralf Hornberger

Landwirtschaft und Weinbau bilden zusammen mit der Forstwirtschaft das „Herzstück“ der ländlichen Räume (zentrale Rolle; unverzichtbarer Bestandteil; tragende Säulen im ländlichen Raum):

- Produktion hochwertiger Nahrungsmittel und Erzeugung nachwachsender Rohstoffe sowie Bioenergie,
- Sicherung und Pflege der Kulturlandschaft (Landwirtschaft = 43 Prozent der Landesfläche; Landwirtschaft und Forstwirtschaft über 85 Prozent der Landesfläche),
- Grundlage für Fremdenverkehr mit 150.000 Arbeitsplätzen und
- rd. 7 Mrd. € Umsatz,
- hier: Kooperationsmodelle zwischen Landwirtschaft, Weinbau, Gastronomie entstanden,
- bedeutender Wirtschaftsfaktor zusammen mit vor- und nachgelagertem Bereich (in Rheinland-Pfalz schätzungsweise 200.000 Arbeitsplätze in Landwirtschaft, Weinbau und Forstwirtschaft; bundesweit 230.000 Arbeitsplätze in der Verwertung nachwachsender Rohstoffe aus der Landwirtschaft; jeder 10. Arbeitsplatz steht in Verbindung mit Landwirtschaft),
- „Motor für Innovationen“ (z.B. Forstprozessoren; Melkroboter; GPS-Technik; Biogas/ Solartechnik = neue Märkte entstanden + Berufsfeld „Bioenergieberater“) und

Gründungsideen:

- hochwertige IT-Technik auf jedem Hof = Markt für entsprechende Dienstleister,
- Werbung für touristische Angebote = Markt für Werbeunternehmen,

- Diversifizierung (sehr oft Betätigungsfeld für Unternehmerinnen) kann Arbeitsplätze schaffen (Urlaub auf dem Bauernhof; Bauernhofcafes; Dienstleistungen wie Partyservice; Altenpflege und Kinderbetreuung).

Hauptziele der rheinland-pfälzischen Agrarpolitik:

- flächendeckende, wettbewerbsfähige und marktorientierte Landwirtschaft, die nachhaltig und ressourcenschonend wirtschaftet,
- zusätzlich: Erzeugung hochwertiger Nahrungsmittel unterstützen, die den Erwartungen der Verbraucher sowohl hinsichtlich Qualität und Sicherheit als auch den Erfordernissen des Tier- und Umweltschutzes gerecht wird.

Umsetzung der vorgenannten Ziele (Brüssel maßgeblich!)

- Planungssicherheit schaffen in den Rahmenbedingungen (GAP-Reform; Saison-Arbeitskräfte; Besteuerung von Biokraftstoffen),
- Bürokratieabbau,
- Wettbewerbsnachteile vermeiden (1:1-Umsetzung von EU-Recht),
- Wettbewerbsfähigkeit verbessern/ strukturelle Defizite abbauen (Agrarinvestitionsförderprogramm (AFP), Junglandwirteförderung, Bodenordnung, Marktstrukturverbesserung und Diversifizierungsförderung auf hohem Niveau weiterführen),
- Erhaltung der Kulturlandschaft unterstützen (Agrarumweltmaßnahmen und Ausgleichszulage (AGZ) fortsetzen,
- neue Marktchancen nutzen (Landwirt als Energieproduzent und als Produzent wertvoller Industrierohstoffe > Clusterbildung/ Kompetenznetzwerk mit Beratungszentrum),
- Image der Landwirtschaft verbessern/ Landwirtschaft als moderner zukunftsorientierter Beruf (Akzeptanz für Direktzahlungen erhöhen; Beispiele: Grüne Woche/ Tage des offenen Hofes),
- Landwirte noch stärker zu Partnern des Naturschutzes machen (Vertragsnaturschutz; frühzeitige Beteiligung in Planungen; Natura2000; Wasserrahmenrichtlinie).

Ländliche Räume umfassend entwickeln

Wirtschaft/ Arbeitsplätze im ländlichen Raum ist mehr als Landwirtschaft und Weinbau.

Um umfassende Entwicklungsprozesse in Gang zu setzen, hat sich das von Rheinland-Pfalz maßgeblich mitentwickelte Konzept der integrierten ländlichen Entwicklung sehr bewährt.

Dieses Konzept besteht aus 4 Säulen (ILEK, Regionalmanagement, Bodenordnung, investive Maßnahmen) und ist seit 2005 Bestandteil der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK).

Mit diesem Konzept wollen wir gemeinsam mit der Landwirtschaft den ländlichen Raum fit für die Zukunft machen.

Worin liegen die Vorteile dieser Vorgehensweise?

- Es wird ein umfassender Entwicklungsansatz verfolgt, der alle Themenbereiche einbezieht, die regionale Wertschöpfung erbringen und die Lebensqualität verbessern (mehrdimensionale Strategie, die weit über den Bereich Landwirtschaft hinausgeht und Kommunen, Naturschutz, Wasserwirtschaft, Handwerk, Gewerbe, Dienstleister … einschließt; auch Existenzgründungsprozesse).
- Es wird umsetzungsorientiert gearbeitet (im Gegensatz zur Raumplanung schnell sichtbare Ergebnisse; kurze Planungsphase).
- Es ist eine hohe Akzeptanz durch aktive Einbindung der Bevölkerung zu verzeichnen (Buttom-up; Netzwerkbildung; endogenes Potenzial nutzen).
- Bei der Umsetzung der Erarbeitungskonzeptionen können Maßnahmen gebündelt und Synergien genutzt werden (Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau als Strukturministerium mit Wirtschafts- und Agrarförderung, Verkehrspolitik, Infrastrukturverbesserung und Tourismusförderung).
- Die Strategie der integrierten ländlichen Entwicklung kann auch der Landwirtschaft und dem Weinbau Vorteile bringen (z.B. Einbeziehung in touristische Konzepte; bessere Umsetzung Flächen beanspruchender Maßnahmen).

Zukünftige Rahmenbedingungen der Agrarpolitik für die Entwicklung des ländlichen Raums

- die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums (2. Säule) ab 2007 auf neue Beine gestellt (neue Finanzquelle und neue Rechtsgrundlage; Stichwort ELER-Verordnung),
- Aufgabe für das Land: neuer Entwicklungsplan (Zukunftsinitiative Ländlicher Raum (ZIL) + LEADER = Programm für Agrarwirtschaft, Umweltmaßnahmen und Landentwicklung (PAUL))
- Problem: Rückgang der EU-Mittel (307 Mio. Euro in 2000 bis 2007 auf 245 Mio. Euro; in 2007 bis 2013 von 42 bis 43 Mio. Euro auf 35 Mio. Euro pro Jahr und Rückgang der GAK-Mittel (2002 = 72 Mio. Euro, 2006 = 55 Mio. Euro): Deshalb Prioritätensetzung notwendig,
- Landwirtschaft = Schwerpunkt (Europäischer Fonds für Regionalentwicklung (EFRE) und andere Maßnahmen im Kontext sehen für Entwicklung des ländlichen Raums),
- die wettbewerbsverbessernden Maßnahmen genießen Priorität und werden auf hohem Niveau fortgeführt bzw. verstärkt (Junglandwirteförderung),
- die Ausgleichszulage wird fortgesetzt; bei den Agrarumweltmaßnahmen gibt es vorübergehend Einschnitte,
- ILE, (ILEK, ILE-RM) wird in einem mit LEADER landesweit abgestimmten Modell kontinuierlich fortgeführt.

Was können „reformierte“ Landentwicklungs-institutionen überhaupt noch leisten?

Peter Jahnke

Das gesamte Problemfeld des ländlichen Raumes ist hinreichend bekannt: Die Globalisierung, die Krise der Landwirtschaft, die Re-Industrialisierung, die Abwanderung, Überalterung, Finanzsituation und die demographische Entwicklung. Alles führt letztlich zu einer Monofunktionalisierung: In den Dörfern finden wir zunehmend die Monofunktion Wohnen, in den Speckgürtel-Bereichen Zuwanderung mit einer total veränderten Wohnsituation, weg von der Großfamilie hin zu vielen Kleinhaushalten. In den Randbereichen mit Abwanderung und Überalterung haben wir, wenn überhaupt noch, Wohnen dann aber mit ganz anderen Funktionsanforderungen, ausgelöst durch die immer älter werdenden Bewohner.

Jedes dieser Problemfelder ist brisant genug. Aber in den Dörfern, in denen wir tätig sind, überlagern sich alle diese Problemfelder zu einer kritischen Masse mit ganz akutem Handlungsbedarf! Die Problempakete müssen sofort gelöst werden, alle müssen gemeinsam anpacken . Hier ist nicht nur die Leistung einer „Landentwicklungsinstitution“, sondern die Leistung aller gefordert, die im ländlichen Raum tätig sind. Wenn wir tatsächlich etwas erreichen wollen, dann brauchen wir eine Verantwortungsgemeinschaft des gegenseitigen Ergänzens und des gegenseitigen Stärkens. Es muss eine Bewegung für den ländlichen Raum entstehen, die handlungsfähig ist und so viel Gewicht hat, dass sie gehört wird. Dabei müssen wir überlegen, wie von dieser Monofunktionalisierung wegzukommen ist. Monofunktionale Systeme sind immer anfällige Systeme. Der ländliche Raum war aber immer bestimmt durch Funktionsvielfalt, die letztlich auch für die Stabilität unserer gesamten Gesellschaft gesorgt hat. Denken Sie an die Untersuchung von Millendorfer mit den bäuerlich/ multifunktional geprägten Bereichen in Bayern: Halbe Kriminalitätsrate, halbe Krankheitsrate, halbe Scheidungsrate usw. Wie können wir wieder eine Multifunktionalität erreichen, in der die Daseinsgrundfunktionen Arbeiten, Wohnen, Bilden usw. unserer heutigen Zeit entsprechend neu definiert sind?

Wie sieht künftig Arbeit aus?

Können wir neue Formen von Arbeit finden, die weniger fremd- als selbstbestimmt und spaßbestimmt sind! Können neue Einkommenskombinationen, neue Produktfelder erschlossen, vielleicht auch alte Symbiosen zwischen Handwerk und Landwirtschaft wiederbelebt werden? Ich denke an die heute so innovative Handwerks- und Gewerbestruktur in Baden-Württemberg! Weil damals die Landwirtschaft zum Leben nicht reichte, haben die Bauern hinter der Scheune angefangen, Messer zu schmieden, die dann zu Skalpellen verfeinert wurden und heute zu hochmoderner Medizintechnik geführt haben. Die Innovationskraft war aus der Not geboren!

Wie sehen Wohnformen der Zukunft aus?

Auf welche Zielgruppe müssen wir uns wo konzentrieren? Wo fühlen sich junge Familien wohl oder was ist geeignet für die ältere Generation oder wo können generationsübergreifende Modelle aufgebaut werden? Dabei müssen wir uns Gedanken machen zur Innenentwicklung der Dörfer oder gar zum „Dorfumbau-West bzw. -Ost“.

Wie sehen neue Kulturformen aus?

Die vielen Kulturinitiativen im ländlichen Raum sind heute von so hoher Qualität, dass sie sich hinter denen der Ballungsräume nicht verstecken müssen. Und das noch kostengünstig! Wenn heute eine Opern-Karte 100 Euro und mehr kostet, dann frage ich mich, wer sich das noch leisten kann? Zum Beispiel: Kirchgattendorf in der Nähe von Hof, übrigens als Bundessieger im Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft – Unser Dorf soll schöner werden“ öffentlichkeitswirksam auf der Titelseite eines ADAC-Heftes, veranstaltet jährlich den Gattendorfer-Kultursommer mit überregional bedeutsamem Programm (und hoher Wertschöpfung). Oder seit 20 Jahren gibt es die Tage der Dorfkultur mit jeweils 20.000 – 30.000 Besuchern.

Der Bedarf, die Nachfrage ist doch da! Man muss „nur“ Ideen haben und etwas tun!

Oder können soziale Netzwerke anstelle der nicht mehr existierenden Großfamilie treten? Das gegenseitige Ergänzen von Lebenserfahrung der Alten und Vitalität der Jungen, der Dialog zwischen Jung und Alt in Generationeneinrichtungen. Einige solche Pilotprojekte laufen schon, wo z.B. Generationenhäuser in leergefallenen Schulen eingerichtet wurden. Das sind doch Nachfolgeeinrichtungen, die den neuen Aufgabenstellungen gerecht werden. Denn, wo haben wir eine bessere Möglichkeit, eine Kindererziehung zu verwirklichen, als im ländlichen Raum – ohne Verzicht auf persönliche Entfaltungsmöglichkeiten?

Wie können neue Modelle für Versorgung und Infrastruktur aussehen?

Es kann doch nicht sein, dass die einzige Infrastruktureinrichtung in der Zukunft im Dorf der Zigarettenautomat ist, wie es kürzlich im SPIEGEL zu lesen war. Wir müssen einfache bedarfsorientierte Nahversorgungsmodelle entwickeln, z.B. wie ich in einem ungarischen Dorf gesehen habe, wo die einzige Dorferneuerungsmaßnahme ein alter VW-Bus war, den man angeschafft hat, um das Dorf z.B. mit Arzneien aus der Stadt zu versorgen oder um die landwirtschaftlichen Produkte des Dorfes auf den Markt zu bringen.

Wie können neue Formen von Freizeit und Erholung aussehen?

Qualität ist auch hier das A und O. Es kann nicht sein, wie der „Rhönwirt“ einmal gesagt hat, dass „die Speisekarten im ländlichen Raum häufig so aussehen, wie Heino singt“.

Es geht darum, auf der Grundlage der Aktivitäten der Einzelnen und im Prinzip des gegenseitigen Ergänzens eine neue Vielfalt in einer Verantwortungsgemeinschaft zu erzeugen, als die Lebensqualität des ländlichen Raumes schlechthin – ich meine sogar die Überlebensqualität!

Wer oder was ist nun diese Verantwortungsgemeinschaft? Wie sind die Rollen verteilt und was muss der Einzelne tun?

Verantwortungsvolle Gemeinden
entwickeln Visionen. Sie verfügen über vielfältige Wohn-, Sozial- und Arbeitsfunktionen, stellen sich den Veränderungen und entwickeln Funktionen weiter. Sie investieren in die langfristige Stärkung der Ortskerne durch Sanierung und Umnutzung von Gebäuden, erarbeiten sich Strategien für den Umgang mit ihrer jeweiligen demographischen Entwicklung unter der Beachtung der städtebaulichen, sozialen und funktionalen Zusammenhänge. Verantwortungsvolle Gemeinden setzen auf soziale räumliche Netzwerke und Kooperationen (z.B. ILEK) und bieten ein hohes Maß an Lebensqualität durch Freizeit, Kultur usw., Arbeits- und Wohnangebote. Sie vermitteln ein positives Lebens- und Gemeinschaftsgefühl für Familien, Jüngere und Ältere in Verbindung mit bürgerschaftlichem Engagement und stellen im Sinne einer Verantwortungsgemeinschaft den Menschen in den Mittelpunkt aller Entwicklungsüberlegungen. Im Übrigen sind das Kriterien, die wir in Bayern in dem Wettbewerb „Dorf *v i t a l* “, der gerade erfolgreich abgeschlossen wurde, angelegt haben. Dieser Wettbewerb soll Aufmerksamkeit schaffen zum Thema Innenentwicklung und zu neuen Erkenntnissen führen.

Verantwortungsvolle Planer
Sie arbeiten als verantwortungsvolle Partner im offenen Dialog mit Spielraum für Neues, stellen Bedürfnisse des Menschen in den Vordergrund, arbeiten querschnitts-prozessorientiert, stoßen Nachdenkprozesse an, arbeiten transparent, vernetzen alle Akteure, kooperieren fachlich, steigen vom hohen Ross herunter, bilden sich weiter. Diese Aussagen sind das Ergebnis eines Workshops zwischen der Verwaltung und den Planern in unserer Schule für Dorf- und Landentwicklung in Thierhaupten.

Verantwortungsvolle Bürger
entwickeln ein Bewusstsein für die Gemeinschaft, für die Gemeindeprobleme. Sie haben keine Erwartungshaltung mehr an einen Nachtwächterstaat, sondern bringen sich aktiv in die Ideenentwicklung ein, bilden sich weiter und zeigen sich kooperativ, wenn es z.B. bei der Innenentwicklung um die Bereitschaft zur Bodenmobilität geht.

Verantwortungsvolle Landwirte
denken unternehmerisch. Sie agieren vermehrt in einer Gemeinschaft und orientieren sich an der Nachfrage, z.B. der Metzger im Dorf (Stichwort neue Symbiose Handwerk-Landwirtschaft). Sie halten Grund und Boden zusammen, um Bodenspekulationen vorzubeugen.

Verantwortungsvolle Handwerker, Gewerbebetreibende, das können Sie sich alles selbst durchdeklinieren.

Verantwortungsvolle Bildungseinrichtungen
unterstützen verstärkt den Erfahrungsaustausch im ländlichen Raum. Wir als Schule der Dorf- und Landentwicklung bieten dabei ein Forum für den ländlichen Raum, wo man miteinander diskutiert, wo neue Ideen entwickelt, wo auch Erfahrungen von Älteren an Jüngere weitergegeben werden, praktisch ein Generationenhaus des Denkens. Wir starten gegenwärtig eine „Innovationsoffensive für den ländlichen Raum", um Antworten auf Fragen nach neuen Lebensformen und -aufgaben für den ländlichen Raum zu finden.

Verantwortungsvolle Verbände und Kammern
beschränken sich nicht auf Lobbyismus. Sie leisten Hilfestellung mit Rat und Tat. Sie sind fürs ganze Land da, auch für den ländlichen Raum!

Eine **verantwortungsvolle Landentwicklungsverwaltung**
stellt die Bedürfnisse des Menschen in den Vordergrund, handelt kundenorientiert, hat ein starkes Qualitätsbewusstsein, nimmt Lenkungsfunktionen wahr, setzt fachlich kompetent Schwerpunkte, erreicht mit wenig Geld viel Qualität. Sie macht Entscheidungsfindung für alle transparent, entwickelt strategische Denkweisen, ermöglicht kooperative Zusammenarbeit, bildet sich ständig weiter. Kurzum: Sie betreibt aktives Landmanagement!

Verantwortungsvolle Politik
Eine Verantwortungsgemeinschaft für den ländlichen Raum funktioniert nur, das ist bereits mehrmals angeklungen, wenn auch die Politik auf allen Ebenen ein aktives Mitglied dieser Verantwortungsgemeinschaft ist. Eine **Politik mit Verantwortung für den ländlichen Raum** erkennt, dass unsere Dörfer und ihre Fluren lebenswichtig sind für unsere Gesellschaft, dass sie nicht nur Lederhose zum Laptop sind, sondern ein wesentlicher Standortfaktor im europäischen und

internationalen Wettbewerb. Deshalb handelt eine verantwortungsvolle Politik so, dass unsere Dörfer und Fluren lebenskräftig bleiben, vital bleiben.

Der französische Schriftsteller und ehemalige Premier Faure hatte erkannt, *„Wenn das Land nicht mehr atmet, ersticken die Städte“*, ein Satz, den alle unsere Politiker in Zukunft bitte mehr beherzigen mögen!

Zukunft des ländlichen Raumes aus Sicht der Kommunen – Gestaltungsansätze und Wirkungen

Wolfgang Kunz

Meine Damen, meine Herren,

lassen Sie mich mein Referat beginnen mit dem Satz von Antoine de Saint-Exupéry, der sagte: *"Die Zukunft soll man nicht voraussehen wollen, sondern möglich machen"*.

Zukunft kann man aber bauen.

Nehmen wir diese Aussage als Grundlage, dann erkennen wir, dass wir durchaus die Möglichkeit haben, unsere Zukunft zu gestalten, in diesem Falle auch unseren Lebensraum, den ländlichen Raum.

Deshalb haben wir rechtzeitig Maßnahmen ergriffen, um unsere Zukunftschancen auszuloten, um für den Raum und vor allem aber für die Menschen Chancen und Perspektiven zu entwickeln.

In den Jahren 1998 bis 2000 wurde in der Verbandsgemeinde Puderbach eine agrarstrukturelle Entwicklungsplanung (AEP) durchgeführt.

Daran schloss sich von 2001 bis 2003 eine sogenannte Landentwicklungsmoderation (LEM) an.

Mit Hilfe des Planungsinstrumentes der AEP konnten in besonderem Maße die Verflechtungen der Landwirtschaft mit den vielfältigen Funktionen des ländlichen Raumes dargestellt und daraus Schlüsse zur Verbesserung der Agrarstruktur und für eine koordinierte Entwicklung des Planungsgebietes gezogen werden.

So wurden alle Funktionen des ländlichen Raumes für die regionale Wirtschaftsstruktur, die Belange der Umwelt, Natur und Landschaft, die Wasser- und Forstwirtschaft, Freizeit, Erholung, Tourismus, kommunale Entwicklung sowie die Dorferneuerung untersucht und bewertet.

Nach Abschluss der AEP war es Ziel aller Beteiligten, die aufgezeigten Handlungs- und Maßnahmevorschläge in Kooperation mit der Bevölkerung umzusetzen.

Schon in der Auftaktveranstaltung zur Landentwicklungsmoderation war ein sehr großes Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger festzustellen, das hat sich während der Umsetzungsmoderation und auch danach bestätigt.

Es war ein Wir-Gefühl für öffentliche Aufgaben und Belange spürbar, das wir in unserem kommunalen Handlungsbereich in dieser Weise bisher nicht kannten.

Die Ergebnisse der LEM sind überaus positiv einzuschätzen.

In acht Projektgruppen wurde zu den Themenschwerpunkten:

- Freizeit und Tourismus,
- Rad- und Wanderwege,
- Bachentwicklung,
- Biotopvernetzung,
- Ortsentwicklung und Ortsgestaltung,
- Jugend, Soziales und Kultur,
- Heimatgeschichte und
- Regional- und Direktvermarktung

Beachtliches geleistet.

Erfolgreich war auch die Arbeit in zwei Behördengruppen zu den Themen:

- Betreuung von Kindern und Jugendlichen und der
- Biotop- und Landschaftsentwicklung durch Flächenmanagement (Ökokonto).

Als eigentlicher Motor der kommunalen Entwicklung darf jedoch die flächendeckende Bodenordnung nicht außer Betracht bleiben.

Sie ist, wenn man dies aus kommunalpolitischer Sicht sieht, so etwas wie ein Sechser im Lotto, denn durch sie bieten sich den Handelnden ungeahnte Möglichkeiten.

Die Bodenordnung ermöglicht ein gezieltes Flächenmanagement, das sowohl bei Renaturierungsmaßnahmen an den Bachläufen, bei dem Ausweis von Ökoflächen oder Ersatzflächen, bei der Sicherung von Wasserschutzzonen, bei der Ausweisung von Gewerbegebieten und bei Überlegungen zur zukünftigen Gestaltung einer Ortsgemeinde immense Möglichkeiten eröffnet.

Man muss aber immer bedenken, dass ein solcher Prozess, wie die Landentwicklungsmoderation und die Arbeit der Arbeitskreise, nur dann von Erfolg gekrönt ist, wenn die von den Bürgerinnen und Bürgern oder mit den Bürgerinnen und Bürgern entwickelten Pläne und Zielsetzungen auch sichtbar für die Beteiligten umgesetzt werden, das heißt, es müssen sich dann auch bald Ergebnisse zeigen.

Lassen Sie mich deshalb, meine Damen und Herren, einige Ergebnisse nennen oder Projekte ansprechen, die umgesetzt sind oder sich gerade in der Umsetzung befinden.

So kann durch die Bodenordnung die Landwirtschaft gestärkt werden, was gleichzeitig auch der Erhaltung unserer Kulturlandschaft dient.

Bei der Bodenordnung finden ökologische Maßnahmen Berücksichtigung, wodurch eine wesentliche Verbesserung der Umwelt erreicht wird.

Zur Zeit richten wir zum Beispiel ein angebotsorientiertes Ökokonto ein, mit dem wir im Rahmen eines Flächenmanagements öffentlichen Stellen oder privaten Unternehmen gegen Erstattung entstehender Aufwendungen ökologisch aufgewertete Flächen für den Eingriff in Natur und Landschaft zur Verfügung stellen. Dies geschieht in Abstimmung mit der Landwirtschaft.

Da wir bei der Wasserversorgung selbständig sind und 98 Prozent unseres Wasserbedarfes aus eigenen Quellen und Ressourcen schöpfen, liegen uns die Wassersicherung und der Wasserschutz besonders am Herzen, das heißt wir erwerben hier gleichzeitig auch die Wasserschutzzonen II und sichern damit auch unsere Wasserqualität.

Bachrenaturierungen finden an allen Bächen der Verbandsgemeinde statt.

Diese Maßnahmen werden natürlich im Wesentlichen auch noch durch das Umweltministerium unterstützt (Aktion Blau/ ICE Ausgleich).

Diese Maßnahmen sind weitgehend durchgeführt.

Das größte Projekt ist dabei das grenzüberschreitende Projekt Grenzbachtal, das modellhaft durch das Land gefördert wird.

Die Grundidee dieses Projektes ist der Natur- und Umweltschutz durch Nutzung.

Hier soll die Kulturlandschaft durch nachhaltige Landnutzung erhalten werden, dabei steht die Renaturierung des Grenzbaches und die Offenhaltung der Talwiesen durch Beweidung im Vordergrund.

Wir haben zwei zentrale Gewerbestandorte in unmittelbarer Nähe der A3 geschaffen. Beide Gewerbegebiete werden sehr gut nachgefragt.

Dies ist einmal das Gewerbegebiet "Urbacher Wald" und das Gewerbegebiet Dürrholz. Hier stehen 70 ha Gewerbeland zur Verfügung, die aber schon weitestgehend bebaut sind.

Am Freitag hat der drittgrößte Reifenhändler Deutschlands, Reifen Gundlach, sein Logistikzentrum auf 7 ha bei uns eröffnet, wodurch 180 Arbeitsplätze der Region erhalten und weitere 40 geschaffen werden konnten.

Für die Gewerbe- und Industrieansiedlung betreiben wir ein durchaus zielgerichtetes Marketing mit beachtlichem Erfolg.

Wir stellen darüber fest, dass jede Ansiedlung eines Betriebes eine kleine Sogwirkung auf andere Interessenten auslöst.

Um Vernetzungen zu optimieren, findet am 07. November eine weitere Veranstaltung aus der Reihe "Talk im Urbacher Wald" mit der IHK Koblenz zusammen statt, an der auch Staatsminister Hering teilnehmen wird.

Zur Zeit denken wir über eine moderate weitere Ausweisung von ca. 15 ha nach.

Positiv zu vermerken ist, dass wir die Zahl der Arbeitsplätze entgegen dem Trend in jüngster Zeit um weitere 15 Prozent steigern konnten.

Selbstverständlich ist auch bei uns die Entwicklung der Ortskerne in den Mittelpunkt gerückt; insbesondere in den beiden größten Gemeinden steht die Ortskernsanierung mit dem Ausbau der örtlichen Verkehrs- und Versorgungsstruktur im Vordergrund.

Leistungsfähige Menschen bevorzugen aber auch Wohnorte mit Freizeitmöglichkeiten, deshalb war es uns wichtig, für die heimische Bevölkerung sowie für die Touristen ein ansprechendes und abwechslungsreiches Angebot an Freizeit- und Sportanlagen zu schaffen.

So konnten das Hallenbad saniert, zwei neue Sporthallen gebaut und ein Kunstrasenplatz erstellt werden.

Betreuungsangebote für Kinder, Jugend und Senioren sowie Maßnahmen in den Bereichen Soziales, Kultur und Heimatgeschichte in ihren verschiedenen Facetten, sind besondere Aufgaben, denen wir uns gerade in der jetzigen Zeit stellen müssen.

Wir haben dies getan, indem wir im Bereich der Betreuung alle Kindergartenzweckverbände aufgelöst haben und auf die Verbandsgemeinde übertragen haben. Personalbewirtschaftung, Betreuungszeiten und Betreuungsangebot können dadurch optimiert werden.

Wir haben eine Kinderkrippe eingerichtet, die Betreuung der Kinder in den Ferien ist sichergestellt.

In unserer Verbandsgemeinde befinden sich drei Ganztagsschulen, vorher gab es die betreuende Grundschule.

Im Bereich der Jugendpflege haben wir schon seit vielen Jahren einen hauptamtlichen Jugendpfleger, der sich hervorragend um die Probleme der Jugendlichen kümmert.

Aber der Arbeitskreis "Betreuung" hat sich als nächstes das Thema "Seniorenbetreuung" auf die Fahne geschrieben, auch hier konnte schon einiges erreicht werden.

Gemeinsam mit den Sozialverbänden und den Kirchen ist es uns auf ehrenamtlicher Ebene gelungen, auch die "Neuwieder Tafel" bei uns einzurichten.

Wer die Zukunft gestalten will, muss aber auch seine Geschichte kennen. Deshalb sind wir sehr froh, dass wir einen sehr aktiven heimatkundlichen Arbeitskreis haben und einen Förderverein, der sich um unsere Burgruine "Reichenstein" kümmert, die gleichzeitig Wahrzeichen der Region ist.

In den letzten Monaten konnten wir die Burgruine von privat erwerben und damit dieses Wahrzeichen des Puderbacher Landes auch zukünftigen Generationen sichern.

Durch die Initiativen des Arbeitskreises "Kultur" wurde ein alter Bahnhof erworben und zum Kultur- und Jugendzentrum umgewandelt.

Hier finden sehr viele kulturelle Events statt, die einzig und alleine durch das Ehrenamt auf den Weg gebracht werden.

Ich bin mir eigentlich sicher, dass wir als kommunale Vertreter uns auch den Grundsatz vieler Unternehmer zu eigen machen müssen.

Dieser Grundsatz heißt: "Wer nicht handelt, der wird behandelt."

Konsequenterweise haben wir gehandelt und eine Reihe von Entscheidungen, die ich teilweise eben ansprach, auf den Weg gebracht, mit dem Ziel, Strukturen zu verändern.

Wie bereits erwähnt, gehören dazu die aktive Ansiedlungspolitik für Gewerbe und Industrie, die Auflösung der Kindergartenzweckverbände mit Übertragung auf die Verbandsgemeinden, um eine bestmögliche quantitative und vor allem qualitative Betreuung der Kinder und Jugendlichen zu erreichen.

Ferner die Auflösung eines Forstrevieres und vieles mehr.

Eine dieser Maßnahmen allein macht sicher nicht den großen Wurf aus, aber es sind zwischenzeitlich viele kleine Meilensteine gesetzt worden, um unserem ländlichen Raum eine positive Zukunft zu geben.

Ich könnte sicherlich noch eine Vielzahl von Punkten ansprechen, das würde aber den Rahmen heute hier sprengen.

Zu erwähnen ist vielleicht noch der vom Arbeitskreis "Rad- und Wanderwege" erstellte wunderschöne Rad- und Wanderweg rund um die Verbandsgemeinde mit einer Länge von 45 km. Dieser Premiumradweg erfährt eine hohe Akzeptanz.

Auch das Thema Nordic-Walking hat seinen Platz gefunden und viele Dinge mehr; auch im Bereich des Tourismus haben wir den einen oder anderen Akzent gesetzt.

Als Bürgermeister der Verbandsgemeinde Puderbach möchte ich aber auch den heutigen Tag nutzen, einmal Dank zu sagen.

Dank allen Behördenvertretern, die in all diese Maßnahmen eingebunden waren und uns hervorragend unterstützt haben.

Mein ganz besonderer Dank gilt den Damen und Herren im Wirtschaftsministerium, hier haben wir eine vorbildliche Unterstützung in den letzten Jahren erfahren und dafür von dieser Stelle aus noch mal ein herzliches Dankeschön.

Da die AEP und die Landentwicklungsmoderation in Puderbach durchaus sehr erfolgreich waren, hat sich das Land entschlossen, in den Nachbarverbandsgemeinden Dierdorf, Flammersfeld und Rengsdorf das so genannte ILEK durchzuführen, das heißt für diese Gemeinden ein integriertes ländliches Entwicklungskonzept zu erstellen.

Dieser Prozess wurde jetzt im Sommer abgeschlossen und seit dem Herbst diesen Jahres, genauer gesagt seit dem 29. September, führt Puderbach gemeinsam mit den Nachbarverbandsgemeinden Dierdorf, Flammersfeld und Rengsdorf ein Regionalmanagement durch, um die Raiffeisenregion zukunftsfähig zu machen.

Den Namen Raiffeisenregion wählten wir aus, zum einen, weil Raiffeisen in der Region lebte und wirkte, zum anderen aber, weil er in einer Zeit, die von großen Umbrüchen gezeichnet war, Strukturen geschaffen hat, die für viele Menschen eine lebenswerte Zukunft ermöglichten.

Auch wir erwarten im Regionalmanagement viele aktive Bürgerinnen und Bürger, die bereit sind, Strukturen positiv zu entwickeln.

Denn für die Bürger bietet sich hier die Möglichkeit, die Entwicklung der Region konstruktiv zu begleiten und gemeinsam mit Behördenvertretern und der kommunalen Politik unseren Lebensraum zu gestalten und damit zukunftsfähig zu machen.

Wohnen auf dem Land – macht Eigenwertigkeit zukunftsfähig?

Angela Kunz

Hintergrund

Die demographische Entwicklung bestimmt gegenwärtig die politische Diskussion, wenn es um die Entwicklung ländlicher Räume geht. Es werden Szenarien vorgestellt, die meist von Besorgnis getragen sind, dass ländliche Räume in Zukunft nicht mehr lebensfähig sein könnten, da die „kritische Masse“ an Bewohnern unterschritten werde und damit einhergehend Einrichtungen der Daseinsvorsorge schließen werden. Die Realität zeigt auch deutlich den Rückzug des Einzelhandels für Waren des täglichen Bedarfs aus der Fläche, die Schließung von Post- und Bankfilialen und vor allem auch von Schulen. Die „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ wird kritisch hinterfragt, und nicht zuletzt macht sich ein Gefühl der Hilflosigkeit bei den Menschen in den Dörfern breit.

Empirische Erhebung – Methode

Die Sächsische Landesanstalt für Landwirtschaft Dresden ist den Verhältnissen mittels einer Studie[1] in sächsischen Dörfern auf den Grund gegangen. Im Jahr 2005 wurden 1.340 Familien mittels eines ausführlichen Fragebogens im engeren Sinn zu ihren Wohn- und im weiteren Sinn zu ihren Lebensverhältnissen befragt. Seit 1993 bezuschusst das Land Sachsen den Wohneigentumserwerb junger Familien auf dem Land und in Dörfern bis zu 2000 Einwohnern.

[1] Studie der Sächsischen Landesanstalt für Landwirtschaft. ROERICHT & KUNZ (2006): „Ansiedlung junger Familien in Dörfern – Bewertung der Nachhaltigkeit ländlicher Entwicklung in Bezug auf die Ansiedlung junger Familien in ländlich geprägten Dörfern des Freistaates Sachsen“ – unveröffentlicht

Es bot sich die Gelegenheit, mit der Evaluierung der Fördermaßnahme die Bewertung der Lebensverhältnisse und damit der Nachhaltigkeit der Ansiedlung junger Familien in den Dörfern vorzunehmen. Genau an diese Familien richtete sich die anonyme Befragung. Der Rücklauf der Fragebögen betrug 74 Prozent.

Es standen 995 Fragebögen zur Auswertung mittels Superior Performance Software System (SPSS) zur Verfügung. Ergänzt wurden die daraus gewonnenen Erkenntnisse durch eine Befragung von Kommunen, in denen es mindestens 5 geförderte Erwerbsvorgänge gab, und durch Ergebnisse von Diskussionen mit Familien und sowie mit Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, die sich im Zuge der Befragung dafür zur Verfügung gestellt hatten.

Die Kompetenz der speziell für dieses Projekt eingestellten Bearbeiterin (Diplomsozialwissenschaftlerin Ute Roericht) kam umfassend zum Tragen.

Im Folgenden werden aus der geführten Untersuchung die für die Fragestellung des Vortrages entscheidenden Aspekte vorgestellt. Bedingt durch die beschränkte Redezeit bleibt die Darstellung fragmentarisch.

Herkunft der Familien und Größe des heutigen Wohnortes

Etwa 32 Prozent der Familien lebten bereits vorher im Dorf und weitere 49 Prozent im Nachbarort oder „in der Gegend“. Lediglich 10 Prozent der Familien zogen aus einer sächsischen Großstadt zu. Für die vergleichende Darstellung und Bewertung dient im Folgenden die Zuordnung zu den Gruppen „dorfansässige Familien“ und „zugezogene Familien“ (Abbildung 1).

Knapp die Hälfte der Familien lebt nunmehr in Dörfern mit weniger als 500 Einwohnern, wobei besonders die zugezogenen Familien kleine Dörfer bevorzugten. Partiell werden auch Auswertungen nach Dorfgrößen vorgenommen.

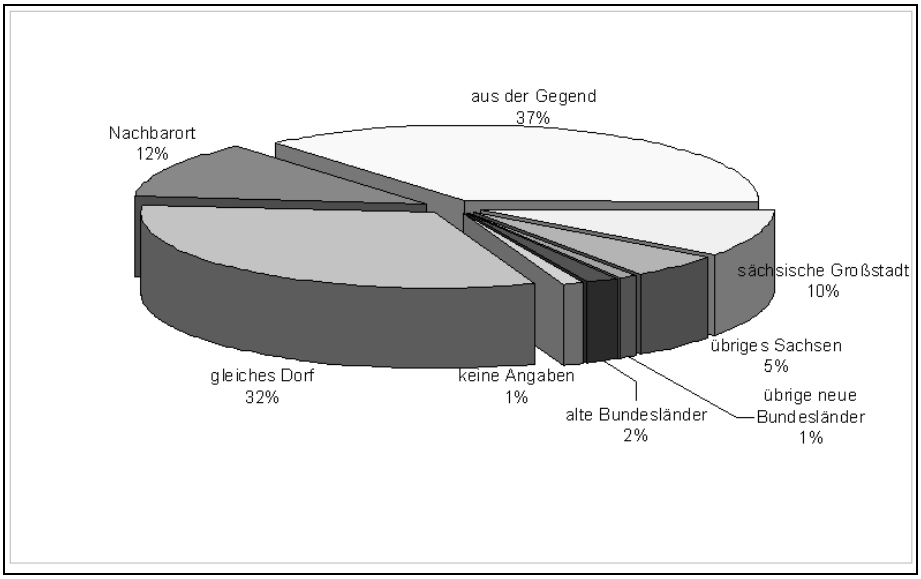

Abbildung 1: Vorheriger Wohnort der Familien
(als Anteil an allen Familien in Prozent)

Nachhaltigkeitsbewertung – Überblick über Kriterien

Als Messlatte für die quantifizierte Bewertung der Nachhaltigkeit diente ein komplexes Kriterienset, von dem im Folgenden nur eine Auswahl vorgestellt wird:

<u>Soziale Dimension</u>

- adäquate Wohnraumversorgung,
- Zufriedenheit mit Lebens- und Arbeitsbedingungen in Dorf und Region,
- Integration im sowie Identifikation mit dem Dorf,
- Angebot von Freizeiteinrichtungen,
- Bildungschancen der jungen Generation,
- stabile Bevölkerungsentwicklung (Altersstruktur und Migration),
- Versorgungsinfrastruktur und Öffentlicher Personennahverkehr,
- Sicherung angemessener Einkommen.

Ökonomische Dimension

- Erhalt der Qualifikationen und Zugang zu gesellschaftlich anerkannter Tätigkeit,
- Erhalt und Entwicklung örtlicher Produktivkraft, Stabilisierung örtlicher Wirtschaft,
- Auslastung der technischen Infrastruktur.

Ökologische Dimension

- Erhalt und Entwicklung der Kulturlandschaft,
- Minimierung des Flächenneuverbrauchs,
- Erreichbarkeit von Arbeitsplätzen, Schulen und anderen Einrichtungen,
- Minimierung des Verbrauchs fossiler Rohstoffe, Einsatz regenerativer Rohstoffe.

Wohnen im Dorf hat eine eigene Qualität

„Schönheit, mit Ruhe und Naturnähe“ war mit 54 Prozent der wichtigste Grund für die Ansiedlung im Dorf und stellt damit einen wesentlichen qualitativen Wert dar. „Heimat/ Familie“ (19 Prozent) und „Lebendigkeit/ Kinder“ (ebenfalls 19 Prozent) waren die zweithäufigsten Nennungen. Für die dorfansässigen Familien ist der Aspekt der „Heimat/ Familie“, also der soziale Faktor, deutlich wichtiger zulasten von „Schönheit/ Naturnähe/ Ruhe“. Auffallend war außerdem, dass die Bedeutung von „Schönheit…“ für die Familien in den kleinen Dörfern größer war, als in den großen (siehe Abbildung 2). Mit der Dorfgröße nimmt zudem der Stellenwert von „Heimat…“ und „Lebendigkeit…“ zu.

Im Gegenzug ergab die Frage nach den Stärken des Dorfes, dass in einer offenen Abfrage 31 Prozent der Familien „die Schönheit des Dorfes, seiner Lage und seiner Umgebung“ als größte Stärke herausstellten. Nachfolgend wurden „Zusammenhalt im Dorf und Gemeinschaft der Menschen“ mit 22 Prozent sowie des „Soziokulturelle Leben“ mit 16 Prozent genannt. Im Durchschnitt leben 1.7 Kinder in den Familien.

Die Wohnzufriedenheit, als ein zentraler Indikator bei dieser Untersuchung, beträgt nach Schulnoten im Durchschnitt 1.6, was außergewöhnlich gut ist, wenn man bedenkt, dass 90 Prozent der Befragten sehr zufrieden oder zufrieden sind, wohingegen der Bundesdurchschnitt bei 75 Prozent liegt. Dabei sind die Rentner eher weniger zufrieden (2.0) und Familien, bei denen ein Elternteil im Erziehungsurlaub ist, sind mit 1.3 besonders zufrieden.

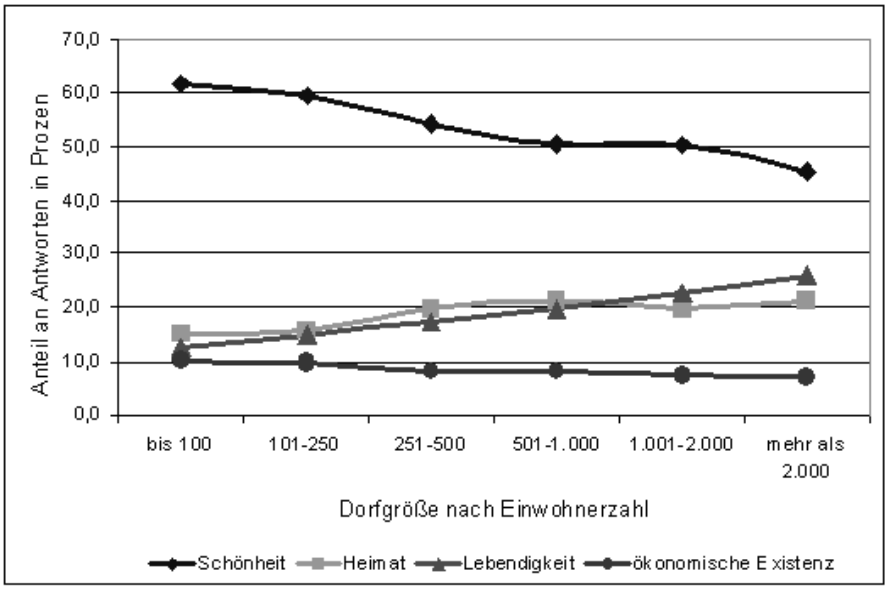

Abbildung 2: Gründe für das Wohnen in Dorf und Gegend nach Dorfgröße

Erwerbsstatus der Familien

Der Erwerbsstatus der Familien ist eine wichtige Ausgangsgröße für die Sicherung angemessener Einkommen und wurde sowohl vor dem Erwerb als auch bezüglich der aktuellen Situation von beiden Partnern einzeln erfragt und ausgewertet (siehe Abbildung 3).

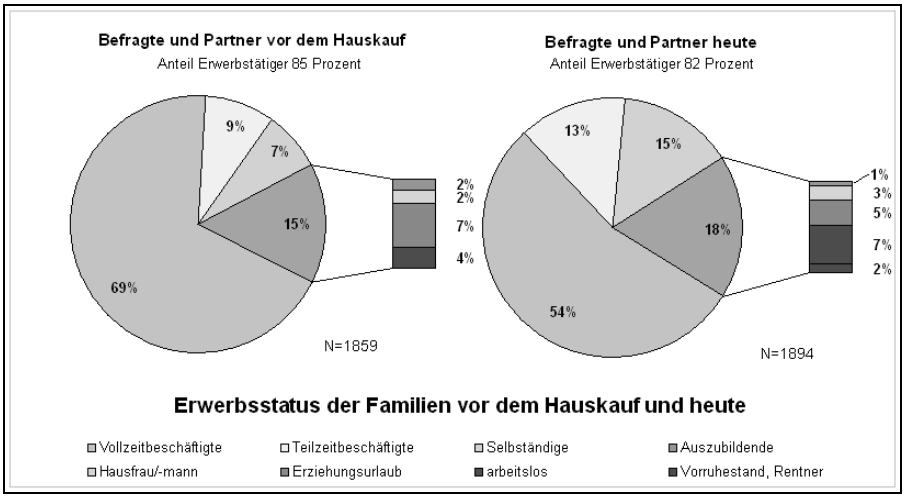

Abbildung 3: Erwerbsstatus der Familien

Es zeigt sich, dass der Anteil Erwerbstätiger von 85 Prozent auf 82 Prozent zurückging, wobei vor allem ein deutlicher Rückgang bei den Vollzeitbeschäftigten vorliegt und der Anteil Arbeitsloser von 4 auf 7 Prozent gestiegen ist. Ein deutlicher Zuwachs liegt bei den Teilzeitbeschäftigten vor und – besonders augenfällig – bei den Selbständigen (Zuwachs von 7 auf 15 Prozent als Anteil an allen Personen). Damit beträgt der Anteil Selbständiger an den Erwerbstätigen zum Zeitpunkt der Befragung 18 Prozent, was deutlich über dem Durchschnitt in Sachsen (11 Prozent) liegt. Interessant ist, dass der Anteil von Hausfrauen/ -männern gegenwärtig lediglich 3 Prozent ausmacht.

Im Hinblick auf die ökologische Nachhaltigkeit ist von Interesse, dass von den 266 Selbständigen 94 weitere – im Durchschnitt 4 – Arbeitsplätze geschaffen haben. Für diese im Wesentlichen relativ positive Erwerbssituation der Befragten können die Qualifikationen eine Erklärung sein. So verfügen im Durchschnitt 37 Prozent über einen Fach-, Hochschul- oder Universitätsabschluss. Bei den Dorfansässigen sind es durchschnittlich 26, bei den Zugezogenen 42 Prozent, womit auch dem Braindrain der Dörfer begegnet wird.

Eltern und Kinder müssen unterschiedlich weite Wege zurücklegen

Die Erwerbstätigen müssen im Durchschnitt 37 km Arbeitsweg (eine Richtung) zurücklegen, was mit sehr langen Ausbleibezeiten und hohen Kosten verbunden ist, wobei der PKW das Hauptbeförderungsmittel darstellt. Die Schulwege sind im Durchschnitt 10 km lang und werden meistens mit dem Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) zurückgelegt. Der mittlere aller angegebenen Werte (Median) liegt für die Schulwege bei 8 km. Es muss damit gerechnet werden, die Schulschließungen mit Blick auf die Schülerzahlen weiter voranschreiten, so dass die weitere Verlängerung der Wege für die Schulkinder unvermeidlich scheint. Der im Durchschnitt 4 km lange Weg zur Kindertagesstätte (3 km) wird immerhin von 31 Prozent zu Fuß oder mit dem Fahrrad zurückgelegt, so dass die Ausstattung mit Kindertagesstätten in den Dörfern gegenwärtig als großer Standortvorteil gelten kann.

In einer offenen Abfrage zeigten die Familien als größte Defizite in ihrem Dorf auf:

- das Fehlen von Einkaufsmöglichkeiten für Waren des täglichen Bedarfs (25 Prozent aller Nennungen) sowie
- das Fehlen von Bank, Sparkasse oder Post (14 Prozent aller Nennungen).

Widersprüchliche ökologische Effekte

Im ökologischen Bereich wird bei einigen Aspekten durchaus eine gewisse Nachhaltigkeit offensichtlich, indem beispielsweise 54 Prozent der Häuser oder Höfe über einen alten Baumbestand verfügen und man von Gebäuderecycling sprechen kann, da die Gebäude im Durchschnitt 120 Jahre alt sind, wobei die 19 Prozent der Gebäude, die unter Denkmalschutz stehen, ein durchschnittliches Alter von 180 Jahren haben. Die Nutzung von Regenwasser (11 Prozent) und erneuerbarer Energien (18 Prozent) zeigt, dass ein Teil der Familien die mit der ländlichen Lebensweise verbundenen Chancen nutzt.

Im Hinblick auf die Mobilität der Bewohner ist die Nachhaltigkeit in Anbetracht der zurückzulegenden Wege nicht gegeben.

Eigenwertigkeit macht zukunftsfähig – Familien leben gern auf dem Dorf

Unter Berücksichtigung der vielfältigen weiteren Erkenntnisse, die diese Studie enthält, lässt sich Folgendes zusammenfassend feststellen:

1. Die Förderung der Eigentumsbildung durch den Erwerb alter Häuser durch junge Familien in den Dörfern ist bisher überwiegend nachhaltig. Das Eigentum erzeugt eine große emotionale und faktische Bindung – 80 Prozent wollen im ländlichen Raum wohnen bleiben – und motiviert zu unternehmerischem Handeln.
2. Die Eigenwertigkeit des Lebens auf dem Dorf macht zukunftsfähig, wenn man berücksichtigt, dass die positive Wirkung der sich entfaltenden weichen Standortfaktoren, wie Schönheit von Dorf und Gegend, Heimat, Gemeinschaft und Naturnähe, die Einschränkungen bei den harten Standortfaktoren (fehlende wohnortnahe Arbeitsplätze und Versorgungseinrichtungen) bisher ausgleichen konnte.

Worauf kommt es für die Bewohner in Zukunft an?

Ein positives Image der Lebensverhältnisse auf dem Land und die positive Darstellung der Eigenwertigkeit des Lebens auf dem Land müssen stärker ins öffentliche Bewusstsein getragen werden. Dabei ist das „Gleichwertigkeitspostulat“ künftig vor allem qualitativ auszugestalten.

Es liegt erheblicher Untersuchungs- und Erprobungsbedarf hinsichtlich angemessener Lösungen, die der Eigenwertigkeit des Lebens auf dem Dorf gerecht werden, vor.

Mit dem inzwischen bei der EU zur Genehmigung eingereichten Entwurf des „Entwicklungsplan Ländlicher Raum Sachsen 2007 bis 2013“ werden im Freistaat Sachsen die Voraussetzungen für den Einsatz von EU-, Bundes- und Landesmitteln zur nachhaltigen Entwicklung in den ländlichen Räumen Sachsens geschaffen.

Anschriften der Verfasser

Anschriften der Verfasser

Hubert Bertling
Referatsleiter „Landentwicklung“
Ministerium für Landwirtschaft
und Umwelt Sachsen-Anhalt
Olvenstedter Str. 4-5
39108 Magdeburg

Telefon: (0391) 567 1849
Fax: (0391) 567 1849
E-Mail: bertling@mlu.lsa-net.de

Michael Birk
Geschäftsführer
ABRESCH plus Werbeagentur GmbH
Ruhrstr. 2
56410 Montabaur

Telefon: (02602) 1601-730
Fax: (02602) 1601-990
E-Mail: mbirk@abresch-plus.de
Internet: www.abresch-plus.de

Dr. Karl J. Eggers
MarketingBeratung Dr. Eggers
Gartenstr. 25
67466 Lambrecht

Telefon: (06325) 95014
Fax: (06325) 95015
E-Mail: Dr.eggers-mbe@t-online.de

Prof. Dr. Ulrike Grabski-Kieron
Westfälische Wilhelms-Universität Münster
Institut für Geographie
Abt. Orts-, Regional- und Landesentwicklung/
Raumplanung
Robert-Koch-Straße 26
48149 Münster

Telefon: (0251) 83-3 39 22
Fax: (0251) 83-3 83 52
E-Mail: kieron@uni-muenster.de

Ralf Hornberger
Leiter der Abteilung für Landentwicklung,
Agrarpolitik und Markt
Ministerium für Wirtschaft, Verkehr,
Landwirtschaft und Weinbau Rheinland-Pfalz
Kaiser-Friedrich-Straße 5 a
55116 Mainz

Telefon: (06131) 16 25 78
Fax: (06131) 16 25 15
E-Mail: Ralf.hornberger@mwvlw.rlp.de

Dr. Peter Jahnke
Vorsitzender des Fachbeirates
der Schule für Dorf- und Landentwicklung Thierhaupten
Schule der Dorf- und Landentwicklung (SLD)
Geschäftsstelle
Klosterberg 8
86672 Thierhaupten

Telefon: (08271) 41 44 1
Fax: (08271) 41 44 2
E-Mail: info@sdl-thierhaupten.de

Mechthild Kern
Referentin für Mittelstand, Handel,
Freie Berufe, Gründerinitiativen
Ministerium für Landwirtschaft,
Verkehr und Weinbau Rheinland-Pfalz
Stiftsstr. 9
55116 Mainz

Telefon: (06131) 162525
E-Mail: Mechthild.kern@mwvlw.rlp.de

Martina Kocks
Projektleiterin, Referat Regionale Strukturpolitik
und Städtebauförderung
Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung
Deichmanns-Aue 31 – 37
53179 Bonn

Telefon: (01888) 401 2321
Fax: (01888) 401 2346
E-Mail: Martina.kocks@bbr.bund.de

Dr. Angela Kunz
Referatsleiterin „Ländliche Entwicklung“
Sächsische Landesanstalt für Landwirtschaft
Referat Ländliche Entwicklung
Söbringer Straße 3 a
01326 Dresden

Telefon: (0351) 261 24 12
Fax: (0351) 261 24 50
E-Mail: Angela.kunz@pillnitz.lfl.smul.sachsen.de

Wolfgang Kunz
Bürgermeister Verbandgemeinde Puderbach
Hauptstraße 13
56305 Puderbach

Telefon: (02684) 85 80
E-Mail: rathaus@puderbach.de

Herrmann-Josef Romes
Bürgermeister der Verbandsgemeinde Adenau/Eifel
Kirchstr. 15
53518 Adenau

Telefon: (02691) 30511
E-Mail: Hermann-josef.romes@adenau.de

Prof. Dr. Karl-Heinz Thiemann
Professur für Landmanagement
Universität der Bundeswehr München
Werner-Heisenberg-Weg 39
85579 Neubiberg

Telefon: (089) 600 44 598
Fax: (089) 600 44 090
E-Mail: k-h.thiemann@unibw-muenchen.de

Redaktionelle Richtlinien für Autoren

Redaktionelle Richtlinien für Autoren

Schriftenreihe der Deutschen Landeskulturgesellschaft – DLKG

1. Einreichung und Annahme von Manuskripten

Bitte reichen Sie unter Beachtung der Redaktionellen Richtlinien das Manuskript an die Geschäftsstelle der DLKG, z. H. Frau Kannemann.
Die eingereichten Manuskripte unterliegen der Begutachtung durch den Vorstand der DLKG.

Anschrift:
Frau Viola Kannemann
Institut für Landnutzungssysteme und Landschaftsökologie
Eberswalder Str. 84
15374 Müncheberg
Telefon: (033432) 82-310
Fax: (033432) 82-387
e-Mail: vkannemann@zalf.de

Druck und Bindung:
Pro BUSINESS
Digital printing & copyservice GmbH
Schwedenstraße 14
13357 Berlin
Telefon: (030) 499 785-0
Fax: (030) 499 785-55
e-mail: info@pro-business.com

2. Anforderungen an Manuskripte

2.1. Äußere Form

Die Manuskripte sind digital auf Datenträger per Post oder per e-Mail an die Geschäftsstelle zu richten.

Der Umfang (Seitenzahl) des Manuskriptes ist dem Autor überlassen.

Gewünscht ist eine sachliche, übersichtlich gegliederte Darstellung.

Die Überschrift sollte möglichst mit dem Vortragstitel übereinstimmen. Gliederung mit möglichst kurzen Zwischentiteln, kurze Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse am Schluss.

Der Text sollte unformatiert und in Standardsoftware (Microsoft Word) oder rtf-Format erstellt sein.

2.2. Abbildungen und Tabellen

Fotos, Diagramme oder Tabellen, die den Text sinnvoll ergänzen oder veranschaulichen, sind sehr erwünscht.
Abbildungen und Tabellen sind jeweils durchgehend zu nummerieren.

Abbildungen sind im tif- oder jpg-Format, ≥ 600 dpi im Text oder als Extra-Dateien zu liefern (wenn als Extradateien geliefert, bitte kennzeichnen, wo diese im Text platziert werden sollen).

2.3. Literatur

Autoren bitte nicht in Großbuchstaben schreiben, auch nicht im Text (nur Kapitälchen oder unformatiert lassen).

Aufzählungen verschiedener Autoren mit Komma trennen. Beispiel: Olson, W., G. Berger, ... und vor den letzten Autor ein &-Zeichen setzen. Im Text ebenfalls mit &-Zeichen.

Dort werden maximal zwei Autoren eines Werks aufgezählt (Berger & Berger 2000, sonst heißt es dort z. B. Berger et al. 2000.

Literatur-Beispiele:

Kehren, A.V. & J. M. De Benito (2002): Aktueller Stand und Perspektiven der Umsetzung von natura 200 in Deutschland. – Abh. Naturwiss. Verein Bremen 43 (2): 409 – 427.

Dröschmeister, R. (1996): Ausgewählte Ansätze für ein Monitoringprogramm. – In: Fachsektion freiberufl. Biologen im VdBiol. (Hrsg.): Symposium "Praktisches Biomonitoring". Selbstverlag. Bochum: 78 – 89.

Schwaiger, H., M. Schnittler, G. Berger & U. Bohn (1991): Untersuchungen über Wiesenbrüter. Ein Monitoringprogramm. – Unveröff. Gutachten i. A. des Bayer. Landesamtes für Umweltschutz. München. 26. S.

3. Bedingungen für die Veröffentlichung

Mit Übersendung des Manuskriptes an den Verlag versichert der Autor, dass sein Beitrag sowie die durch ihn selbst beschafften fremden Text- und Bildvorlagen keine Rechte Dritter verletzen, dass er allein befugt ist, über die daran bestehenden urheberrechtlichen Nutzungsrechte zu verfügen.

Der Autor überträgt dem Verlag räumlich unbeschränkt für die Dauer des gesetzlichen Urheberrechts das ausschließliche Recht der Vervielfältigung und Verbreitung (Verlagsrecht), und zwar ohne Mengenbegrenzung, das Recht der unkörperlichen Wiedergabe des Werks, das Recht, das Werk jedermann zum individuellen Abruf zugänglich zu machen, sowie das Recht der Lizenzvergabe an Dritte im In- und Ausland zur Ausübung der übertragenen Nebenrechte.

Der Verlag ist zur Verwertung der ihm zustehenden Nutzungsrechte befugt, aber nicht verpflichtet.

4. Korrekturen

Die Autoren erhalten im Falle von inhaltlichen Korrekturwünschen das Manuskript mit Änderungs- und Ergänzungshinweisen zurück; dieses sollte umgehend korrigiert und gegengezeichnet innerhalb von zwei Wochen an die Redaktion zurück gesandt werden.

Bitte stellen Sie Ihre Erreichbarkeit sicher.

Die Autorenkorrektur beschränkt sich auf Satzfehler.

Die Redaktion behält sich vor, Manuskripte nach Ablauf von zwei Wochen mit eigenen Korrekturen zu veröffentlichen.